

CHRISTLICH-
DEMOKRATISCHE
PARTEIEN
IN WESTEUROPA

STAND UND PERSPEKTIVEN

Karsten Grabow (Hrsg.)

I
M

P
L
E
N
U
M

Mit einem Geleitwort
von Dr. Günter Krings MdB

ISBN 978-3-942775-80-9

www.kas.de

Diese Publikation dokumentiert Teile der Fachtagung „Zukunft der christlich-demokratischen Volksparteien – Erfahrungen aus Deutschland und den Nachbarländern“ der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. am 13. Oktober 2011 in Mönchengladbach.

ÜBERSETZUNGEN:

Wilfried Becker, WB communication, Germersheim



Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2012, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Umschlagfoto: © Andreas - Fotolia.com
Druck: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim.
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.*

ISBN 978-3-942775-80-9

INHALT

5		GELEITWORT
7		VORWORT DES HERAUSGEBERS
9		DIE BEDEUTUNG DES CHRISTLICHEN IN EINER CHRISTLICHEN DEMOKRATIE <i>Peter Schallenberg</i>
27		CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE PARTEIEN IN WESTEUROPA: EIN ÜBERBLICK <i>Karsten Grabow</i>
49		CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE PARTEIEN IN BELGIEN <i>Steven Van Hecke</i>
63		DIE CDU DEUTSCHLANDS: EINE VOLKSPARTEI IN TURBULENZEN <i>Tilman Mayer</i>
77		DER CDA IN DEN NIEDERLANDEN <i>Paul Lucardie</i>
89		DIE ÖSTERREICHISCHE VOLKSPARTEI <i>Dietmar Halper</i>
105		AUTOREN UND HERAUSGEBER
105		ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

GELEITWORT

Wenige Wochen vor der Tagung, die diesem Band vorausging, hat Papst Benedikt XVI. im Rahmen seines Deutschlandbesuchs im Deutschen Bundestag eine Rede auf dem Niveau einer historisch-philosophischen Vorlesung gehalten. Begonnen hat er sie mit einer schönen Geschichte aus dem Alten Testament über den jungen König Salomon und dessen Thronbesteigung, anlässlich der ihm Gott eine Bitte gewährte. Salomon wünschte sich nicht etwa Reichtum, langes Leben oder die Vernichtung seiner Feinde, sondern er erbat sich ein hörendes Herz um sein Volk zu verstehen und damit gerecht führen zu können.

Vielleicht drücken sich darin bereits einige Grundgedanken aus, die auch Orientierung für christlich-demokratische Politik im 21. Jahrhundert geben können. Es ist zum einen sicherlich der Gedanke der Demut, nicht schon alles zu wissen, was für die Menschen gut ist, also eine Absage an alle Ideologien, die ein unverrückbares Weltbild haben, dem sie die Realität gerne unterwerfen wollen. Zum anderen drückt sich darin auch eine recht pragmatische Grundeinstellung aus, die auch stets ein Merkmal christlich-demokratischer Politik war und ist. Politik, die von den Problemen, von den Sorgen der Menschen her denkt, muss auch wandlungsfähig sein. Sie kann nicht auf einmal gefundenen Antworten sitzen bleiben, sondern muss auf neue Probleme reagieren und neue Lösungen finden. Das sehen wir ganz aktuell in der Euro-Krise, in der die Menschen nach Orientierung suchen und Antworten auf ihre berechtigten Fragen erwarten. Und schließlich: Christlich-demokratische Politik bleibt vor allem Politik auf dem klaren Fundament des christlichen Menschenbildes. Und auch dies ist wichtiger denn je in einem Zeitalter, in dem es offenbar kaum noch Lebensbereiche gibt, die sich einer durchgängigen Ökonomisierung widersetzen können. Ich bin überzeugt davon, dass christlich-demokratische Politik wichtige Antworten auf diese Gefahr einer reinen Ökonomisierung gibt. Es gibt eben Werte jenseits der Ökonomie. Wir erleben das bei bioethischen

Fragen, bei Fragen der Menschenrechte, in der Bildungspolitik, beim Schutz von Feiertagen, in der Familienpolitik – um nur einige Bereiche zu nennen.

Begegnungen unter Freunden – ob im Rahmen der Europäischen Volkspartei, mit Kollegen aus der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, den nationalen Parlamenten oder mit Vertretern christlich-demokratischer Parteien aus den Nachbarländern – sind für uns alle von großer Bedeutung. Ich bin jedes Mal positiv davon überrascht, in wie vielen grundsätzlichen Punkten wir Christdemokraten doch übereinstimmen. Dass sich die Art und Weise, wie wir als Christdemokraten an neue Herausforderungen herangehen, im Kern zumeist sehr ähnelt, sollten wir nicht als Selbstverständlichkeit abtun, denn es gibt in der großen Familie der Europäischen Volkspartei auch Trennendes. Aber unter den europäischen christlich-demokratischen Volksparteien gibt es eben auch ein verbindendes Element: Ihre gesamtgesellschaftlich verantwortungsvolle, ausgleichende, bisweilen auch sehr pragmatische Politik, die sich auf dem christlichen Menschenbild, ja letztlich auf dem christlichen Glauben und dessen historischer Wirkmächtigkeit gründet.

Gegenwärtig stehen die christlich-demokratischen Volksparteien vor großen Herausforderungen, gleichsam parallel zu den neuen Herausforderungen für die Europäische Union insgesamt. In dieser Situation ist es bedeutsamer den je, Erfahrungen austauschen und voneinander zu lernen, für eine stabile Zukunft Europas und eine der christlich-demokratischen Volksparteien. Ich würde mich sehr freuen, wenn dieser Band einen Beitrag leisten kann, das gemeinsame Fundament christlich-demokratischer Politik in und für Europa ebenso zu stärken wie die christlich-demokratischen Volksparteien im Herzen Europas selbst. Es ist meines Erachtens sehr wichtig, gerade in sehr schwierigen Zeiten, wie sie die Europäische Union gegenwärtig erlebt, dass die christlich-demokratischen Volksparteien die weitere Entwicklung Europas prägen und damit auch eine – mehr als ökonomische – Orientierung für unsere gemeinsame Gestaltungsaufgabe in der Zukunft geben.

*Dr. Günter Krings MdB
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag*

VORWORT DES HERAUSGEBERS

Vor welchen Herausforderungen stehen die christlich-demokratischen Parteien Westeuropas gegenwärtig? Wie können sie sich diesen stellen, um ihre über Jahre ausgeübte Führungsrolle zu behalten oder wiederzugewinnen? Bestehen dafür, angesichts der anhaltenden Säkularisierung, der Interessen- und Lebensstilpluralisierung und wachsender Konkurrenz durch kleinere Parteien zum einen und abnehmendem Vertrauen in die Problemerkennungs- und Problemlösungsfähigkeit der etablierten Parteien zum anderen, überhaupt realistische Aussichten? Diese und weitere Fragen standen im Mittelpunkt einer Tagung, die die Konrad-Adenauer-Stiftung im Herbst 2011 in Mönchengladbach durchführte. Vertreter aus Wissenschaft und Praxis diskutierten am Beispiel der christlich-demokratischen Parteien Belgiens, Deutschlands, der Niederlande und Österreichs deren Zukunftsperspektiven.

Der vorliegende Band basiert auf den überarbeiteten Vorträgen der Vertreter aus der Wissenschaft. Eingeleitet von einem Beitrag des Direktors der Katholisch-Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach, *Peter Schallenberg*, über philosophische und ethische Grundlagen einer christlichen Demokratie und von einem Überblick über den Stand der christlich-demokratischen Parteien in Westeuropa durch den Herausgeber präsentieren vier Experten ihre Sicht auf die christlich-demokratischen Parteien ihrer Länder.

Steven Van Hecke analysiert den Abstieg der belgischen Christdemokraten, die ihre einstige Dominanz mittlerweile verloren haben. Aber in ihrer langjährigen Regierungserfahrung, ihrem Personal und der lokalen Verankerung sieht er auch Ansatzpunkte, die bei ihrer Regeneration helfen könnten. *Tilman Mayer* findet für die CDU der Gegenwart nach einer Würdigung ihrer Verdienste als Volkspartei die Metapher vom Jumbo-Jet, der turbulente Zonen durchfliegt, wobei vieles durchgeschüttelt wird und bei den Passagieren

bedenkliche Gefühle aufkommen. Aber er sieht durchaus Potentiale für eine geglückte Zwischenlandung und den Aufbruch von dort zu neuen, alten Höhen. Für *Paul Lucardie* liegt die Zukunft des derzeit stark angeschlagenen Christlich Demokratischen Aufrufs (CDA) in den Niederlanden in einer „Rezentrierung“ seines Politikangebots. Seiner Ansicht nach könnte der CDA zu früherer Bedeutung zurückkehren, wenn die Partei wieder verstärkt ihre wertkonservativen gesellschaftspolitischen Standpunkte mit sozialpolitischen Positionen verbinden würde. Eine Wählerbasis gibt es nach Ansicht von Lucardie dafür durchaus. *Dietmar Halper* liefert einen stark praxisorientierten Beitrag zur Österreichischen Volkspartei. Er sieht die Stärken der ÖVP in den Werten der christlichen Demokratie, hier insbesondere denen, die sich aus den Prinzipien der katholischen Soziallehre ableiten, dem Anspruch der Partei, Vertreter aller Berufe und Schichten zu sein, was auch die erfolgreiche Ansprache und Integration von „Neoösterreichern“ einschließt, in ihrer Verankerung in den Gemeinden und der (Neu)Betonung ihrer ordnungspolitischen Ausrichtung.

Allen Beiträgen gemeinsam ist der Befund, dass es für die christlich-demokratischen Parteien heute deutlich schwerer geworden ist, Zuspruch in früheren Größenordnungen zu erhalten. Um auf die Erfolgsspur zurückzukehren oder auch um die angestammte Führungsposition zu verteidigen, müssen sie sich – basierend auf ihren Grundwerten, ihrer immer noch starken lokalpolitischen Verankerung und ihren Integrations- und Steuerungsleistungen als Volksparteien – auf ihre wirtschaftspolitische Kompetenz besinnen und so auch das erforderliche Maß an sozialer Sicherheit und Perspektive für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger herstellen. Auch die künftige Gestaltung der Europäischen Union und ihrer gemeinsamen Währung, die Gewährleistung von innerer wie äußerer Sicherheit, mehr Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungen oder generell die Öffnung der Parteistrukturen sind Fragen, die über die Zukunft der christlich-demokratischen Parteien in Europa entscheiden. Sie werden, zusammen mit weiteren Überlegungen zu den Perspektiven der christlichen Demokratie in diesem Band behandelt.

Berlin, im Februar 2012

Karsten Grabow

Koordinator für Politikanalysen und Parteienforschung

Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung

DIE BEDEUTUNG DES CHRISTLICHEN IN EINER CHRISTLICHEN DEMOKRATIE

Peter Schallenberg

„Wie erkennt man was recht ist? In der Geschichte sind Rechtsordnungen fast durchweg religiös begründet worden: Vom Blick auf die Gottheit her wird entschieden, was unter Menschen rechtens ist. Im Gegensatz zu anderen großen Religionen hat das Christentum dem Staat und der Gesellschaft nie eine Rechtsordnung aus Offenbarung vorgegeben. Es hat stattdessen auf Natur und Vernunft als die wahren Rechtsquellen verwiesen – auf den Zusammenhang von objektiver und subjektiver Vernunft, der freilich das Gegründetsein beider Sphären in der schöpferischen Vernunft Gottes voraussetzt (Benedikt XVI. 2011: 33)“.

Papst Benedikt XVI. begründet mit diesen programmatischen Worten in seiner Ansprache im Deutschen Bundestag am 22. September 2011 den moralischen und rechtlichen Anspruch des Staates, der als demokratischer Rechtsstaat verfasst ist. Die Wertgrundlagen eines solchen Staates entziehen sich letztlich einer demokratischen Mehrheitsfindung. Sie verdanken sich stattdessen einer in der Natur der menschlichen Vernunft liegenden vorstaatlichen Einsicht in Gut und Böse, und zwar in Hinsicht auf den Menschen und die menschliche Gemeinschaft (vgl. auch Söding 2011). Mit anderen Worten: Wie müssen Mensch und politische

Gemeinschaft gedacht werden, um dem Menschen als Person gerecht zu werden? Oder noch anders: Wie ist das Urbild vom Menschen, sein Ideal gleichsam, das der Gestaltung einer gerechten Verfassung und eines guten Staates zugrunde liegt?

Das entscheidende Stichwort nennt Papst Benedikt XVI. in seinem obigen Zitat, wenn er von der schöpferischen Vernunft Gottes spricht. Wolfgang Waldstein, auf den der Papst wenige Zeilen später verweist, unterstreicht:

„Der erste und wohl wesentlichste Grundzug des seit der vorchristlichen Antike entwickelten Menschenbildes ist das Bewusstsein der Geschöpflichkeit des Menschen. Damit hängen die weiteren Grundzüge zusammen, dass der Mensch in seinem Handeln an objektive Normen gebunden ist, die für ihn erkennbar sind, und dass der Sinn seines Lebens sich nicht in diesem Leben erschöpft“ (Waldstein 2010: 31).

Auch wenn diese Rede vom christlichen Menschenbild und dem daraus ableitbaren Naturrecht als Grundlage der menschlichen Gesellschaft und des Staates im ökumenischen Dialog keineswegs unumstritten ist (vgl. Kreß 2003) – und daher in einer konfessionsübergreifenden Partei wie etwa der CDU immer wieder neu diskutiert und präzisiert werden muss – so kann doch im Blick auf das Naturrecht als Schöpfungsrecht mit Charles Taylor festgehalten werden:

„[D]er für unsere Entwicklung im Abendland besonders schicksalsträchtige Bruch sei sozusagen der Einschnitt ganz oben gewesen, nämlich der jüdische Gedanke der *creatio ex nihilo*, wie wir heute sagen, durch den Gott ganz aus dem Kosmos herausgenommen und darüber plazierte wurde“ (Taylor 2009: 262).

Mit Francis Oakley kann man in diesem Gedanken der göttlichen Schöpfung geradezu den Ursprung der gleichen und gerechten Demokratie und des Rechtsstaates sehen, und zwar im Gegensatz zur archaischen Monarchie (vgl. auch Grossi 2010):

„Das Königtum ist aus einer „archaischen“ Mentalität hervorgegangen, die offenbar durch und durch monistisch war. Aus dieser Sicht gab es keine undurchdringliche Schranke zwischen dem Menschlichen und dem Göttlichen“ (Oakley 2006, zitiert nach Taylor 2009: 261).

Und Charles Taylor fügt mit Blick auf eine aus dieser Unterscheidung – nicht Abtrennung! – von menschlicher und göttlicher Welt, von Staat und Gott resultierende politische Ethik hinzu:

„Das bedeutet, dass von Gott her Forderungen ergehen können, wir sollten mit dem ‚Lauf der Welt‘ brechen. Von der ‚Weisheit der Welt‘ (...) geht kein Zwang mehr aus“ (ebd.: 262).

Kurz und in den beiden abrahamitischen Grundbegriffen von Schöpfung und Erlösung zusammengefasst: „Unsere Welt ist in Unordnung geraten und muss neu geschaffen werden“ (ebd.: 261). Oder etwas ausführlicher: Der Mensch ist in der Lage, mit Hilfe seiner Vernunft, also von Natur aus, das Beste – nämlich das Göttliche – über und vor dieser realen Welt zu denken und zwar so zu denken, dass es richtunggebende Norm für das innerweltliche Verhalten wird. Gott tritt – immer zunächst im Denken der Vernunft – der Welt als Korrektiv gegenüber, mithin: Der Mensch korrigiert sich selbst und die ihn umgebende Welt durch Ethik und Denken – ganz so entsteht in der griechischen Achsenzeit des 7. bis 5. Jahrhunderts die Ethik als Reflexion auf das Bessere und auf das Gute schlechthin, auf eine letzte Idee des Menschen, auf ein menschenwürdiges Ideal, kurz: auf das leitmotivisch wirkende Menschenbild (vgl. Jaspers 1949).

Auch in der Moderne und ihrer Auseinandersetzung mit dem Christentum ist immer wieder vom christlichen Menschenbild die Rede. Wozu aber – und diese Frage wird leider häufig gar nicht gestellt – braucht man überhaupt ein Bild vom Menschen oder gar ein „christliches Menschenbild“?

Vielleicht hilft eine kleine Geschichte weiter: Vom russischen Dichter Dostojewski wird berichtet, er habe anlässlich seiner Besuche in Dresden stets Stunden vor dem Bild der berühmten, himmlisch schönen Sixtinschen Madonna von Raphael im Zwinger verbracht. Als ihn eines Tages ein Museumswärter erstaunt fragte, warum er immer so lange vor dem Bild der Madonna verweile, soll der berühmte Künstler geantwortet

haben: Damit ich nicht am Menschen verzweifle! Wenn nicht wahr, so doch gut erfunden. Das genau ist der Grund, warum der Mensch sich Bilder macht seit es ihn gibt. Der Mensch braucht und schafft sich Bilder, um sich Rechenschaft zu geben über seine Wünsche und Sehnsüchte, über seine Träume und Hoffnungen, kurz: um sich Antwort zu erhoffen auf die beiden großen und einzig wichtigen Fragen des Lebens, nämlich „Woher komme ich?“ und „Wohin gehe ich?“

Die jüdisch-christliche Theologie beantwortet diese beiden großen Fragen mit den schon genannten Begriffen von Schöpfung und Erlösung, die das Bild Gottes im Menschen begründen und die mögliche geistige Ausrichtung der Natur auf Gottes Gnade ermöglichen (vgl. Koslowski 2000), will heißen: mit dem Glauben an Gott, der vor aller Zeit und außerhalb von Raum und Zeit ist, und der den Menschen erschafft und ihm die Möglichkeit gibt, ein solches Leben zu führen, das ihn auf ewig, bei Gott und in seiner ewigen Liebe, leben und glücklich sein lässt. Etwas anders ausgedrückt: Jüdisch-christliche Theologie ist der festen Überzeugung, dass sich die beiden wesentlichen Fragen des menschlichen Lebens, nämlich die Frage nach dem „Woher“ und nach dem „Wohin“ nicht aus der Analyse und der technischen Beherrschbarkeit vergänglicher Materie beantworten, mithin aus der Naturwissenschaft, so nützlich sie auch im alltäglichen Leben sein mag. Nein, die Antwort auf diese beiden Sinnfragen ergibt sich nicht aus der Materie, sondern nur aus dem Geist des Menschen, näherhin aus der geistigen Möglichkeit des Menschen, mehr zu denken und zu ersehnen als nur die bloße Bedürfnisbefriedigung. Genauer: Gott zu denken und zu ersehnen, sich ein göltiges Bild von ihm zu machen.

Ist Gott aber dann nicht nur ein menschlicher Wunschtraum, eine Sehnsucht des menschlichen Geistes, ein bloßer Gedanke und nichts weiter? Oder gar, wie schärfer und bösartiger John Stuart Mill, der Vater des utilitaristischen Liberalismus, meinte, die „heidnische Selbstbehauptung“ sei der „christlichen Selbstverneinung“ weit überlegen (Mill 1975, 2011). Oder, wie Friedrich Nietzsche zuspitzte, das Ressentiment der Zukurzgekommenen, die Lebenskrücke der Lebensuntüchtigen, schließlich, mit Lenin, das Opium des in dumpfer Lebensqual dahin brütenden Volkes, das man nur aus materiellem Elend befreien muss, damit es seine geistigen Wolkenkuckucksheime umso bereitwilliger aufgibt, getreu der Devise des großen Spötters Heinrich Heine: Den Himmel überlassen wir den Spatzen ...

Was aber, wenn der Mensch, dieser scheinbar nackte Affe, eben doch nur scheinbar ein höher entwickeltes, oder, wie der schon erwähnte Nietzsche einmal boshaft bemerkte, ein nicht festgestelltes Tier wäre, und in Wirklichkeit ein Zwitterwesen aus vergänglicher Materie und unvergänglichem Geist (wofür im Abendland der Begriff „Seele“ sich einbürgerte) sei? Wäre das der Fall oder auch nur ansatzweise denkbar – und wäre es etwa nicht denkbar angesichts der erstaunlichen Leistungen des menschlichen Geistes im Felde von Mozart-Symphonien und Schiller-Balladen? – und könnte das als gleichsam unsichtbare Wirklichkeit gedacht und geglaubt und als Bild vor dem inneren geistigen Auge festgehalten werden, dann käme alles darauf an, richtig zu denken, geistig zu leben, bevor man sodann materiell lebt und überlebt, sich gute Gedanken über Ethik zu machen, bevor man sich richtige Gedanken über die Technik macht (vgl. Schallenberg 2011). Oder anders ausgedrückt, und ganz anders als Bert Brecht es sich dachte: Erst kommt die Moral und dann das Fressen.

Das aber heißt dann auch: Erst kommt das Menschenbild, dann die Detailfragen der im Raum von Technik und Mathematik sich vollziehenden Strategien des Überlebens. Genau hier liegt aber der Wesenskern einer christlich inspirierten und dem Christentum verpflichteten Politik: Zuerst muss nach dem ethisch Guten gefragt werden (und das Böse vermieden oder zumindest gezähmt werden), dann erst kann und soll nach dem technisch Richtigen (und das technisch Falsche vermeidend oder eingrenzend) gefragt werden.

Nach christlicher Überzeugung ist der Mensch eben weit mehr Metaphysik als Physik, mehr im Raum der Ethik nach gutem und geglücktem Leben strebend als im Raum der Technik um möglichst langes und gesundes Überleben besorgt. Freilich: Jeder ist um langes und gesundes Leben besorgt, aber doch nur unter der Voraussetzung eines letzten Sinnes, eines Zieles, einer Antwort auf die Frage „Warum bin ich überhaupt auf der Welt?“ Christlicher Glaube antwortet darauf mit dem Glauben an Gott und seine Offenbarung in Jesus Christus: So ist Gott, so liebenswert und menschenfreundlich. Und so soll und darf der Mensch sein, so liebenswert und menschenfreundlich. Und jede Technik muss diese innere Qualität des Menschen – jedes Menschen als Person – achten und voraussetzen, ohne doch ein Urteil über diese Qualität als Gottesebenbild und mit Menschenwürde begabt fällen zu dürfen. Technik ist richtig, aber nur wenn sie gut ist. Denn gut und böse ist der grundlegende Unterschied der ethischen Hochebene, und hier liegt gleichsam der springende

Punkt: Das Gute ist unhintergebar und unhinterfragbar, es ist, wie der Begriff der Würde nicht mehr weiter begründbar und nicht nochmals nach einem letzten Warum hinterfragbar (vgl. Härle 2010, Schaber 2010, Bielefeldt 2011). Das Gute wird nicht gut durch gute und nützliche Eigenschaften, und ein Mensch hat nicht deshalb Würde, weil er sich als gut und nützlich erweist.

Richtig und Falsch hingegen sind die grundlegenden Unterschiede der technischen Tiefebene und messen sich immer nach einem letzten Ziel und Zweck, also nach Eigenschaften hinsichtlich eines bestimmten Zieles, das erreicht werden soll. Das letzte Ziel schlechthin aber ist nach dieser metaphysisch-ethischen Auffassung die gute Gesinnung und das gute Gewissen der Person – und diese Person entzieht sich einem letzten Zweck, sondern lebt ganz zweckfrei. Einfach, weil sie es darf und Gott es so will: Das ist der Sinn der Rede von Schöpfung Gottes. Ich und jeder andere lebt weder aus eigenen Gnaden noch von Gnaden des Anderen, sondern von Gnaden eines unsichtbaren Gottes, den kein Mensch je empirisch erfahren hat, den man nur denkt, um des besten Zusammenlebens willen. Freilich denkt das Christentum noch mehr: Es denkt über das empirische Wissen hinaus und denkt Gott als Offenbarung, also als Person, die durch Propheten und Gesetzgebung, schließlich in Jesus von Nazareth und in der von ihm gestifteten Kirche, ja auch im Gewissen eines jeden Menschen sich offenbart und ausspricht. Das alles meint christliches Menschenbild. Und es wersetzt sich vom ersten Ansatz her jedem Versuch der künstlichen Züchtung oder gar der technischen Herstellung, es steht allein der Bildung und Ausbildung und Erziehung zur Verfügung (vgl. Schallenberg 1999).

Damit ist ein Stichwort benannt, das im theologischen und politischen Denken des Christentums eine große Rolle spielt, nämlich die Ausbildung und Erziehung des Menschen – zuerst durch Gott im Lauf der Heilsgeschichte und durch Ethik im Lauf der Lebensgeschichte. Bildung und Ausbildung ist ja in dieser Sicht immer etwas Abgeleitetes und Zweites, etwas Verfügbares, das dem unverfügbaren Urbild oder der Uridee entsprechen muss, um authentisch zu sein. Gedacht ist an eine der Realität voraus liegende Idealität, deren geistige Erkenntnis erst eine Bewältigung und Formung der Realität ermöglicht und so zu einem sittlichen Lebensentwurf führt.

Die Idee des Guten liegt aller Erkenntnis und allem Handeln voraus. Das war präzise die Überzeugung der platonischen Philosophie:

„Das Gute ist also ein umfassendes Prinzip des Seins, der Erkenntnis und des Wertes, der letzte Ursprung von allem in ontologischer, gnoseologischer und axiologischer Hinsicht. Das Prinzip wird von allem, was es hervor bringt, klar geschieden: Das Gute ist selbst weder Wahrheit noch Erkenntnis, sondern macht diese möglich und überragt sie noch an Schönheit, und ebenso gibt es den Ideen ihr Sein und ihr Wesen, ist selbst aber nicht mehr Sein, sondern ragt an Würde und Macht noch jenseits des Seins über dieses hinaus“ (Szlczák 2010: 242).

Wenn und insofern Gott als Schöpfer mit diesem ersten Sein als dem Guten schlechthin identifiziert wird, kann auch die biblische Überlieferung von der Erschaffung der Welt und des Menschen präziser und umfassender verstanden werden. Genau das ist dann nämlich mit der alttestamentlichen Rede vom sagenhaften Garten Eden, dem vergangenen Paradies der Idealität, und mit der Rede von der ursprünglichen Gottesebenbildlichkeit des Menschen im Schöpfungsbericht gemeint (Steck 1981): Der Kern des Menschen, sein ursprüngliches Wesen also, ist als Ideal gedacht. Es ist gut infolge der Teilhabe an Gottes vollkommener Gutheit – das meint der christlich-jüdische Begriff der Schöpfung und der Erschaffung der Welt – und damit vom Wesen her auf das Gute und – christlich gedacht – auf Gott hin ausgerichtet. Oder anders: Das Gute ist das Sein und damit wirklich, das Böse ist eigentlich „unwirklich“, *privatio boni*, Abwesenheit von Gutem – was seiner Grausamkeit keinen Abbruch tut, wohl aber tröstlich ist im Blick auf seine mögliche Überwindung!

Für das theologische Denken der Scholastik wird die Gottesebenbildlichkeit des Menschen durch seine geistigen Tätigkeiten verwirklicht, oder, in der Sprache der griechischen Philosophie, durch den Unterschied von Handeln (*praxis*) und Machen (*poiesis*):

„Machen besitzt nur eine indirekte moralische Qualität, weil es seine Wertigkeit vom hergestellten Gegenstand her bezieht. Dem Handeln kommt dagegen *per se* moralische Bedeutung zu, weswegen Aristoteles auch eine hierarchische Ordnung annimmt, der zufolge Praxis höher zu bewerten ist als Poiesis. Bisweilen

läuft diese Ordnung darauf hinaus, dass die Ergebnisse von Poiesistätigkeiten dazu verwendet werden, um wertvolle Handlungen zu verrichten. Am deutlichsten zeigt sich die Dominanz der Praxis, wenn Aristoteles behauptet, das Leben als Ganzes habe den Charakter einer Praxis, denn schließlich liege der Zweck des menschlichen Lebens darin, gut zu leben“ (Becker 2006: 303).

Gut meint hier ziemlich exakt genau das, was wir modern das Glück nennen, und zwar im Sinn einer umfassenden und vollkommenen Beglückung des eigenen Lebens im Zusammenleben mit anderen Menschen. Gerade dies ist ja die letzte Sinnspitze einer aristotelischen Ethik, die im Hochmittelalter von Thomas von Aquin mit dem Konzept der Glückseligkeit (als *beatitudo*) aufgegriffen und in den Horizont der Offenbarung und damit der Theologie gestellt wird (vgl. Pesch 2005):

„Dass jeder Mensch glücklich werden möchte, bedarf keiner Begründung, Eudaimonie ist das für alle evidente letzte Ziel. Zu erreichen ist es nur durch ein Leben, das den Tugenden entspricht. Unter einer Tugend versteht Aristoteles eine feste Grundhaltung (*héxis*, lateinisch *habitus*) der Seele, die die Extreme vermeidet und die richtige Mitte verwirklicht (...) Diese Struktur der richtigen Mitte zwischen gegensätzlichen Formen des Fehlverhaltens findet Aristoteles in allen Tugenden. Ein Leben gemäß den Tugenden führt, wenn äußeres Unglück fernbleibt, zu der dem Menschen erreichbaren Glückseligkeit“ (Szlezák 2010: 250).

Dieses Glück trägt in der ethischen Tradition des Christentums den Namen Liebe, und zugleich wird auch der Weg der Tugend, der zu jenem Ziel führt, als Liebe bezeichnet und in der Offenbarung des Neuen Testaments breit entfaltet, sodann seit der Zeit der Kirchenväter als ethische Systematik allmählich entwickelt. Beglückt durch den anderen Menschen vor dem Glück des eigenen Lebens stehen dürfen: Genau das ist jetzt mit dem Begriff der Schöpfung als Geschenk und Gabe des eigenen Lebens gemeint (vgl. Pieper 1992)¹. Natur und ihre Zufälligkeit wird als Schöpfung und göttliche Notwendigkeit interpretiert; eine höchst eindrucksvolle geistige Leistung des Menschen bricht sich Bahn. Gerade durch diesen wesenhaften Bezug zum vergeistigten Glück (vgl. Demmer 1991) – und nicht bloß durch die Möglichkeit einer empirisch fassbaren

Bedürfnisbefriedigung – überragt der Mensch als einziges der Lebewesen den Bereich der empirischen Natur.

Damit hat der Mensch gerade durch seine Möglichkeit (oder Verweigerung) der Aktuierung seiner sittlichen Freiheit zum vollkommenen Glück eine Sonderstellung im Kosmos inne. Der Mensch ist als politisches Lebewesen das Wesen der Freiheit: Er kann sein Ziel vollkommener Glückseligkeit aktiv und in Zusammenarbeit mit allen anderen Menschen anstreben, so entsteht der Staat und so entsteht, aus dem Handeln in den griechischen Stadtstaaten, die Politik. Aber der Mensch erlebt sich zugleich auch als Mängelwesen, als durch Defekt und „Ursünde“ je schon in seiner Freiheit zum Guten und zum vollkommenen Glück eingeschränkt. Die Schöpfung Gottes als innerste Wesensnatur des Menschen ist eingeschränkt durch die ebenso zur faktischen Natur des Menschen gehörende Fähigkeit zur Verfehlung und zum Bösen und zur Sünde. Sündigen ist, so zu leben, als ob Gott nicht existierte, ihn aus dem eigenen Alltag beseitigen, zu zweifeln an der von Gott geschenkten eigenen Notwendigkeit, sich und andere für entbehrlche Staubkörner im Universum zu halten. Dagegen, gegen diese tief sitzende innere geistige Verzweiflung und Verödung des Menschen, muss die wesenhafte, aber gebrochene Freiheit zum Guten und zum Besten gefördert und motiviert werden. Mit anderen Worten: Es braucht Anreizsysteme für den Menschen, damit er im Gewissen sich auf das Gute hin ausbildet und ausstreckt, damit er das Gute in konkreter Gestalt in seinem Leben für attraktiv hält und es in die Tat des Alltags umsetzt. Ohne eine vor Gott abgesicherte Güterabwägung und einen steten Willen zum Verzicht wird diese Grundentscheidung des Gewissens zum Guten nicht gelingen, wird das Leben nicht gelingen (Schallenberg 2002). Dies charakterisiert nochmals den schon erwähnten christlichen Begriff von Bildung: Aus-Bildung des ursprünglichen Gottesebenbildes durch entschiedene Gewissens- und Herzensbildung, damit das Bild des Guten konkrete Gestalt im Denken und Handeln gewinnt. Solche Bildung ist aber keineswegs nur eine Aufgabe von Personen, sondern ebenso von politischen Institutionen, näherhin von Staat und Wirtschaft: Die guten Strebungen des Menschen sollen durch Anreize gefördert, die Versuchungen zum Bösen dagegen durch Sanktionen abgewehrt werden. Denn dem Menschen fehlen instinktive und unfehlbare Neigungen zum Guten und zum Besten, er neigt zu Fremd- und Selbstzerstörung, er hält ein nur scheinbar Gutes für ein wirklich Gutes und verstrickt sich auf der suchtartigen Suche nach dem Guten im Vorletzten, in der Sünde, im Bösen. Nach christlichem

Glauben gehört das zum Erbe des Menschen, auch vor jeder persönlichen und individuellen Schuld. Daher spricht der christliche Glaube von der Ursünde des Menschen und der Erbsünde der im Menschen eingewurzelten Lieblosigkeit, die sich jedem menschlichen Streben nach Glück stellenweise höchst erfolgreich in den Weg stellt. Albert Görres (1991: 18) unterstreicht prägnant und kurz: „Die Antriebe werden narzisstisch und egoistisch. Sie neigen zum gewaltsamen Sichdurchsetzen“.

Die menschliche Wesensnatur verwirklicht sich also nach europäischer Tradition im Raum gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung und Zivilisation. Es bilden sich ethische Traditionen aus, die Wege zu gelungenem und geglücktem Leben erhoffen lassen. Insofern stehen Kultur und Politik im Dienst einer nach vollkommener Vollendung strebenden menschlichen Natur, die ihrerseits nur schwach vorgezeichnete Wege zu dieser Vollendung in den Instinkten findet. Jede Form höherer Kultur entsteht durch ein Vernunftrecht, das sich als eine Art kritisches Naturrecht ausweist: Was denkt jeder Mensch von Natur aus und mit seiner Vernunft als gut und vollkommen?

Genau hier wird der normethische Begriff der Menschenwürde einzutragen sein, verbürgt er doch in einzigartiger Schärfe Selbstzweck und Universalisierung von Personalität, die für jeden Menschen den Ausgangspunkt geglückten Menschseins darstellt (Schockenhoff 1996). Das Zueinander von Natur und Kultur zu bestimmen und zugleich die Grenze zwischen einer Ausbildung und einer Zerstörung der ursprünglichen Natur immer neu in den Blick zu nehmen, ist die vornehmste Aufgabe der Ethik, nicht zuletzt der Sozialethik. Kultur erscheint dann als notwendiger Humus einer menschenwürdigen Gesellschaft und einer menschenwürdigen Wirtschaft; Kultur bildet die notwendige Ergänzung und Überformung einer in sich gebrochenen Natur. Diese menschliche Natur trägt zwar noch eine schwache Erinnerung an das Beste (an das ursprüngliche Paradies des geglückten Lebens) in sich, ist aber aus sich heraus nicht in der Lage, dieses Glück zu erreichen. Aus dieser Sicht der christlichen Theologie ist daher Rousseau, den Jacques Maritain in einer berühmten Formulierung einmal den „père du monde moderne“ genannt hat (Maritain 1984: 529), entschieden zu widersprechen, wenn er mit seinem Ruf „Zurück zur Natur“ die ursprüngliche Natur einfach wiederherzustellen können glaubt, und zwar durch eine radikal subjektivistische Moral und einen naturalistischen Rationalismus (von Hayek 1996). „Rousseau errichtet einen neuen, einen konsequent subjektiven

Maßstab, der Epoche machen sollte. Dieser Maßstab lautet: Übereinstimmung – nicht mit einer objektiven Norm, sondern mit sich selbst“ (Spaemann 1992: 23)².

Das Paradies ist auf Erden nicht zu konstruieren; das war noch der Irrtum der neomarxistischen Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg und auch etwa der von Rousseau inspirierten deutschen Reformpädagogik. Aber auch Thomas Hobbes mit seinem berühmt-berüchtigten Wort „Homo homini lupus est – der Mensch ist dem Menschen ein Wolf“ ist aus christlicher Sicht zu widersprechen, wenn er die Natur des Menschen einfach für böse und verderbt hält und nur durch den staatlichen Leviathan zu bändigen glaubt: Das Paradies ist auf Erden, im Geist des Menschen nämlich und in guten Gedanken, bruchstückhaft zu erkennen und auch durch Anreize zum Guten in Umrissen und wenigstens skizzenhaft zu erstellen. Das Streben jedes Menschen nach Glückseligkeit führt, kantianisch gesprochen, zu der Variante des kategorischen Imperativs, wonach zu tun ist, wodurch der Mensch würdig ist, glücklich zu sein: in Übereinstimmung mit sich als dem Wesen der Sittlichkeit zu leben.

Kultur speichert solche menschenwürdigen Mittel der Glücksgewinnung. Gedacht sei etwa an den Begriff der unveräußerlichen Menschenwürde, die der Staat zu garantieren hat: Es gibt das unveräußerliche Recht des Individuums auf eine würdige, seiner Vernunft und seinen Neigungen angemessenen Glücksstrebung. Daher unterstreicht Otfried Höffe (2004: 294): „Die Neigungen sind übrigens nicht glücksunwürdig, vielmehr für sich genommen unschuldig. Nur die Mittel und Wege sind des Glückes würdig (z. B. Ehrlichkeit) oder aber unwürdig (z. B. Betrug).“

Für das Menschenbild von Staat und Wirtschaft, für ein Menschenbild in der christlich grundgelegten Demokratie heißt das aus Sicht der christlichen Theologie: Dem Individuum und seiner gebrochenen Freiheit zum Guten gebührt der ständige Vorrang vor dem Kollektiv, der Person gebührt der Primat vor der Gesellschaft. Daher unterstreicht die katholische Soziallehre und jede Form katholischer politischer Ethik den zentralen Wert von Personalität und Subsidiarität und spricht von Ehe und Familie als der Keimzelle des Staates. Nicht der Staat hat ursprünglich ein Recht, sondern jede Person hat unveräußerliche Grundrechte, und der Staat hat nur insoweit Recht (einschließlich des Gewaltmonopols), als er bedrohte Rechte von Personen zu schützen hat. Jedem offenkundigen oder auch klandestinen Unterjochen der Person durch einen liberalis-

tischen oder ökonomischen Utilitarismus oder durch totalisierende Gesellschaftssysteme ist entschieden zu widersprechen und zu widerstehen. Aber umgekehrt gilt auch: Die Heiligung und Vervollkommnung des Menschen im Blick auf ein gelungenes Bild vom Glück ist von Staat und Gesellschaft entschieden zu fördern. Es braucht Anreize zur Heilung und zum Guten durch Bildung und Leitbilder. Wenn aus Sicht des Staates alles gleich gültig ist, wenn der Staat sich selbst als gleichgültig gegenüber allen Werten und in diesem letztlich absurden Sinn als wertneutral empfindet, wenn jede Lebensentscheidung und jede Lebensform als vor dem Gesetz und vor der Gesellschaft gleich gültig betrachtet wird, dann ist letztlich alles gleichgültig, dann wird auf Dauer auch der Mensch gleichgültig gegenüber dem wirklich Guten, dann geht es letztlich nur noch um unterschiedliche Optionen höchst unterschiedlicher Individuen, die miteinander nicht mehr teilen als den entschiedenen Willen zum Überleben um jeden Preis. Dieser Wertrelativismus und die damit verbundene Absage an ein Gewissen bindendes Naturrecht – wobei Natur für den Rest an nicht manipulierbarer biologischer Zufälligkeit als Substrat menschlichen Wesens steht – wäre das Ende der Menschheit und die Abschaffung des Menschen, vor der Clive S. Lewis hellsichtig schon 1947 warnte:

„Das Endstadium ist da, wenn der Mensch mit Hilfe von Eugenik und vorgeburtlicher Konditionierung und dank einer Erziehung, die auf perfekt angewandter Psychologie beruht, absolute Kontrolle über sich selbst erlangt hat. Die *menschliche* Natur wird das letzte Stück Natur sein, das vor dem Menschen kapituliert“ (Lewis 1947/1983: 62).

Es ist gewiss kein Zufall, dass diese Auseinandersetzung in der Postmoderne besonders heftig auf dem sensiblen Feld der Bioethik tobt, berühren sich doch gerade hier in entscheidender Weise biologisch-empirische und philosophisch-theologische Paradigmen, nicht zuletzt im ethischen Grundbegriff von Selbstverwirklichung und Autonomie (vgl. Düwell 2003, Mieth 2010, Schallenberg 2010, Thiele 2011). Noch einmal ist hier an die zentralen Begriffe von Personalität und Freiheit zu erinnern, wenn vom christlichen und europäisch-abendländischen Menschenbild (erhellend dazu Droit 2010) und von christlicher Demokratie die Rede ist. Freiheit und Personalität gehören zusammen. Daher unterstreichen die deutschen Bischöfe in ihrer letzten einschlägigen Verlautbarung zum Thema einer menschenwürdigen Demokratie:

„Das Prinzip der Personalität nimmt den Menschen umfassend in den Blick. Es begreift den Menschen einerseits als Individuum mit unveräußerlichem Eigenwert und unaustauschbarer Einmaligkeit und andererseits als soziales Wesen in Beziehung zum anderen, zur Gemeinschaft und als religiöses Wesen in seiner Beziehung auf Gott hin. Die Spannung zwischen Individualität und Sozialität ist kennzeichnend für die Person. Der Freiheit des Individuums steht das Recht der anderen auf Freiheit gegenüber. Freiheit korrespondiert daher von Anfang an mit Verantwortung für das eigene Handeln und seine Auswirkungen auf die anderen und die Gesellschaft, d. h. Freiheit ist notwendig verbunden mit dem Streben nach Gerechtigkeit“ (Die deutschen Bischöfe 2011: 18).

Eine rechtsstaatliche Demokratie muss sich dieser Verantwortung gegenüber dem gerechten Wohl jeder Person bewusst sein, will sie nicht insgeheim und schleichend zur gut organisierten Räuberbande mutieren.

LITERATURVERZEICHNIS

- *Becker, Marcel (2006). „Praxis / Poiesis“, in: Jean-Pierre Wils und Christoph Hübenal (Hrsg.): Lexikon der Ethik. Paderborn: Schöningh, S. 302-305.*
- *Benedikt XVI. (2011). „Ansprache im Deutschen Bundestag“, in: Verlautbarungen des Apostolischen Stuhls, Nr. 189, Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.*
- *Bielefeldt, Heiner (2011). Auslaufmodell Menschenwürde? Warum sie in Frage steht und warum wir sie verteidigen müssen. Freiburg im Br.: Herder.*
- *Demmer, Klaus (1991). „Das vergeistigte Glück. Gedanken zum christlichen Eudämonieverständnis“, in: Gregorianum, 72 (1991), S. 99-115.*

- *Die deutschen Bischöfe / Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen (2011). Chancengerechte Gesellschaft. Leitbild für eine freiheitliche Ordnung. Bonn: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.*
- *Droit, Roger-Pol (2010). Das Abendland. Wie wir uns und die Welt sehen. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.*
- *Düwell, Marcus (2003). „Utilitarismus und Bioethik: Das Beispiel von Peter Singers praktischer Ethik“, in: ders. und Klaus Steigleder (Hrsg.): Bioethik. Eine Einführung. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 57-71.*
- *Görres, Albert (1991). „Psychologische Bemerkungen über die Erbsünde und ihre Folgen“, in: C. Schönborn (Hrsg.): Zur kirchlichen Erbsündenlehre. Freiburg im Br.: Herder, S. 13-35.*
- *Grossi, Paolo (2010). Das Recht in der europäischen Geschichte. München: Beck.*
- *Härle Wilfried (2010). Würde. Groß vom Menschen denken. München: Diederichs.*
- *Hayek, Friedrich August von (1996). Die verhängnisvolle Anmaßung: Die Irrtümer des Sozialismus. Tübingen: Mohr Siebeck.*
- *Höffe, Otfried (2004). Kants Kritik der reinen Vernunft. Die Grundlegung der modernen Philosophie. München: Piper.*
- *Jaspers, Karl (1949). Vom Ursprung und Ziel der Geschichte. Zürich: Artemis.*
- *Koslowski, Peter (2000) (Hrsg.). Gottesbegriff, Weltursprung und Menschenbild in den Weltreligionen. München: Piper.*
- *Kreß, Hartmut (2003). „Ethischer Immobilismus oder rationale Abwägungen? Das Naturrecht angesichts der Probleme des Lebensbeginns“, in: Reiner Anselm (Hrsg.): Streitfall Biomedizin. Göttingen: Vandenhoeck und Rupprecht, S. 111-134.*

- *Lewis, Clive S. (1947/dt.1983). Die Abschaffung des Menschen. Einsiedeln: Johannes.*
- *Maritain, Jacques (1984). „Trois réformateurs: Luther – Descartes – Rousseau“, in: ders.: Oeuvres complètes, vol III 1924-1929. Fribourg: Editions universitaires, S. 429-655.*
- *Mieth, Dietmar (2010). „Genetische Frühselektion. In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“, in: Stimmen der Zeit, 228 (2010), S. 663-672.*
- *Mill, John Stuart (1975). „On Liberty“, in: ders.: Three Essays. Oxford: Oxford University Press.*
- *Mill, John Stuart (2011). Autobiographie. Hamburg: Meiner.*
- *Oakley, Francis (2006). Kingship. Oxford: Blackwell.*
- *Pesch, Otto Hermann (2005). „Das Streben nach beatitudo bei Thomas von Aquin im Kontext seiner Theologie. Historische und systematische Fragen“, in: Freiburger Zeitschrift für Philosophie und Theologie, 52 (2005), S. 427-453.*
- *Pieper, Josef (1992). Alles Glück ist Liebesglück. Hamburg: Meiner.*
- *Schaber, Peter (2010). Instrumentalisierung und Würde. Paderborn: mentis.*
- *Schallenberg, Peter (1999). „Menschenbildung oder Menschenzüchtung? Zum schwierigen Verhältnis von Mystik und Politik“, in: ders. (Hrsg.): „Als wögen Tränen unsere Arbeit auf“ – Menschliche Arbeit im gesellschaftlichen Wandel. Münster: LIT, S. 249-258.*
- *Schallenberg, Peter (2002). „Wenn jemand nicht sein Leben gering achtet ...“ Christliche Lebensentscheidung in geglücktem Verzicht“, in: Intams Review, 18 (2002), S. 240-247.*
- *Schallenberg, Peter (2010). „Sterbehilfe zwischen Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung“, in: Zeitschrift für Lebensrecht, 19 (2010), S. 49-54.*

- Schallenberg, Peter (2011). „Glück in der Theologie I“, in: Dieter Thomä u. a. (Hrsg.): *Glück. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Stuttgart: Metzler, S. 434-439.
- Schockenhoff, Eberhard (1996). *Naturrecht und Menschenwürde. Universale Ethik in einer geschichtlichen Welt*. Mainz: Grünewald.
- Söding, Thomas (2011). „Kirche in modernen Gesellschaften – Die Gottesfrage in der säkularen Welt“, in: Hans-Gert Pöttering (Hrsg.): *Politik und Religion. Der Papst in Deutschland. Sankt Augustin und Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung*, S. 19-30.
- Spaemann, Robert (1992). *Rousseau – Bürger ohne Vaterland*. München: Piper.
- Steck, Odil Hannes (1981). *Der Schöpfungsbericht der Priesterschrift: Studien zur literarkritischen und überlieferungsgeschichtlichen Problematik von Genesis 1, 1-2, 4a*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Szlezák, Thomas A. (2010). *Was Europa den Griechen verdankt. Von den Grundlagen unserer Kultur in der griechischen Antike*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Taylor, Charles (2009). *Ein säkulares Zeitalter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Thiele Felix (2011). *Autonomie und Einwilligung in der Medizin. Eine moralphilosophische Rekonstruktion*. Paderborn: mentis.
- Waldstein, Wolfgang (2010). *Ins Herz geschrieben. Das Naturrecht als Fundament einer menschlichen Gesellschaft*. Augsburg: St. Ulrich.

- 1| Dort heißt es: „Was naturhaft geschieht, das geschieht von Schöpfungs wegen, auf Grund der Erschaffung ... das heißt, es geschieht einerseits aus dem innersten und eigensten Impuls der Kreatur, andererseits stammt der allererste Anstoß dieses Impulses nicht aus dem Herzen dieses gleichen geschaffenen Wesens, sondern aus dem alle Dynamik in der Welt in Gang bringenden Akt der creatio“ (Pieper 1992: 13).
- 2| Bei von Hayek heißt es scharf: „Nachdem er behauptet hatte, der animalische Instinkt sei ein besserer Führer zum geordneten Zusammenwirken der Menschheit als entweder Tradition oder Vernunft, erfand Rousseau die „volonté générale“, den fiktiven Willen des Volkes, durch den das Volk „einen geistigen Gesamtkörper, seine Einheit, sein gemeinsames Ich erhält“. Das ist wohl die Hauptursache der verhängnisvollen Anmaßung des modernen intellektuellen Rationalismus, der uns zu einem Paradies zurückzuführen verspricht, in dem unsere natürlichen Instinkte und nicht die Fesseln, die wir ihnen anzulegen gelernt haben, uns ermöglichen werden, uns die Erde untertan zu machen, wie es dem Menschen im biblischen Schöpfungsbericht aufgetragen ist“ (von Hayek 1996: 51).

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE PARTEIEN IN WESTEUROPA: EIN ÜBERBLICK

Karsten Grabow

Christlich-demokratische Parteien entwickelten sich spätestens nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu politischen Schwergewichten in Westeuropa. Teilweise sind sie es noch immer. In den mehr als 66 Jahren seit 1945 standen in zwölf westeuropäischen Ländern christlich-demokratische Parteien an der Spitze der Regierungen, in einigen davon sehr lange. Dazu zählen Belgien, wo in 45 der knapp 67 Nachkriegsjahren Christdemokraten die Regierung anführten und die Bundesrepublik Deutschland, die ebenfalls knapp zwei Drittel ihrer Geschichte unter Führung von CDU/CSU regiert wurde. Auch in Italien und in den Niederlanden wurden zu jeweils etwa zwei Dritteln der Nachkriegsgeschichte die Regierungen von christlich-demokratischen Parteien angeführt. In Österreich stand die ÖVP knapp die Hälfte der Zeit seit 1945 an der Spitze der Regierung. In Luxemburg regierte die Christlich Soziale Volkspartei (CSV) nach kurzer Unterbrechung Mitte der 1970er Jahre gar durchweg. In der Schweiz ist die Christdemokratische Volkspartei – bzw. ihre Vorgängerorganisationen – seit 1891 ununterbrochen im Bundesrat vertreten¹. Das ist eine beeindruckende Bilanz.

Die meisten christlich-demokratischen Parteien waren von Anbeginn der Nachkriegsentwicklung Parteien der politischen Mitte (s. auch Liedhegener und Oppelland i. E.). Anders als beispielsweise die sozialdemokratischen Parteien erfüllten sie in den ersten zehn bis fünfzehn Nachkriegsjahren die so genannten „Parteifunktionen“ der gesellschaftlich breit gestreuten Interessenaggregation und -repräsentation, des Interessenausgleichs und der Erzeugung massenhafter Legitimation von allen Parteien am besten. In der Bundesrepublik Deutschland (1949-1969), in Österreich (1945-1970), in Italien (1945-1981) und in Luxemburg (1945-1974) waren sie in den ersten Nachkriegsdekaden dauerhafte und unangefochtene Regierungsparteien.

In den gemischt konfessionellen Ländern wie in Deutschland – später auch in den Niederlanden (s. auch Lucardie i. d. B.) – gelang es der Christlichen Demokratie als interkonfessionelle Union, Christen beider Konfessionen politisch zu integrieren. Aber auch die Österreichische Volkspartei verstand sich schon bei ihrer Gründung 1945 als bürgerliche Volkspartei (Pelinka 2001: 539f.), so dass zahlreiche christlich-demokratische Parteien regelrecht als „Prototyp“ der schichten- und konfessionsübergreifenden Volkspartei angesehen wurden (dazu z. B. Pütz 1971, Mintzel 1984, Haungs 1992). Damit, sowie mit ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Orientierung, d. h. der Sozialen Marktwirtschaft bzw. prinzipiell ähnlichen Konzepten unter anderem Namen („sozialer Kapitalismus“), den Erfolgen beim Wiederaufbau der Nachkriegsgesellschaften, der Garantie von Wohlstand und Sicherheit, einer Politik, die innenwie außenpolitische Versöhnung zum Ziel hatte, ihrem Bekenntnis zur westlichen Wertegemeinschaft und zur westlichen Allianz, ihrem Antikommunismus und der Abneigung gegenüber ideologisch aufgeladenen Utopien, nicht zuletzt auch mit einem einzigartigen Talent zum Pragmatismus gewannen die christlich-demokratischen Parteien viel Rückhalt in Bevölkerung (s. dazu u. a. Gehler, Kaiser und Wohnout 2001: 12ff.). Charakteristisch für die christlich-demokratischen Parteien war (und ist) ihre prinzipiell auf Ausgleich und Vermittlung von gesellschaftlichen Spannungen oder Konflikten bedachte Politik, die so genannte Mediationspolitik (van Kersbergen 1999). In (West)Deutschland, Österreich, Italien, Belgien, Luxemburg – später auch den Niederlanden – wurden sie zu Parteien, die für lange Zeit eine Art „Abonnement“ auf die Regierungsbeteiligung hatten. Regierungsbeteiligung gehört(e) quasi zum christlich-demokratischen Selbstverständnis (Frey 2008: Kap. 2, Walter u. a. 2011: 20f.).

Seit etwa Mitte der 1980er Jahre beobachten wir europaweit jedoch einen rückläufigen Trend – nicht nur, aber auch für die christlich-demokratischen Parteien. Über die Ursachen ist in den Sozialwissenschaften viel geforscht und publiziert worden. Anhaltende Säkularisierung, Wertewandel, das Schrumpfen einstiger Stammwählermilieus, die Abschwächung der Kirchenbindung, eine zunehmende gesellschaftliche Fragmentierung, veränderte Partizipationsvorstellungen der Bürger, eine geringere Neigung, sich länger an eine bestimmte politische Gruppierung zu binden oder sich freiwillig darin zu engagieren, die gewachsene Konkurrenz um Aufmerksamkeit in einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft gelten als hauptsächliche Gründe dafür, dass auch einstige christlich-demokratische Schwergewichte frühere Mitglieder- und v. a. Wählerniveaus nicht halten können (s. dazu z. B. Lucardie 2006, Best 2011, Liedhegener und Oppelland i. E.).

Dazu kommen aktuelle, tagespolitische Fragen, wie z. B. Probleme, die sich aus der Zuwanderung in westeuropäische Länder und die nicht immer geglückte Integration der Zuwanderer ergeben oder Fragen nach der Zukunft der Europäischen Union und ihrer Gemeinschaftswährung. Als Regierungs- und vor allem als die Europaparteien in ihren jeweiligen Ländern sind die christlich-demokratischen Parteien davon ganz massiv betroffen (s. auch Halper i. d. B.). Die mit der Euro- und Schuldenkrise verbundene Verunsicherung oder gar zunehmender Euroskeptizismus, der von populistischen Problemvereinfachern bedient und instrumentalisiert wird (z.B. Decker 2006, Bauer 2010, Reuter 2011, BBC News 2011), trifft auch christlich-demokratische Parteien hart, z.B. in den Niederlanden, in Belgien und in Österreich, ohne dass sie dafür bisher überzeugende Antworten haben präsentieren können.

Christlich-demokratische Parteien stehen gegenwärtig also vor großen Herausforderungen. Neben der Lösung konkreter politischer Probleme – hauptsächlich rund um die Euro-Frage, aber auch auf zahlreichen anderen Politikfeldern wie Energiepolitik, Bildungs-, Sozialpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik – dürfte eine der größten darin bestehen, Politikangebote vorzulegen, die auch eine sich immer stärker fragmentierende und individualisierende bürgerliche, junge, urbane Mitte attraktiv findet und die gleichzeitig die zwar schrumpfende, aber für künftige Erfolge unverzichtbare Traditionsanhängerschaft zu ihren Parteien halten lässt (s. auch Grabow 2010). Es geht also um den immer währenden „Spagat“, Zentrum und Peripherie, Modernisierer und Traditionalisten, Christen und

zunehmend auch Nicht-Christen unter dem Dach der Partei zu vereinen und eine für das Land – heute zunehmend auch für Europa – gute Politik zu machen.

Christlich-demokratische Parteien haben mit derartigen Integrationsleistungen Erfahrung. Sie waren zudem stets flexibel genug, organisatorisch wie programmatisch, nicht nur unterschiedlichste Interessen zu integrieren und zu balancieren, sondern auch gemeinwohlförderliche politische Steuerungsleistungen zu erbringen. Für einen Abgesang auf die Volksparteien im Allgemeinen (z. B. Lösche 2009; Walter u. a. 2011: 219f.) oder auf die christlich-demokratischen (Volks)Parteien im Besonderen (van Kersbergen 1999: 370; Conway 2003: 43; zitiert nach Frey 2008: 17f.) besteht (noch) kein Anlass. Für übertriebenen Optimismus aber auch nicht. Wie andere Traditionsparteien befinden sich auch die westeuropäischen christlich-demokratischen Parteien in einer Phase des Umbruchs, bei dem sie möglicherweise frühere Mitgliederstärke oder Organisationskraft verlieren, nicht aber zwangsläufig ihre frühere politische Bedeutung. Themen, mit denen sie sich auch weiterhin profilieren und Zuspruch in früheren Größenordnungen erfahren können, gibt es jedenfalls zuhauf (s. u.; siehe auch Veen 2011).

GEGENWÄRTIGE LAGE DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN PARTEIEN WESTEUROPAS

Beim Blick auf die aktuelle Situation der westeuropäischen Christdemokratie fällt eine recht hohe Erfolgsvarianz auf, wobei noch immer eine Exekutivbeteiligung dominiert: In Deutschland, Irland, Luxemburg und in Malta stehen christlich-demokratische Parteien gegenwärtig an der Spitze der Regierung. In Belgien, Finnland, den Niederlanden, Österreich, Portugal und in Schweden sind sie als Juniorpartner an Koalitionsregierungen beteiligt (s. Tabelle 1). In der Schweiz hat die CVP einen Sitz in der siebenköpfigen Bundesregierung. Während sich die norwegischen und – bis zur Bildung der „Expertenregierung“ von Mario Monti im November 2011 auch die italienischen – Christdemokraten immerhin in der Opposition befinden bzw. befanden, teilweise mit leicht besseren Wahlergebnissen als mancher Regierungsjuniorpartner, sind die dänischen Christdemokraten mittlerweile in die Bedeutungslosigkeit abgerutscht.

Tabelle 1: Christlich-demokratische Parteien in Westeuropa

Land	Partei/en	gegenwärtige Position und letzte Wahlergebnisse	Δ Wahl seit 1990 (+/- 2 Jahre, je nach Wahlzeitpunkt)
Belgien	CD&V ¹ ; CDH ²	J (10,9); J (5,7)	-5,9; -2
Dänemark	KD ³	/ (0,8)	-1,5
Deutschland	CDU/CSU	S (33,8)	-10
Finnland	KD ⁴	J (4,0)	+0,9
Irland	Fine Gael	S (36,1)	+11,6
Italien	UDC	O ⁵ (5,6)	-0,2
Luxemburg	CSV	S (38,0)	+6,3
Malta	PN	A (49,3)	-2,5
Niederlande	CDA	J (13,7)	-21,6
Norwegen	KRF	O (5,5)	-3,0
Österreich	ÖVP	J (26,0)	-6,1
Portugal	CDS-PP	J (11,7)	+7,3
Schweden	KD	J (5,6)	-1,5
Schweiz	CVP	J (12,3)	-6

Legende:

A = Alleinregierung

S = Seniorpartner einer Koalitionsregierung/Partei der/des Ministerpräsidenten/
Bundeskanzlerin

J = Juniorpartner einer Koalitionsregierung

O = Opposition

/ = nicht im Parlament

¹ bis 2001 *Christelijke Volkspartij* (CVP)

² bis 2002 *Parti social-chrétien* (PSC)

³ seit 2003 *Kristendemokraterne* (KD), davor: Christliche Volkspartei (KRF)

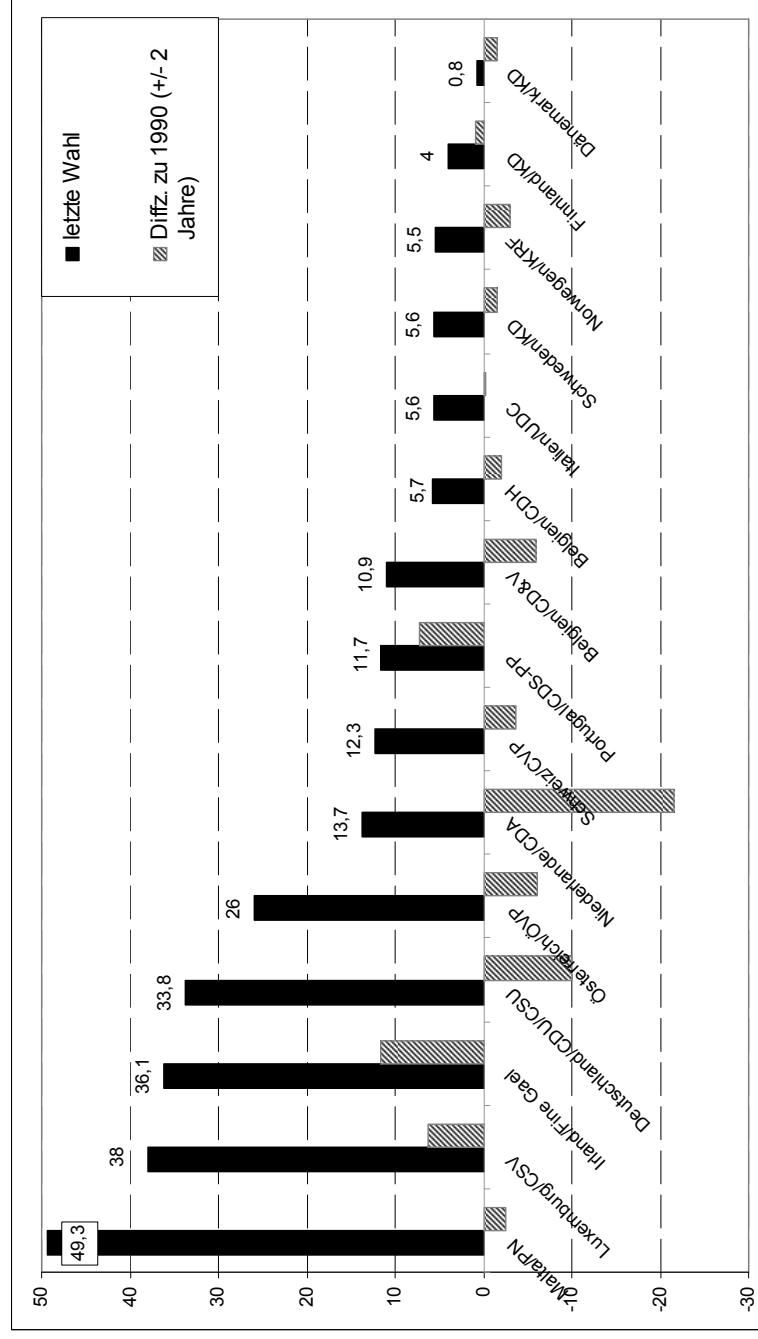
⁴ *Suomen Kristillisdemokraatit* (KD)

⁵ bis November 2011, seitdem unterstützt auch die UDC die Notregierung von Mario Monti.

Quellen: Eigene Darstellung nach Frey (2008: 50) und Nordsieck (2011).

In einer anderen Ansicht wird deutlicher, dass die christlich-demokratischen Parteien jedoch hinsichtlich ihrer Wahlergebnisse stark voneinander abweichen und ebenso, dass einige von ihnen im Laufe der letzten zwanzig Jahre teilweise dramatische Stimmenverluste erlitten haben. Andere hingegen konnten jedoch auch zulegen.

Abbildung 1: Aktuelle Wahlergebnisse, Gewinne und Verluste christlich-demokratischer Parteien in Westeuropa



Quelle: Eigene Darstellung nach Nordsteck (2011).

Eine Partei – die *Partit Nazzjonalista* (PN) in Malta – spielt quasi in einer eigenen Liga. Sie ist nahe an der absoluten Stimmenmehrheit und hat während der letzten zwanzig Jahre auch nur geringfügig verloren. Im *first past the post*-Zweiparteiensystem Maltas regiert sie allein. Dann folgen drei Parteien, die deutlich über der 30-Prozent-Marke liegen, die in der politikwissenschaftlichen Literatur häufig als „Volksparteien-Grenze“ angesehen wird (s. dazu z. B. Schönbohm 1985: 17, Lösche 2009: 7, Oberreuter 2009: 45): die Christlich-Soziale Volkspartei in Luxemburg, die sich gegenüber 1989/90 wieder hat steigern können, die irische *Fine Gael* (Familie der Iren), die ihre Position im Parteiensystem des Landes gegenüber Anfang der 1990er Jahre deutlich verbessern konnte – wobei man hinzufügen muss, dass sie ihr sehr gutes Wahlergebnis von 2011 auch der Tatsache verdankt, dass die Wahlen ganz im Zeichen des drohenden irischen Staatsbankrotts stand und die FG als Oppositionspartei von dieser Krise profitierte – und schließlich die Unionsparteien in Deutschland, die allerdings im Laufe der letzten zwanzig Jahre zehn Prozentpunkte eingebüßt haben.

Hinsichtlich der Zuordnung von *Fine Gael* und der *Nationalist Party* in Malta – also zwei der derzeit erfolgreichsten Parteien aus der christlich-demokratischen Parteienfamilie – gibt es allerdings Debatten, ob es sich tatsächlich um christlich-demokratische Parteien handelt. Sie gelten nach Auffassung mancher Autoren eher als liberal-konservative Parteien oder agierten, wie die maltesische *Nationalist Party*, unter einzigartigen „Labor“- bzw. isolierten Inselbedingungen (kleines Land, geringe Bevölkerungszahl, religiös relativ homogene Bevölkerungsstruktur, relativ kleine Patronage- bzw. Honoratiorenpartei), so dass der Partei in vergleichenden Studien in der Regel wenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Diese Debatte will ich an dieser Stelle nicht weiter verfolgen (s. dazu z. B. Frey 2008: 48ff.; Liedhegener und Oppeland, i. E.)². Beide Parteien gehören dem Weltverband christlich-demokratischer Parteien (CDI-IDC) an und sind Mitglied der Europäischen Volkspartei. Zudem sind die irische *Fine Gael* und spätestens seit Mitte der 1970er Jahre auch die maltesische *Nationalist Party* auch ihrem Selbstverständnis und ihrer Programmatik nach christlich-demokratische Parteien, die durchaus mit einem volksparteiähnlichen Integrations- und Repräsentations- und Führungsanspruch antreten (vgl. Bestler und Waschkuhn 2003: 746).

Eine „Klasse für sich“ ist die Österreichische Volkspartei. Mit zuletzt 26 Prozent (Nationalratswahlen 2008) liegt sie westeuropaweit allein im 20er-Prozentbereich. Auch wenn die ÖVP in den beiden zurückliegenden Dekaden nur moderat verlor und durchaus noch immer dem Lager der stärkeren christlich-demokratischen Parteien zugerechnet werden kann, kämpft sie gegenwärtig um ihren Status als Volkspartei (s. auch Halper i. d. B.).

Alle anderen christlich-demokratischen Parteien in Westeuropa liegen mittlerweile unterhalb der 20-Prozent-Grenze. Besonders auffallend sind dabei der Absturz des niederländischen Christlich Demokratischen Aufrufs (CDA) auf nur noch 13,7 Prozent, ein Rückgang von knapp 22 Prozentpunkten seit 1990, der Niedergang der traditionsreichen belgischen und die Schwäche der skandinavischen Christdemokraten sowie die Tatsache, dass es nach dem Zusammenbruch der *Democrazia Cristiana* in Italien keine annähernd starke christlich-demokratische Partei mehr gibt.

Für die meisten christlich-demokratischen Parteien Westeuropas ist für die letzten zwanzig bis dreißig Jahre ein Negativtrend festzuhalten (s. Anhang). Mit wenigen Ausnahmen (finnische KD, schwedische KD, portugiesische CDS-PP) – und dort auf relativ niedrigem Niveau – hat die Mehrheit der christlich-demokratischen Parteien an Wahlstimmen, Stammwählern und auch an Mitgliedern verloren, einige, wie der CDA – aber auch die deutschen Unionsparteien – sogar ganz massiv (van Biezen, Mair und Poguntke 2011; Best 2011: 281f.; detailliert für Deutschland: Niedermayer 2010). Einzelne Parteien stehen aber noch immer vergleichsweise gut da. Neben den teils umstrittenen Fällen in Malta und Irland betrifft das vor allem die Christlich-Soziale Volkspartei in Luxemburg und die deutschen Unionsparteien. Letztere sind von den einstigen christlich-demokratischen Groß- oder Volksparteien in den westeuropäischen Industrieländern (Belgien, Niederlande, Österreich) ungeachtet aller Verluste der Vergangenheit noch immer die stärksten in Westeuropa.

AUSBLICK

Die meisten christlich-demokratischen Parteien in (West)Europa suchen gegenwärtig nach mobilisierenden Themen und debattieren über ihren Markenkern, auch über ihre Grundwerte. Eine der Herausforderungen dürfte darin bestehen, angesichts des Schrumpfens und – damit verbun-

den – der sinkenden „elekoralen Relevanz“ ihrer traditionellen Stamm-anhängergruppen neue Wählerschichten zu erschließen und mehrheitsfähige Themen zu finden, ohne dass sich die ja noch vorhandenen Stammanhängergruppen noch weiter von den Parteien entfernen. Patentrezepte für die Rückkehr zur einstigen Stärke gibt es dabei nicht. Während die einen, vor allem die deutschen Unionsparteien, äußerst pragmatisch vorgehen, die strategisch wichtige Mitte besetzt haben und sich beim aktuellen Krisenmanagement in der Eurozone bislang als prinzipienfest und führungsstark gezeigt haben, neigen andere, wie die ÖVP – zumal in einer anderen Konstellation – zur stärkeren Betonung ordnungspolitischer, d. h. auch wirtschaftsliberaler Positionen. Wieder andere, beispielsweise der CDA, sind bestrebt, das christlich-soziale Profil ihrer Partei zu stärken und gleichzeitig die Demokratisierung parteiinterner Strukturen voranzutreiben (Wientzek 2011: 13). Das alles muss kein Widerspruch sein. Wahre Volksparteien, nicht nur die christlich-demokratischen, haben breite Flügel und können unterschiedlichste, auch scheinbar gegenläufige Interessen integrieren und ausgleichen. Ihr Erfolg wird künftig stark davon abhängen, diese divergierenden Strömungen, Interessen und Konflikte wieder zusammenzubringen bzw. sie weiterhin unter dem Dach der Partei zusammenzuhalten.

Zukunftsthemen der christlich-demokratischen Parteien könnten bzw. werden vermutlich sein (s. dazu auch Filzmaier 2007: 363ff.):

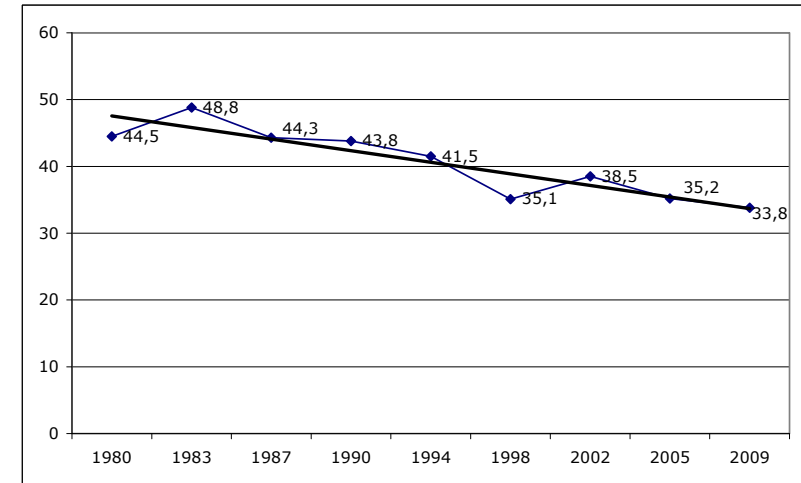
- die weitere Gestaltung der EU als Regel- und Stabilitäts-Union;
- Arbeit an der Zukunftsfähigkeit der jeweiligen Länder bzw. Gesellschaften, insbesondere unter dem Eindruck hoher Staatsschulden (was künftig mehr in Richtung restriktiver Finanzpolitik gehen wird) und des absehbaren demographischen Wandels;
- Gestaltung der inneren Einheit der jeweiligen Gesellschaften vor dem Hintergrund wachsender gesellschaftlicher, auch kultureller und religiöser Fragmentierung, einschließlich der Frage der Einwanderung(sregulierung) und Integration;
- Stärkung/Erhalt der inneren wie äußeren Sicherheit;
- Umwelt-, Klima- und Energiepolitik, vor allem mit Betonung auf Nachhaltigkeit, Bezahlbarkeit und Verantwortung gegenüber Natur und Umwelt;
- Familienförderung und Bildungspolitik, letzteres auch mit der Betonung von Begabtenförderung, Förderung des Leistungsgedankens und von Qualitätskriterien;

- alternative politische Teilhabemodelle, die den veränderten politischen Partizipationsvorstellungen der Bürgerinnen und Bürgern mehr entsprechen als das gegenwärtig der Fall ist,
- d. h. auch Betonung und Förderung der aktiven Bürgergesellschaft und weitere Öffnung der eigenen Parteiorganisation.

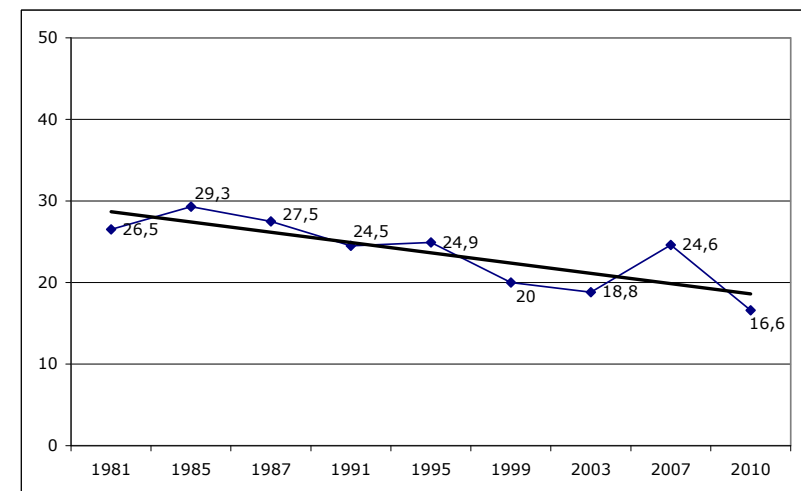
Man muss wohl davon ausgehen, dass auch die (einst) mitglieder- und organisationsstarken christlich-demokratischen Volksparteien in Belgien, Deutschland, den Niederlanden oder in Österreich frühere Mitgliederniveaus nicht wieder erreichen werden. Auch Wahlergebnisse um die 35 Prozent oder gar mehr sind künftig nicht mehr sicher. Die „goldenen Zeiten“ der westeuropäischen Christdemokratie hatten spezifische Ursachen, die heute zum Teil nicht mehr existieren. Wenn aber die christlich-demokratischen Parteien auf der Basis ihrer Grundwerte, ihrer prinzipiell marktwirtschaftlich bzw. ordnungspolitischen Ausrichtung gemeinwohlorientiert führen, Politikangebote unterbreiten, die für die große Mehrheit der Bevölkerung einen spürbaren Nutzen erbringen und/oder (neuen) Gemeinsinn stiften, wenn sie Probleme erkennen und zum Wohle der Bevölkerungsmehrheit lösen, wenn die christlich-demokratischen Parteien mehr „benefit all/many“-Parteien als professionalisierte „catch all“-Parteien werden oder bleiben, wenn sich die christlich-demokratischen Parteien vor Ort den lokalen Problemen der Wählerinnen und Wähler annehmen und mit ihnen gemeinsam nach Lösungen suchen, wenn sie den Bürgerinnen und Bürgern stärker als bisher die Gelegenheit einräumen, sich für die Gestaltung von (Lokal)Politik zu engagieren, wenn sie ihren sozial und kulturell so verschiedenen (potentiellen) Anhängern eine – ggf. auch neue – Integrationsklammer anbieten (evtl. gemeinsame Verantwortung für die Gestaltung der Zukunft, bürgerliche Werte) und so die sich derzeit abzeichnende Kluft zwischen Peripherie und Zentrum, zwischen eher marktwirtschaftlichen und eher etatistischen Ansätzen oder eher konservativen und eher liberalen Werten und Einstellungen der (potentiellen) Anhänger überbrücken, dann haben sie auch eine Zukunft und bleiben das, was sie in vielen westeuropäischen Ländern waren und zum Teil auch immer noch sind: politische Schwergewichte, die die Geschicke ihrer Länder – und zunehmend auch die Europas – maßgeblich mitgestalten.

ANHANG: WAHLERGEBNISSE UND LINEARER TREND DER WESTEUROPÄISCHEN CHRISTDEMOKRATIE SEIT 1980³

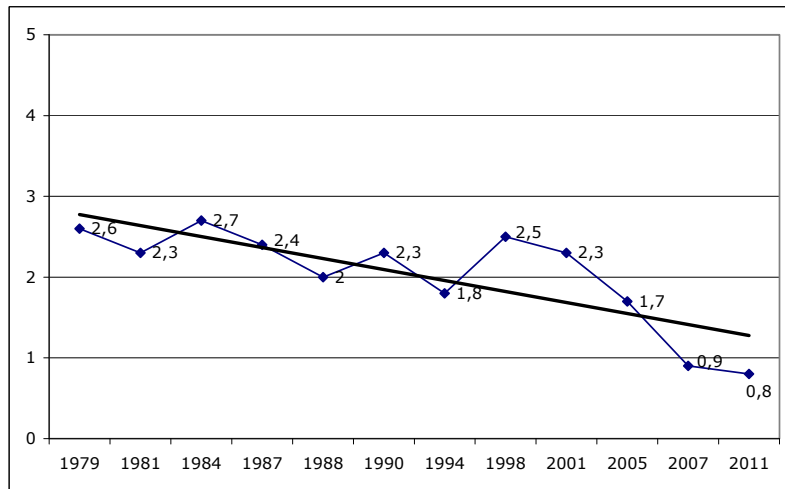
Deutschland (CDU/CSU)



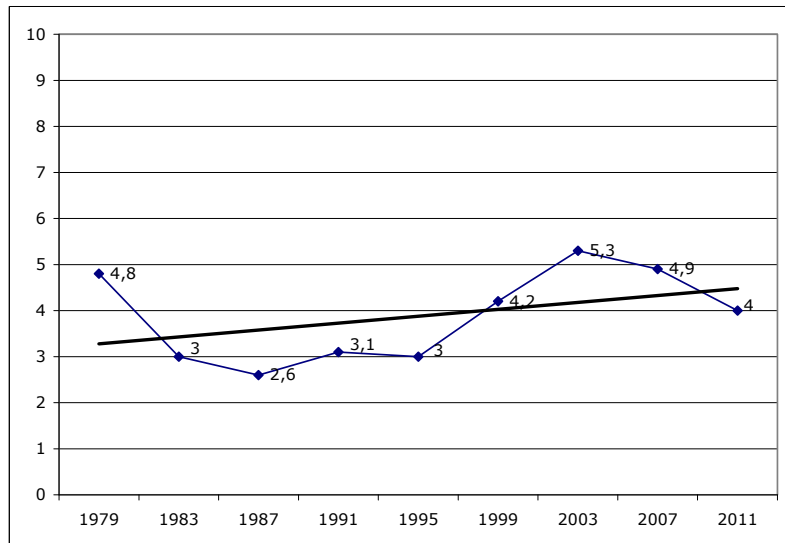
Belgien (flämische Christdemokraten: CD&V, bis 1999 CVP; wallonische Christdemokraten: CDH, bis 2002 PSC; Abbildung zeigt jeweils die Summe der Ergebnisse beider Parteiformationen)



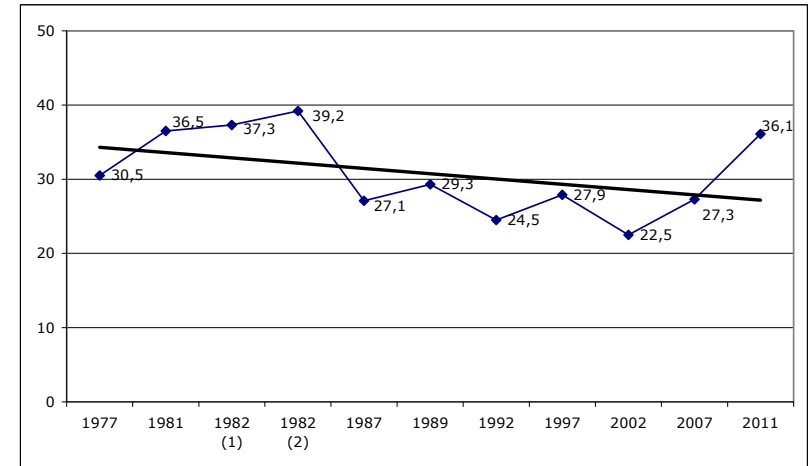
Dänemark (bis 2003 KrF, Kristeligt Folkeparti,
seitdem KD, Kristendemokraterne)



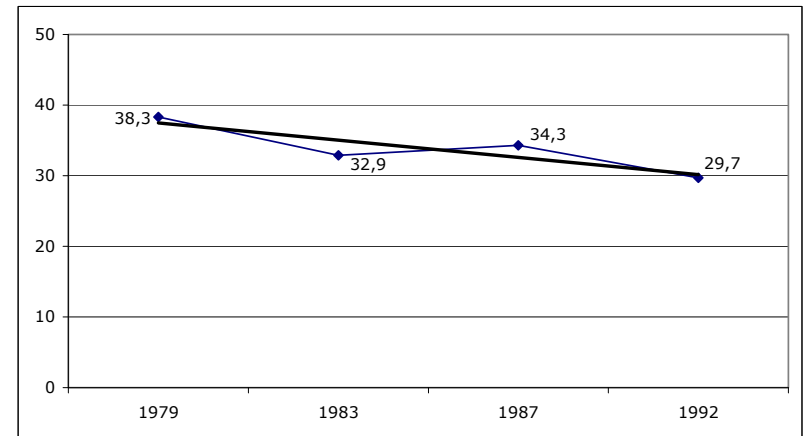
Finnland (Suomen Kristillisdemokraatit, KD)



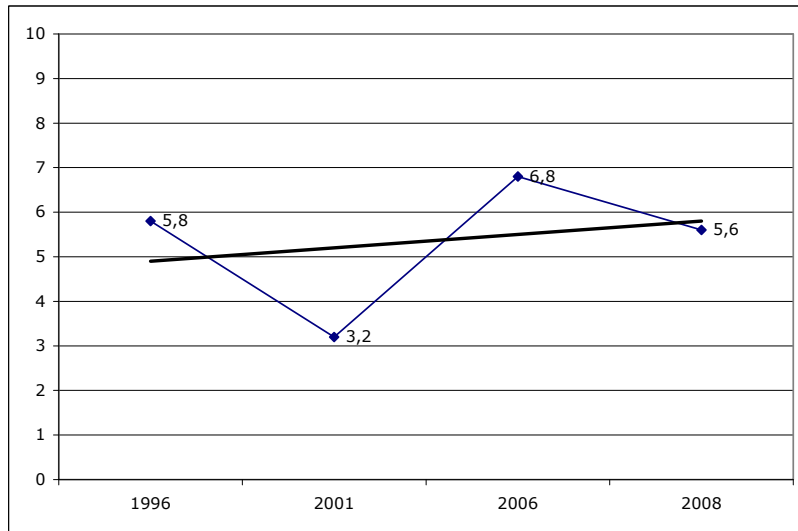
Irland (Fine Gael)



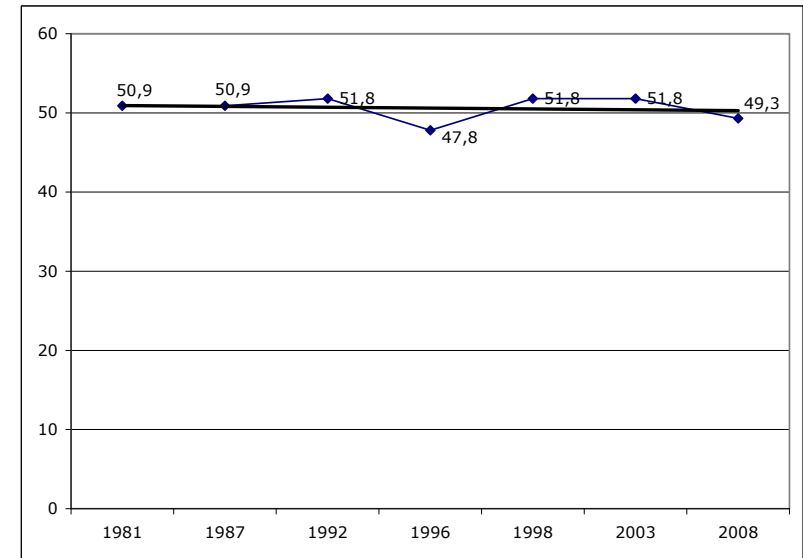
Italien (bis 1992 Democrazia Cristiana)



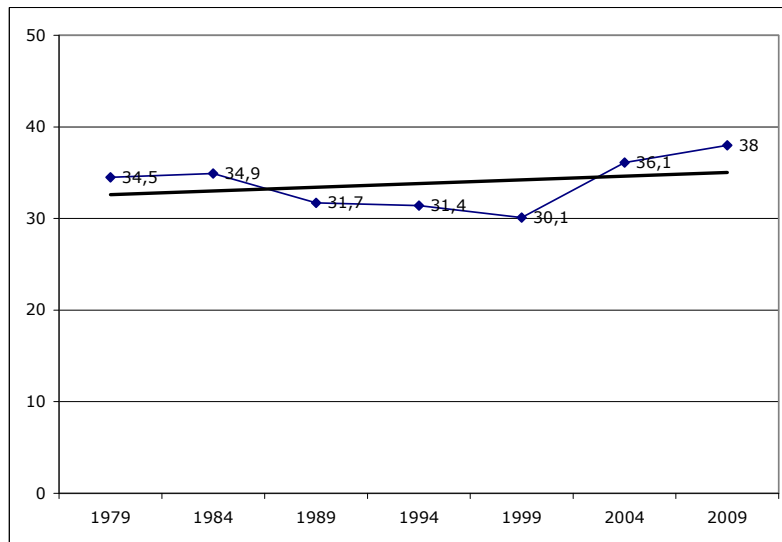
Italien 1996-2006: UDC/BF/CCD; seit 2008 Unione dei Democratici Cristiani e Democratici di Centro (UDC)



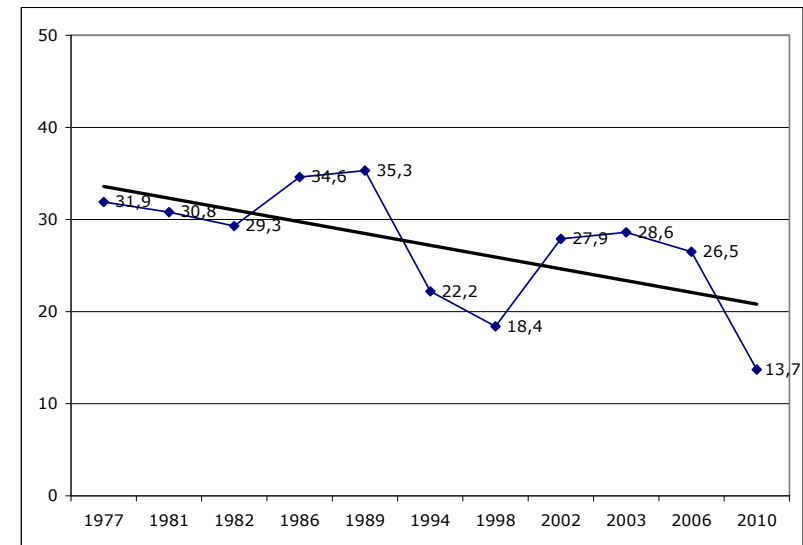
Malta (PN)



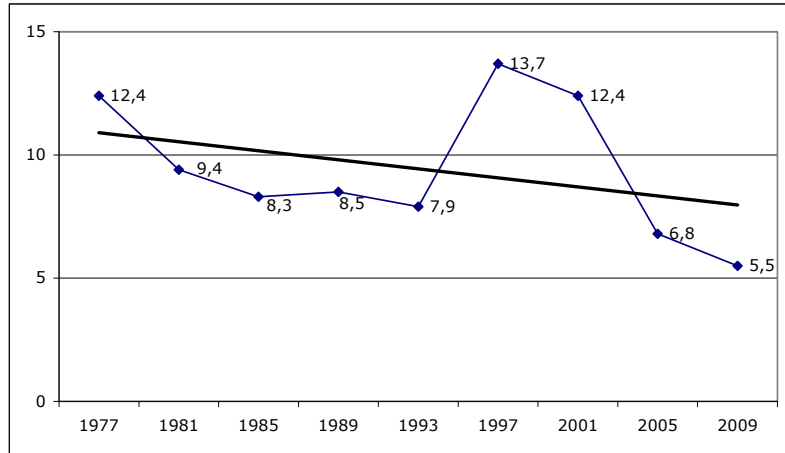
Luxemburg (CSV)



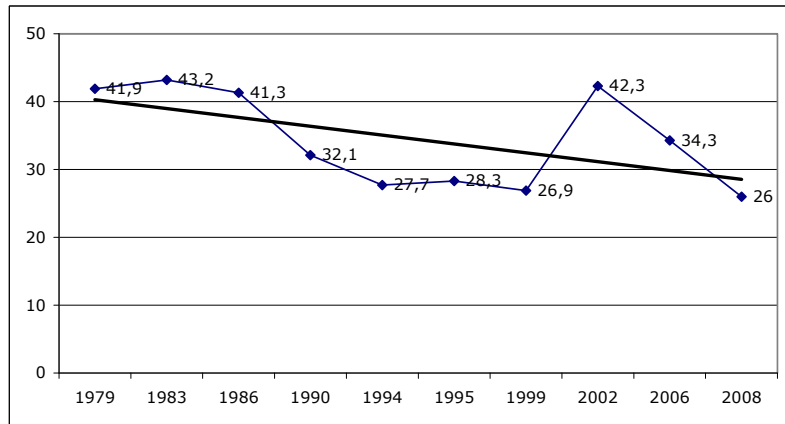
Niederlande (CDA)



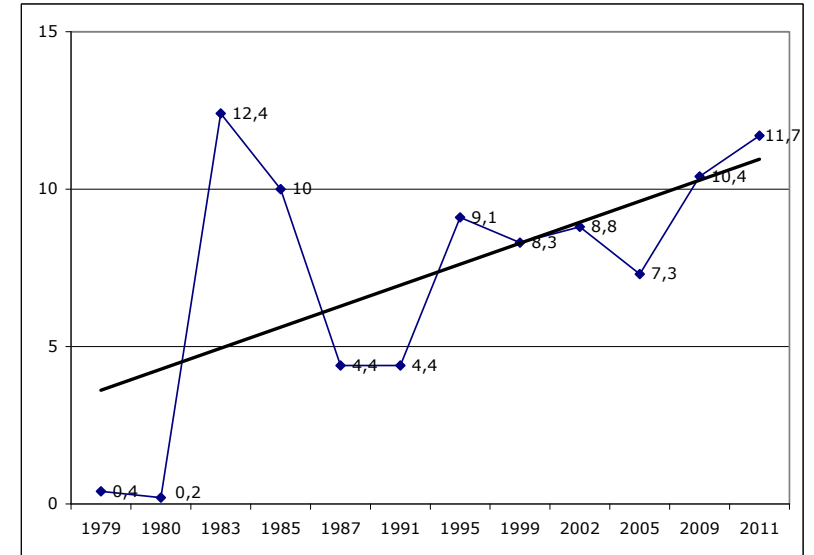
Norwegen (Kristelig Folkeparti, KRF)



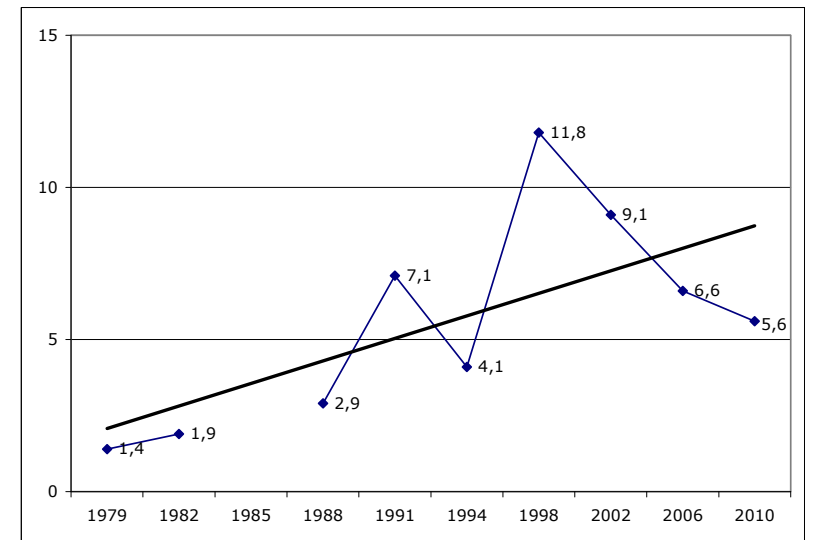
Österreich (ÖVP)



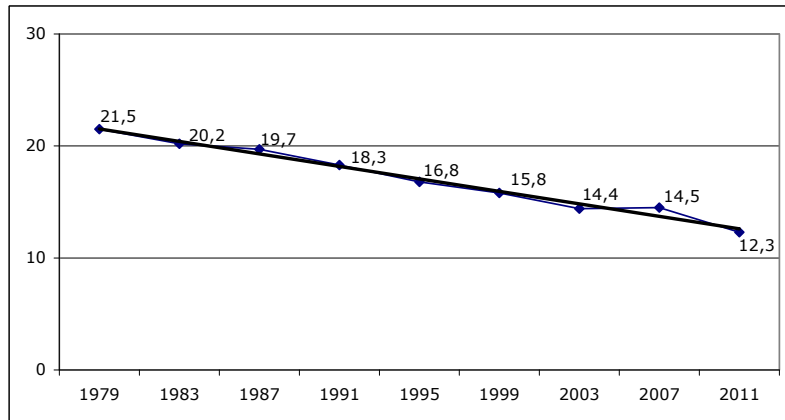
Portugal (CDS-PP, Partido Popular)



Schweden (Kristdemokraterna, KD)



Schweiz (CVP)



Quellen: eigene Darstellung nach Nordsieck (2011) und <http://www.dst.dk/valg/Valg1204271/valgogg/valgogg.htm> (zuletzt besucht am 27.01.2012).

LITERATURVERZEICHNIS

- Bauer, Werner T. (2010). *Rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien in Europa*. Wien: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.
- Biezen, Ingrid van, Peter Mair und Thomas Poguntke (2011). „Going, going, ... gone? The decline of party membership in contemporary Europe“, in: *European Journal of Political Research*, 51. Jahrgang, Heft 1, S. 24-56.
- BBC News (2011). *Europe: Nationalist resurgence*. BBC News Europe, <http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-13115454?print=true> (zuletzt besucht am 03.01.2012).
- Best, Robin (2011). „The declining electoral relevance of traditional cleavage groups“, in: *European Political Science Review*, 3/2 (2011), S. 279-300.
- Bestler, Anita und Arno Waschkuhn (2003). „Das politische System Maltas“, in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen: Leske und Budrich, 3. Auflage, S. 731-757.
- Conway, Martin (2003). „The Age of Christian Democracy: The Frontiers of Success and Failure“, in: Thomas Kselman und Joseph A. Buttigieg (Hrsg.): *European Christian Democracy: Historical Legacies and Comparative Perspectives*. Notre Dame: University of Notre Dame Press, S. 43-67.
- Decker, Frank (2006). „Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven“, in: ders. (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 9-32.
- Filzmaier, Peter (2007). „National, konservativ und sozial? Christliche Volksparteien und ihre Zukunft“, in: Josef Pühringer (Hrsg.): *Reichersberger Pfingstgespräche 2002-2006*. Linz: Trauner Verlag, S. 354-365.

- Frey, Timotheos (2008). *Die Christdemokratie in Europa. Der schmale Grat zum Erfolg*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Gehler, Michael, Wolfram Kaiser und Helmut Wahnout (2001). „Einleitung“, in: dies. (Hrsg.): *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert*. Wien u. a.: Böhlau, S. 9-19.
- Grabow, Karsten (2010). „Christliche Demokratie: Was ist das?“, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.): *Christliche Demokratie: Grundsätze und Politikgestaltung*. Berlin/Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 7-13.
- Haungs, Peter (1992). „Die CDU: Prototyp einer Volkspartei“, in: Alf Mintzel und Heinrich Oberreuter (Hrsg.): *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Leske & Budrich, S. 172-216.
- Ismayr, Wolfgang (Hrsg.) (2003). *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen: Leske und Budrich, 3. Auflage.
- Keersbergen, Kees van (1999). „Contemporary Christian Democracy and the demise of the Politics of Mediation“, in: Herbert Kitschelt u. a. (Hrsg.): *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*. Cambridge: Cambridge University Press, S. 346-370.
- Lane, Jan-Erik und Svante Ersson (1999). *Politics and Society in Western Europe*. 4. Auflage. London: Sage.
- Liedhegener, Antonius und Torsten Oppeland (i.E.). „Die christdemokratischen Parteien Europas – eine ‚Parteienfamilie‘?“, in: Uwe Jun und Benjamin Höhne (Hrsg.): *Parteienfamilien – Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?* Opladen: Verlag Barbara Budrich.
- Lösche, Peter (2009). „Ende der Volksparteien“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 51/2009, S. 6-12.
- Lucardie, Paul (2006). „Das Parteiensystem der Niederlande“, in: Oskar Niedermayer, Richard Stöss und Melanie Haas (Hrsg.), *Die Parteiensysteme Westeuropas*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 331-350.

- Mintzel, Alf (1984). *Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Niedermayer, Oskar (2010). „Die Entwicklung der Parteimitgliedschaften von 1990 bis 2009“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 41. Jg., Heft 2, S. 421-437.
- Nordsieck, Wolfram (2011). *Parties and elections/countries*. <http://www.parties-and-elections.de/countries.html>.
- Oberreuter, Heinrich (2009). „Parteiensystem im Wandel – Haben die Volksparteien Zukunft?“, in: Volker Kronenberg und Tilman Mayer (Hrsg.): *Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft?* Freiburg: Herder, S. 43-59.
- Pelinka, Anton (2001). „Die Christdemokraten als europäische Parteienfamilie. Ein Kommentar“, in: Michael Gehler, Wolfram Kaiser und Helmut Wahnout (Hrsg.): *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert*. Wien: Böhlau, S. 537-555.
- Pütz, Helmut (1971). *Die CDU. Entwicklung, Aufbau und Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands*. Düsseldorf: Droste Verlag.
- Reuter, Gerd (2011). „Unmut zwischen Maas und Marschen. Rechtspopulisten in Belgien und den Niederlanden“, in: Friso Wielenga und Florian Hartleb (Hrsg.): *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*. Münster u. a.: Waxmann, S. 55-75.
- Schönbohm, Wulf (1985). *Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950-1980*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Veen, Hans-Joachim (2011). „Politik statt Wertediskussion“, auf: <http://www.zukunftvolkspartei.de/?p=93> (zuletzt besucht am 03.01.2012)

- Walter, Franz, Christian Werwath und Oliver D'Antonio (2011). *Die CDU. Entstehung und Verfall christdemokratischer Geschlossenheit. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.*
- Wientzek, Olaf (2011). *Situation der Volksparteien in den Niederlanden. Brüssel: Konrad-Adenauer-Stiftung, unv. Manuskript.*

- 1| Eigene Berechnungen anhand der jeweiligen Länderkapitel aus Ismayr (2003) und Nordsieck (2011).
- 2| Ausführlich zur Definition und Zuordnung christlich-demokratischer Parteien in Parteitypologien bzw. Parteifamilien sowie die Unterscheidung zwischen christlich-demokratischen und religiösen sowie zwischen christlich-demokratischen und konservativen Parteien s. z.B. Lane und Ersson (1999), Frey (2008: 47ff.), Liedhegener und Oppelland (i. E.).
- 3| Für die Mitwirkung bei der Erstellung des Anhangs danke ich Marian Bracht, Student der Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, der im Herbst 2011 ein Praktikum im Team Innenpolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung absolviert hat.

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE PARTEIEN IN BELGIEN

Steven Van Hecke

EINLEITUNG

In Belgien existiert eine parteipolitisch geschlossen organisierte christliche Demokratie nicht. Da es im Land verschiedene regionale Parteiensysteme gibt, gelten drei Parteien als Mitglieder der christlich-demokratischen „Familie“: Die Partei *Christendemocratisch & Vlaams* (CD&V) in Flandern, das *centre démocrate Humaniste* (cdH) im französischsprachigen Teil Belgiens (Brüssel und Wallonien) und die Christlich-Soziale Partei (CSP) im deutschsprachigen Teil des Landes. Diese drei Parteien unterscheiden sich in verschiedener Hinsicht beträchtlich: In ihrer Ideologie, ihrem Abschneiden bei Wahlen oder ihrer Stellung im Parteiensystem. Tatsächlich arbeiten sie nur auf europäischer Ebene ständig zusammen. Alle drei sind Vollmitglieder der Europäischen Volkspartei (EVP) und ihre Abgeordneten stellen gemeinsam die belgische Delegation innerhalb der EVP-Gruppe im Europäischen Parlament.

Anders als die CSP, die 1972 nach der Einrichtung der deutschsprachigen Gemeinschaft gegründet wurde, sind die CD&V und die cdH relativ neue Parteien. Was die CD&V angeht, so wurde 2001 beschlossen, der *Christelijke Volkspartij* (CVP) einen neuen Namen zu geben, mit dem sie ihren

christlich-demokratischen und flämischen Charakter betonte, ohne sich weiterhin als Volkspartei zu bezeichnen. Ein Jahr später entschied sich die *Parti Social Chrétien* (PSC) dafür, noch einen Schritt weiterzugehen und ihre Zugehörigkeit zur christlichen Demokratie nicht mehr in ihrem Namen zu erwähnen. Stattdessen wurden eine neue Ideologie und ein neuer Name geschaffen: Demokratischer Humanismus. Diese Periode der Erneuerung folgte auf die Wahl von 1999, bei der beide Parteien enorme Verluste hinnehmen mussten. Zum ersten Mal seit den 1950er Jahren waren die Christdemokraten an keiner Regierung beteiligt, weder auf nationaler noch auf regionaler Ebene (siehe Van Hecke 2002; 2006).

Ursprünglich waren die CVP und die PSC Teile einer nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten Partei, die sich aus zwei Flügeln zusammensetzte: einen für die flämisch sprechende und einen für die französisch sprechende Seite. Ständige interne und externe Sprachprobleme führten schließlich gegen Ende der 1960er Jahre zur Spaltung. Seit damals operieren beide Parteien rechtlich wie politisch völlig unabhängig voneinander, sogar in der Hauptstadt Brüssel.

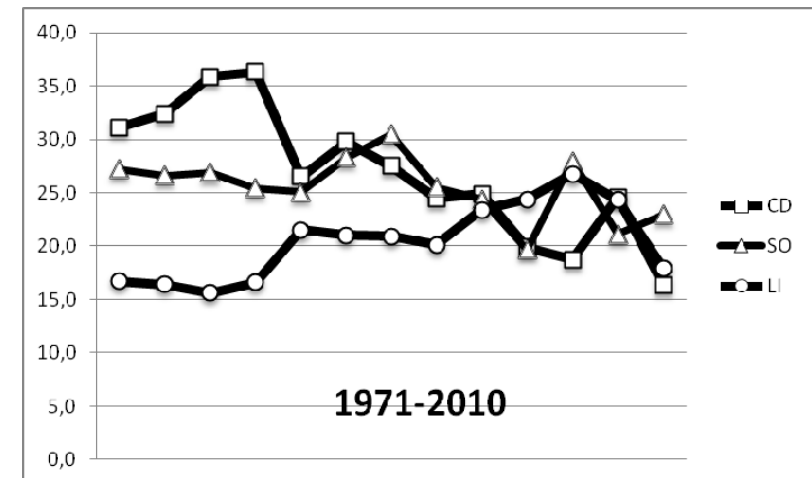
In diesem Kapitel betrachte ich zunächst die jüngsten Wahlergebnisse der CD&V und der cdH. Auf die CSP gehe ich nur am Rande ein, weil die Partei auf gesamtstaatlicher Ebene keine signifikante Rolle spielt. Dargestellt werden dann die verschiedenen Positionen, die die CD&V sowie die cdH in den Parteiensystemen von Flandern und Brüssel/Wallonien innehaben. Besondere Aufmerksamkeit gilt der Gemeinsamen Liste zwischen der CD&V und der flämisch-nationalistischen Partei *Nieuw Vlaams Alliantie* (N-VA), die ich als Kartell bezeichne (siehe unten). Des Weiteren werden die strukturellen und konjunkturellen Ursachen der Stimmenverluste sowie die Stärken und Probleme beider Parteien aufgezeigt. Am Ende des Artikels steht die Frage: Was können wir von den Christdemokraten in Belgien erwarten?

DIE ENTWICKLUNG DER STIMMENANTEILE

Verglichen mit den beiden anderen traditionellen Parteifamilien in Belgien, den Sozialisten und den Liberalen, weist der Stimmenanteil der Christdemokraten insgesamt einen Abwärtstrend auf (siehe Abbildung 1). In den 1970er Jahren schnitten die Christdemokraten dank der Popularität von Premierminister Leo Tindemans sehr gut ab. Seit 1981, als die Parteien zum ersten Mal weniger als 30 Prozent der Stimmen erhielten, verbesserten und verschlechterten sich ihre Stimmenanteile im Wechsel,

wobei jedoch die Verschlechterung überwog. Auf jede Wahlniederlage folgte eine Art Stabilisierung. Es handelt sich zwar nicht um einen steilen Niedergang, aber die früheren Werte sind heute nicht mehr in Reichweite. Mittlerweile hat die christlich-demokratische Familie ihren ersten Platz an die Sozialisten und die Liberalen abgeben müssen. Zwar haben alle traditionellen politischen Parteien im Lauf der Jahre Stimmen verloren, aber die Christdemokraten erlitten die höchsten Verluste.

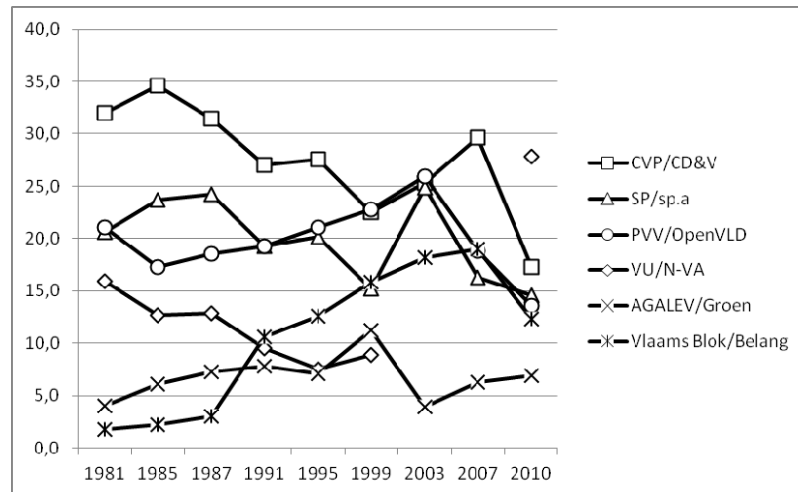
Abbildung 1:
Stimmenanteile der Christdemokraten, Sozialisten und Liberalen*



* Bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung.

Bei näherer Betrachtung zeigen die Zahlen, dass sich Niedergang und Instabilität auch in den Ergebnissen der christlich-demokratischen Parteien in den regionalen Parteiensystemen widerspiegeln. Das flämische Parteiensystem ist schon seit geraumer Zeit sehr wettbewerbsbetont. Dafür steht beispielsweise die relativ hohe Anzahl von immer häufiger gleichgroßen Parteien. Die Stimmenanteile sind unbeständiger geworden, wobei die Fluktuationsraten in jüngster Zeit besonders hoch waren (siehe Abbildung 2). Die flämischen Christdemokraten konnten die Spitzenposition, die sie noch in den 1990er Jahren einnahmen, nicht halten. Eine Ausnahme bildet die Zeit von 2004 bis 2008, als sie das Kartell mit der flämisch-nationalistischen Partei *Nieuw Vlaams Alliantie* (N-VA) anführten. Bei den landesweiten Wahlen von 2010 verlor die CD&V jedoch in dramatischem Ausmaß Stimmen – an ihren früheren Partner.

Abbildung 2: Stimmenanteile der flämischen Parteien von 1981-2010*

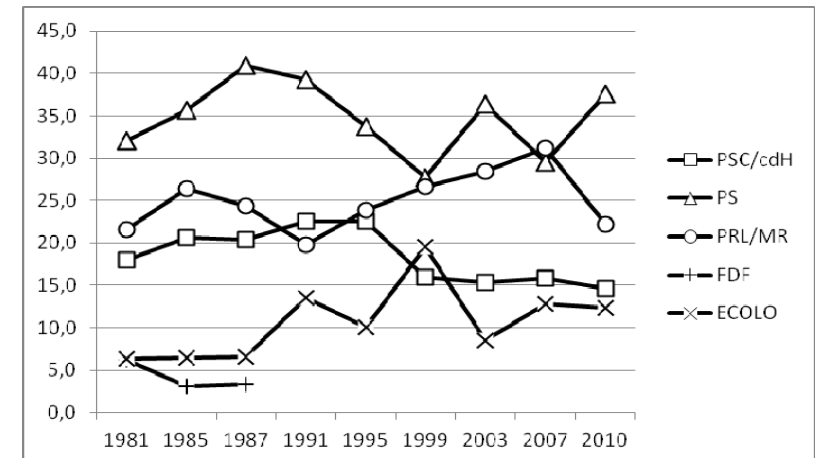


* Bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung.

In Brüssel und Wallonien blieben die Wahlergebnisse bislang stabiler, wobei die französischsprachige sozialistische Partei immer noch dominiert (siehe Abbildung 3). Nach einer Zeit des Niedergangs hat sich der Stimmenanteil der Christdemokraten bei etwa 15 Prozent stabilisiert. Derzeit kämpft die cdH mit den Grünen (Ecolo) um den dritten Platz. Die CSP hat zwar im Lauf der Zeit ebenfalls Stimmen verloren, schrumpfte jedoch weniger als z. B. die flämischen Christdemokraten. Bei den Regionalwahlen in der deutschsprachigen Gemeinschaft von 2009 erhielt sie 27 Prozent der Stimmen (verglichen mit fast 33 Prozent im Jahr 2004).

Bei näherem Hinsehen zeigen die Stimmenanteile der CVP/CD&V und der PSC/cdH seit Mitte der 1990er Jahre Fluktuation und Stabilität auf allen Ebenen (siehe Tabelle 1). Sichtbar wird auch, dass beide Parteien bei Kommunalwahlen mehr Erfolg haben als auf gesamtstaatlicher Ebene. Dazu wäre anzumerken, dass die flämischen Christdemokraten auf dem Lande und in den Vorstädten besonders gut abschneiden, jedoch nicht in Großstädten wie Brüssel, Antwerpen und Gent. Im Gegensatz dazu hat die Stärke der französischsprachigen Christdemokraten in Brüssel zugenommen, während ihre Ergebnisse in Wallonien in weiten Teilen des Landes gleichgeblieben sind.

Abbildung 3: Stimmenanteile der französischsprachigen Parteien von 1981-2010*



* Bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung.

Tabelle 1: Wahlergebnisse der CVP/CD&V und PSC/cdH von 1995 bis 2010

Jahr	Wahlen	CVP/CD&V	PSC/cdH
1995	national/regional/europäisch	27,6	22,5
1999	national/regional/europäisch	22,5	15,9
2000	kommunal*	26,8	17,6
2003	national	25,3	15,4
2004	regional/europäisch**	26,1	15,2
2006	kommunal*/**	30,1	18,4
2007	national**	29,6	15,8
2009	regional/europäisch	22,9	13,3
2010	national	17,3	14,6

* gemessen auf Provinzebene ohne Brüssel.

** im Kartell mit der N-VA.

DIE POLITISCHE LANDSCHAFT

Die kleine deutschsprachige Gemeinschaft einmal ausgenommen, besteht Belgien aus zwei getrennten Parteiensystemen, in denen die Christdemokraten jeweils ihre eigene Stellung einnehmen. Das bedeutet, sie müssen sich sowohl mit anderen Wettbewerbern (und anderen Medien und einer anderen öffentlichen Meinung) als auch mit anderen und manchmal gegensätzlichen Wahlergebnissen auseinandersetzen, auch bei Wahlen, die am selben Tag abgehalten werden. Die christliche Demokratie war von Anfang an in Flandern viel stärker als im französischsprachigen Teil Belgiens, das Größenverhältnis zwischen den beiden Parteien betrug stets etwa zwei zu eins.

In Flandern waren die Christdemokraten lange Zeit die dominante Kraft, verloren aber im Jahr 1999 ihre zentrale Stellung. Fünf Jahre später konnten sie diese Position zurückerobern, aber nur dank der Unterstützung der N-VA. Seit der Auflösung des Kartells sind die Aussichten viel düsterer. Aus den Wahlen von 2010 ging die N-VA als bei Weitem größte Partei in Flandern hervor, und ihre Umfragewerte sind weiterhin sehr gut. Auf regionaler Ebene stellt die CD&V trotz ihrer Stimmenverluste mit Kris Peeters den Ministerpräsidenten von Flandern. Auf Bundesebene stellte die Partei bis Ende 2010 mit Yves Leterme den Premierminister von Belgien.

Verglichen mit den flämischen Christdemokraten haben die französischsprachigen Christdemokraten nie die gleiche Dominanz erreicht. Stattdessen profitierten sie von der Stellung ihrer flämischen Schwesterpartei, insbesondere bei der Regierungsbeteiligung. Nach der Übernahme der Parteiführung (und der Änderung des Parteinamens von PSC zu cdH) durch Joëlle Milquet verschlechterten sich die Beziehungen zu den flämischen Christdemokraten. Stattdessen wurde die cdH de facto Teil eines Kartells mit der dominierenden *Parti Socialiste* (PS). In der Folge bewegte sich die cdH in sozioökonomischer Hinsicht weiter nach links.

Während französischsprachige Parteien im Allgemeinen eher nach links tendieren, stehen die flämischen Parteien eher rechts. Das gilt auch für die Christdemokraten. Außerdem wurden alle flämischen Parteien einschließlich der CD&V „regionaler“ – lange bevor die N-VA zur stärksten Partei wurde. Im Gegensatz dazu hat sich die cdH ein ausgesprochen „belgisches“ Profil zu eigen gemacht und so die Kluft zwischen den zwei

christlich-demokratischen Parteien in Belgien weiter vertieft und ihre Zusammenarbeit erschwert.

DAS KARTELL MIT DER N-VA

Das Kartell zwischen der CD&V und der N-VA, dem rechten Flügel der untergegangenen *Volksunie* (Volksunion), das von 2004 bis 2008 bestand, lässt sich nur erklären, wenn man die liberal-sozialistische Regierung unter Premierminister Guy Verhofstadt berücksichtigt. Tatsächlich war es die Opposition gegen diese Regierung und der Versuch, den flämischen Wählern eine eher konservative und wertorientierte Alternative zu bieten, die die beiden Parteien zusammenbrachten. Der erste Versuch eines Zusammenschlusses schlug Ende 2002 noch fehl. Als jedoch die Christdemokraten 2003 zum zweiten Mal die Wahlen verloren und die N-VA an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte (nur der Parteivorsitzende wurde gewählt), taten sich die beiden Parteien für die Regional- und Europawahl von 2004 zusammen. Anfang 2004 schlossen sie ein offizielles Wahlbündnis, was unter anderem bedeutete, dass sie eine gemeinsame Liste und ein gemeinsames Wahlprogramm hatten, ohne jedoch zu fusionieren. In drei aufeinander folgenden Wahlen – den Europawahlen von 2004, den Kommunalwahlen 2006 und den nationalen Wahlen 2007 – konnten sie die anderen Parteien schlagen. Dabei blieb jedoch ihr Stimmenanteil unter der Summe der Ergebnisse, die die beiden Parteien getrennt in früheren Wahlen eingefahren hatten.

2004 war das Kartell das Rückgrat der flämischen Regierung unter der Führung von Yves Leterme, der die Nationalwahlen 2007 mit mehr als 800.000 Vorzugsstimmen gewann¹. Das Kartell war zum Großteil deshalb so erfolgreich, weil es die Stärkung der flämischen Autonomie in den Vordergrund stellte. Für die CD&V blieb das Ziel jedoch weiterhin ein Bundesstaat, während die N-VA für die Unabhängigkeit Flanderns eintrat.

Hinter dem Kartell stand der Gedanke, die Ressourcen beider Parteien trotz dieser grundlegenden Differenz zusammenzulegen, um so die Mittel zu erhalten, die sie benötigten, um ihre jeweiligen Ziele zu erreichen. Als sich die Staatsreform im Sommer 2007 verzögerte, weil Leterme an der Bildung einer Regierung aus Christdemokraten und Liberalen gescheitert war, geriet das Kartell stark unter Druck. Nicht alle waren damit zufrieden, dass sich das Kartell ohne jede Garantie einer staatlichen Reorganisation einer von Verhofstadt geführten und von der PS

unterstützten Regierung anschloss. Die CD&V trat der Übergangsregierung bei, die N-VA jedoch tolerierte sie nur, ohne Minister zu entsenden.

Die Lage besserte sich auch nicht wesentlich, als Leterme im Frühjahr 2008 das Amt des Premierministers übernahm. Die Regierung stolperte von einer Krise in die nächste, ohne dass bei der Staatsreform wirkliche Fortschritte erzielt wurden. Nach der Finanzkrise, von der die belgischen Banken schwer getroffen wurden, trat Leterme im Dezember 2008 zurück und wurde von Herman Van Rompuy ersetzt, der das Kartell nur sehr lau unterstützte.

Zwischenzeitlich hatte sich das Kartell wegen einer Meinungsverschiedenheit über die Art und Weise, in der die Staatsreform organisiert werden sollte, aufgelöst. Im September 2008 verließ die N-VA das Kartell, weil sie nicht damit einverstanden war, dass der flämische Ministerpräsident Kris Peeters die Verhandlungen mit den französischsprachigen Parteien übernahm – nach Meinung der N-VA ohne Erfolgsgarantie. Danach verbesserten sich die Umfragewerte der N-VA stetig, auch bei den Regional- und Europawahlen 2009 schnitt die Partei sehr gut ab. Sie erhielt 13 Prozent der Stimmen und trat einer Koalitionsregierung mit der CD&V und den flämischen Sozialisten unter der Führung von Peeters bei. Dabei attackierte sie auch weiterhin die Bundesregierung wegen ihrer angeblichen Untätigkeit bei der Staatsreform. Der Abbruch der Verhandlungen im April 2010 führte zu Neuwahlen im Juni. Nach einem Wahlkampf, bei dem sich alles um den Zustand des belgischen Bundes, den Kernpunkt des Parteiprogramms der N-VA, drehte, triumphierte die Partei mit einem Stimmenanteil von etwa 30 Prozent. Nach gut einjährigen Verhandlungen – ein Weltrekord – verließ die N-VA den Verhandlungstisch und verweigerte die Teilnahme an einer neuen Regierung. Schließlich trat im Dezember 2011 eine neue Regierung unter der Führung von Elio Di Rupo an, die sich aus Sozialisten, Liberalen und Christdemokraten zusammensetzte. Als größte Fraktion im Parlament und führende Oppositionspartei kämpft die N-VA auch weiterhin gegen die nun von der PS geführten Regierung und präsentiert sich der flämischen Öffentlichkeit als die einzig glaubwürdige Alternative zu den ihrer Meinung nach machthungrigen traditionellen Parteien.

STRUKTURELLER UND KONJUNKTURELLER NIEDERGANG DER BELGISCHEN CHRISTDEMOKRATEN

Ganz offensichtlich ist der Niedergang, unter dem die Christdemokraten zurzeit leiden, zumindest teilweise strukturell bedingt. Verglichen mit früheren Jahrzehnten ist ihr Stimmenanteil gering. Ihre Mitgliederzahl schrumpfte von 125.000 zu Anfang der 1980er Jahre auf gegenwärtig rund 75.000 – genauso wie ihre katholische Stammwählerschaft (Bottermann und Hooghe 2012). Außerdem haben die Christdemokraten die Hoheit über einige Themen verloren, teilweise wegen des schärferen Wettbewerbs der Parteien untereinander, aber auch, weil einige insbesondere konfessionelle und bioethische Themen heute weniger akut sind. Gesetze zur Abtreibung, Sterbehilfe oder gleichgeschlechtlichen Ehen sind heute kein Thema mehr. Gleichzeitig ist die Überzeugungskraft der Christdemokraten bei Themen wie Migration und Globalisierung eher gering. Jedoch sehen sich nicht nur die Christdemokraten diesen Problemen gegenüber. Alle traditionellen Parteien in Flandern leiden darunter und verlieren weiterhin Stimmen. Aufgrund der fragmentierten und stark wettbewerbsbetonten politischen Landschaft lässt sich dieser Trend auch nur sehr schwer umkehren. Von ihrer Lage her kann man die flämischen Christdemokraten mit dem niederländischen *Christen Democratisch Appèl* (CDA), aber weniger mit der Christlich-Demokratischen Union (CDU) vergleichen, da die CDU (zusammen mit ihrer bayerischen Schwesterpartei CSU) – wenn nicht gar die gesamtdeutsche politische Landschaft – so doch noch immer das gesamte Mitte-Rechts-Spektrum der deutschen Parteienlandschaft dominiert.

Der Niedergang der belgischen Christdemokraten ist teilweise konjunkturell bedingt, aber langfristig kann aus einer konjunkturellen Schwäche auch eine strukturelle und damit dauerhafte werden. Dies gilt zum Beispiel für die geringe Anziehungskraft der Christdemokraten bei jungen Wählern (Deschouwer et al. 2010). Bei den Wahlen von 2009 wies die Wählerschaft der CD&V den geringsten Anteil an Jungwählern auf (16 Prozent gegenüber einem Durchschnitt von 27 Prozent). Die Hälfte ihrer Wähler war älter als 55 Jahre (Durchschnitt: 36 Prozent). Auch bei der cdH sind junge Wähler unter- und ältere überrepräsentiert, aber die Zahlen sind nicht so deutlich wie bei der CD&V. Das Mitgliederprofil der CD&V weist im Großen und Ganzen dieselben Eigenschaften auf wie das der cdH: in beiden Parteien sind ältere Männer überrepräsentiert (van Haute 2011).

Zurzeit ist die CD&V gegenüber der N-VA in einer sehr verwundbaren Position. Bei Fragen zur Staatsreform oder dem Schutz der niederländischen Sprache in Belgien, besonders in Brüssel, bringt die Öffentlichkeit den flämischen Nationalisten weit mehr Sympathien entgegen als den Christdemokraten. Auch die einstige Stellung der CD&V wird von der N-VA in Frage gestellt, denn sie will die Christdemokraten als flämische Volkspartei ersetzen. Ein ähnlicher Versuch der Liberalen in den 2000er Jahren schlug allerdings fehl. Auch der häufige Führungswechsel war für die CD&V schädlich. Im Laufe der letzten zehn Jahre wurde die Partei von sechs verschiedenen Personen geführt. Andererseits muss man auch konstatieren, dass die wachsende Personalisierung und Mediatisierung in der Parteipolitik den christdemokratischen Führern im Großen und Ganzen zugute kam. Die Popularität von Leterne, Peeters und Van Rompuy lässt sich nur erklären, wenn man diesen Trend in Betracht zieht.

STÄRKEN UND PROBLEME

Verglichen mit anderen Parteien in Belgien können sich die Christdemokraten durchaus noch auf ein paar strategische und organisatorische Vorteile stützen. Zum einen verfügen sie über Regierungs- bzw. Verwaltungserfahrungen auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene. Auf der Grundlage dessen, was unter ihrer Führung erreicht wurde, genießen sie noch immer ein gewisses Maß an Grundvertrauen in der Bevölkerung. Außerdem haben sie noch immer erfahrene Politikerinnen und Politiker in ihren Reihen, die man zum erfolgreichen Regieren benötigt. Zum zweiten verfügen die Christdemokraten auf allen Ebenen über weit gespannte Netzwerke innerhalb der Verwaltung und der Zivilgesellschaft, z. B. im Bildungswesen, im Sozialbereich und zu Gewerkschaften. In diesen Strukturen der sogenannten Versäulung ist viel Erfahrung und Sachkenntnis versammelt, auf die sich die Christdemokraten auch künftig stützen können. Zum dritten sind vor allem die flämischen Christdemokraten vor Ort tief verankert. Die kommunale Ebene ist die Hochburg der Partei. Mehr als die Hälfte aller Bürgermeister sind Christdemokraten. Von der kommunalen Ebene aus können die Christdemokraten also Kräfte sammeln und bei Wahlen wieder Boden gutmachen. Schließlich verfügt vor allem CD&V über eine stabile Ideologie, die sie mit ihren Schwesterparteien in den Nachbarländern und mit der EVP verbindet: die christliche Demokratie.

Eine wichtige Herausforderung für die CD&V wie auch für die cdH besteht darin, die Grundprinzipien der christlichen Demokratie – christliches Menschenbild, Subsidiarität und Solidarität – auf sozioökonomische und andere Politikfelder zu übertragen, d. h. auch, die soziale Marktwirtschaft und den europäischen Integrationsprozess zu stärken und zu reformieren. Natürlich stellen sich dabei verschiedene Fragen: Sollte man den Islam als Bedrohung ansehen oder als Partner bei der Wahrung bestimmter Normen und Werte, wie beispielsweise die öffentlichen Rolle der Religion? Wie kann man zwischen Solidarität und Verantwortung einen Ausgleich schaffen? Wie lassen sich die Ansprüche einer alternden Bevölkerung mit den spezifischen Bedürfnissen der jüngeren Generation vereinbaren? Wie soll das Europa aussehen, das die Christdemokraten wollen?

Die Antworten darauf sind bisher recht mager ausgefallen, wenn sie nicht ganz fehlten. Manche Antworten sind jedoch einfach zu finden. Zum Beispiel besteht ein offensichtlicher Unterschied zwischen der CD&V und der N-VA, wenn es um sozioökonomische Fragen geht. Die N-VA ist viel liberaler, die CD&V hält hingegen an dem Gedanken fest, Arbeitnehmer und Arbeitgeber miteinander zu versöhnen. Insgesamt jedoch hindert ein Mangel an Selbstbewusstsein (in diesem Wortsinn) und Glauben an die eigenen Grundsätze und Werte und – parallel dazu – auch die allmähliche Vernachlässigung des Studienzentrums² die Christdemokraten daran, ihre Sache mit Nachdruck zu vertreten. Besonders deutlich wird dies in der öffentlichen Parteikommunikation. Die Christdemokraten präsentieren sich als gute und erfolgreiche Verwalter und stellen ihre Regierungsbilanz heraus, ohne ihre politische Arbeit mit christlich-demokratischen Grundsätzen und Werten zu verbinden und zu erklären. Das Problem bei solch einem überwiegend administrativ-technokratischen Vorgehen besteht darin, dass es kein Monopol der christlichen Demokratie ist. Den Wählern wird so nicht klar gemacht, was die christliche Demokratie von anderen politischen Parteien unterscheidet. Außerdem ist diese Art der Politikgestaltung und -kommunikation sehr stark von einer Regierungsbeteiligung abhängig. Ohne Wissen über die eigene Ideologie, ohne Selbstbewusstsein und ohne Politiker, die die Sprache der christlichen Demokratie sprechen, kann man kaum davon ausgehen, dass die christlich-demokratischen Parteien wieder die politischen Erwartungen der Belgier treffen werden.

AUSBLICK

Im Moment sind die Zeiten für die belgischen Christdemokraten schwer. Anders als in den Niederlanden ist jedoch von einem Ende der christlichen Demokratie noch nicht die Rede. Das ist die gute Nachricht. Die schlechte Nachricht ist, dass es unrealistisch erscheint, dass die CD&V in naher Zukunft wieder zu alter Stärke zurückfinden können.

Kurzfristig gesehen sind die Kommunalwahlen im Oktober 2012 ihre erste Herausforderung. Dass die CD&V nach den katastrophalen gesamtstaatlichen Wahlen von 2010 nun zum ersten Mal wieder bei Kommunalwahlen antritt, erscheint auf den ersten Blick als ein Vorteil. Denn in den Kommunen kann sich die Partei auf ihre noch gute Verankerung und ihre Hochburgen verlassen, obwohl das Problem ihrer Schwäche in den Großstädten noch nicht gelöst ist. Im Gegenteil: in der größten Stadt Flanderns, Antwerpen, sind die Christdemokraten ein Bündnis mit dem derzeitigen Bürgermeister, einem Sozialisten, eingegangen. Das kann taktisch durchaus die richtige Wahl gewesen sein, weil sie eine Beteiligung an der Verwaltung der Stadt sichert. In strategischer Hinsicht jedoch ist es fragwürdig, dass der Name der CD&V in der größten Stadt Flanderns nicht auf den Stimmzetteln steht. Auch in Gent sieht die Lage nicht besser aus. Quasi ohne Aussicht auf eine Erholung ist die Partei dort seit mehr als zwanzig Jahren in der Opposition und könnte somit für die Wähler vor Ort irrelevant werden. Auch in der Region Brüssel untergräbt die schwache Stellung der CD&V ihre Mobilisierungsfähigkeit. Mit einem Stimmenanteil von weniger als zwei Prozent in der Hauptstadt wird die Partei von anderen flämischen Parteien wie den Liberalen, Sozialisten und Rechtsextremen regelrecht abgehängt. Weitere Verluste in ganz Flandern sind jedenfalls nicht ausgeschlossen. Angesichts der fallenden Umfragewerte für die CD&V und der steigenden des Herausforderers, der N-VA, erscheint es eher wahrscheinlich, dass letztere die Kommunalwahlen gewinnen. Die einzige Frage ist dann: In welchem Ausmaß?

Die Lage der cdH erscheint weniger bedrohlich. Anders als die CD&V wird sie von keiner Partei wirklich herausgefordert. Natürlich muss sie, wie jede andere mittelgroße Partei auch, ihre Position in der politischen Landschaft verteidigen, aber es sieht nicht so aus, als ob das ein existenzielles Problem wäre. Problematisch für die Partei sind eher ihre zwei Gesichter: multikulturell und links in Brüssel und rustikal und rechts in

Wallonien, personifiziert von Joëlle Milquet, die die Parteiführung nach zwölf Jahren im September 2011 abgab, und ihrem Nachfolger, Benoît Lutgen.

Für die CD&V kommen die Kommunalwahlen aller Voraussicht nach zu früh für eine Trendwende. Von wirklicher Bedeutung für die Partei sind daher die zeitgleichen National-, Regional- und Europawahlen im Jahr 2014. Einerseits muss sich die Partei eine klare Erfolgsbilanz in der (Regional)Regierung sichern. In dieser Hinsicht verfügt sie über zwei wichtige Akteure: den flämischen Ministerpräsidenten Kris Peeters und den stellvertretenden Premierminister und Finanzminister Steven Vanackere. Bei der cdH fällt diese Aufgabe zunächst der stellvertretenden Premierministerin und Innenministerin, Joëlle Milquet, zu. Auf der anderen Seite brauchen sowohl die CD&V als auch die cdH eine neue, mitreißende Botschaft, die dem christdemokratischen Charakter dieser Parteien Rechnung trägt. Die jeweiligen Parteivorsitzenden, Wouter Beke und Benoît Lutgen, tragen eine große Verantwortung, können aber den Erfolg nicht garantieren. Um ihre Parteien wieder zurück in die Erfolgspur zu bringen, sollten sie vielleicht zu Anfang ihres langen Weges schauen, wie es anderen Mitgliedsparteien der EVP geht, und versuchen, aus ihren Rückschlägen und Erfolgen zu lernen.

LITERATURVERZEICHNIS

- *Beke, Wouter (2004). „Living Apart Together. Christian Democracy in Belgium“, in: Steven Van Hecke und Emmanuel Gerard (Hrsg.): Christian Democratic Parties in Europe after the end of the Cold War. Leuven: Leuven University Press, S. 133-158.*
- *Botterman, Sarah und Marc Hooghe (2012). „Religion and voting behaviour in Belgium: An analysis of the relation between religious beliefs and Christian Democratic voting“, in: Acta Politica, 47. Jg., Heft 1, S. 1-17.*
- *Deschouwer, Kris (2009). The Politics of Belgium: Governing a Divided Society. London: Palgrave.*

- Deschouwer, Kris, Pascal Delwit, Marc Hooghe und Stefaan Walgrave (2010). „De verkiezingen van 2009. Resultaten en algemene tendensen“, in: Kris Deschouwer u. a.: *De stemmen van het volk. Een analyse van het kiesgedrag in Vlaanderen en Wallonië op 7 juni 2009*. Brüssel: VUB Press, S. 7-28.
 - Haute, Emilie Van (2011). „Le CD&V“, in: Pascal Delwit u. a. (Hrsg.): *Les partis politiques en Belgique*. Brüssel: Editions de l'Université de Bruxelles, S. 35-62.
 - Hecke, Steven Van (2002). „Tussen Apocalyps en Verrijzenis. De oppositie van de christen-democraten in België“, in: *Christen-Demokratische Verkenningen*, 23. Jg., Heft 2, S. 20-35.
 - Hecke, Steven Van (2006). „Een partij als (g)een ander. De Vlaamse christendemocraten tussen gisteren en vandaag“, in: Herman Minten (Hrsg.): *Stemtest. Wegwijs in de politieke partijen van België van 1830 tot heden*. Averbode: Uitgeverij Averbode, S. 14-18.
- 1| *Seit 1995 werden die Mitglieder der Zweiten Kammer, des Senats, in drei Wahlkreisen gewählt: Flandern, Wallonien und Brüssel-Halle-Vilvoorde. Um möglichst viele Stimmen in dem halboffenen Listensystem zu erhalten, platzieren die Parteien ihre bekanntesten Kandidaten oben auf den Listen, was vor allem in Flandern auf eine Art semi-präsidentielle Personenwahl hinausläuft. Der Kandidat, der dabei am meisten Stimmen auf sich vereint, gilt dann jedenfalls als nächster Ministerpräsident.*
- 2| *Lange Zeit unterhielten die CVP und die PSC gemeinsam eine politische Stiftung, das Centre d'études politiques, économiques et sociales (CEPESS). Im Anschluss an die Wahlen von 1999 wurde es jedoch in zwei Institute geteilt, wobei das CEPESS weiterhin zur cdH gehört. Mit dem Namenswechsel der CVP in CD&V erhielt der zur flämischen Christdemokratie gehörende Teil des Instituts den Namen CEDER. Obwohl die öffentlichen Zuwendungen an die CD&V zunahm, hat die Partei ihrem Studienzentrum immer weniger Mittel zur Verfügung gestellt. In der Folge hat es seine einstmalige Bedeutung für die Partei und in der Öffentlichkeit Schritt für Schritt verloren.*

DIE CDU DEUTSCHLANDS: EINE VOLKSPARTEI IN TURBULENZEN

Tilman Mayer

„Man darf sie nicht zu früh abschreiben, die deutschen Christdemokraten. Denn da kann man unversehens falsch liegen.“ Mit diesen beiden Sätzen beginnen Franz Walter, einer der maßgeblichen und formulierungstärksten deutschen Parteienforscher, und seine beiden Mitautoren ihr Buch über die CDU, das Ende 2011 erschienen ist. Allerdings heißt es dann am Ende des Bandes: „Die CDU wird Abschied vom Anspruch nehmen müssen, eine Volkspartei zu sein (...) Volksparteien haben ihre eigenen Lebensvoraussetzungen überlebt, sie werden nicht mehr wiedererstehen (...)“ (Walter, Werwath und D'Antonio 2011: 11; 219).

Da haben wir nun einen weiteren Befund der Politikwissenschaft vorliegen, nämlich, dass wir einen Wendepunkt in der bundesdeutschen Parteiengeschichte längst überschritten haben. Die „großen Tanker“ haben angeblich keine Zukunft mehr. Aber: „Man darf sie nicht zu früh abschreiben“ – dieser Satz weckt gewisse Bedenken, um nicht zu sagen Hoffnungen. Dennoch gehört es eigentlich zum guten Ton der Zunft, dass man eine Art Grabgesang auf die Volksparteien anstimmt. Und die Volkspartei schlechthin ist in der Bundesrepublik Deutschland die CDU (Haungs 1992). Zweifellos hat sich auch die SPD zwischenzeitlich zur Volkspartei entwickelt. Aber sie war es nicht von Anfang an; sie hat sich

seit Godesberg 1959 erst von einer Arbeiterpartei zu einer Volkspartei entwickeln müssen (vgl. Lösche 2003, Seitz 2009). Die CDU ist hingegen die Erfolgs- und Volkspartei in der bundesdeutschen Geschichte. Diese Geschichte ist ohne die Union nicht zu schreiben. Schon der Name war innovativ. Partei im Sinne des Wortes, also nur ein Teil der Gesellschaft, wollte sie nicht sein. Sie wollte zusammenführen: Christen beider Konfessionen, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber und sie wollte Union sein für Deutsche im Westen wie im Osten.

Gegenwärtig scheint sich der Unions- und Volksparteigedanke allerdings in der Pluralität von Optionen, Interessen und Gruppierungen zu verlieren. CDU und SPD dümpeln mit Wähleranteilen von ungefähr 30 Prozent (+/-) vor sich hin. Und damit ist man natürlich weit entfernt von dem, was man eben in diesen glorreichen Zeiten von Adenauer bis Kohl einmal auf die Waage gebracht hat. Beide Parteien zusammen erreichen mancherorts nicht einmal mehr 60 Prozent. Hierin zeigen sich natürlich durchaus gewisse Krisensymptome. Hinzu tritt das Phänomen, das die Presse gerne und wortgewaltig lanciert: Die sogenannten kleinen Parteien mauserten sich zu Großparteien. Umfragen erwecken immer wieder diesen Anschein. Erinnert sei nur an die Wahlprognosen für die Grünen in Berlin im Sommer 2011, als es schien, sie könnten die 30-Prozent-Marke erreichen. Frau Künast und die Grünen sind realiter dann bei 17 Prozent gelandet. Hoffnung und Wirklichkeit lagen da weit auseinander.

Natürlich haben wir in der Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung mehr Parteien bekommen. Das Parteiensystem hat sich verändert, was selbstverständlich bei der Verteilung des Kuchens Auswirkungen haben muss. Hinzu tritt seit der Berlin-Wahl von 2011 eine Art Anti-Establishment- oder Spaßpartei: die Piraten. Deren netzpolitische Anliegen sind sicherlich zu beachten, aber sie transportiert auch eine Menge Kuriosa mit sich, die zusätzlich an ihrer Ernsthaftigkeit zweifeln lassen. Es bleibt noch abzuwarten, inwieweit diese Partei Pflöcke einschlagen kann und wie man mit ihr umgeht.

Für die Volksparteien stellt ihre Fähigkeit, die erste Stelle, die *Number-one*-Position zu besetzen, die zentrale Leistung dar – mit der aktuellen, länderbezogenen Ausnahme in Baden-Württemberg seit 2011. Immerhin war dazu das fernliegende Fukushima nötig, um diese Wendung zu nehmen, aber das ist ein anderes Thema. Der Hinweis auf Berlin zeigt,

dass dort – im Unterschied zu Baden-Württemberg – keine derartige Wende eingetreten ist, auch wenn deutlich wurde, dass die Grünen zulegen konnten, nur eben nicht so deutlich, wie von ihnen erhofft. Aber entwickeln sie sich wirklich in Richtung einer Volkspartei? Die selbst verschuldete Abfuhr, die sich die Grünen in Berlin bei den sehr kurzen Koalitionsverhandlungen durch das dogmatische Beharren auf ökologisch-doktrinäre Positionen einhandelten, bestärkt die Skepsis gegenüber dieser Partei, dass sie doch eher die Ein-Punkt-Partei bleibt, als sich und ihrer Basis zuzumuten, sich in ganzer Breite den politischen Anliegen einer komplexen Gesellschaft zu stellen. Auch das Führungstalent eines Winfried Kretschmann bleibt hinterfragbar, vor allem dann, wenn weiter beobachtbar bleibt, wie stark diese Landesregierung ressourcenbezogen von der (geschrumpften) Volkspartei SPD gesteuert wird (Seils 2011).

ZUR BEDEUTUNG VON VOLKSPARTEIEN

Parteien – und insbesondere auch Volksparteien – sind nach wie vor von zentraler Bedeutung (Veen 2009: 535f.). Wir können nicht auf Parteien verzichten, auch in unserer Mediendemokratie oder Internetdemokratie nicht. Sie rekrutieren Personal – und hoffentlich gutes Personal. Darauf kommt es an, wie wir auch gegenwärtig in der Eurokrise sehen. Eine Partei muss zudem Organisation herstellen, eine Parteiorganisation unterhalten. Das ist durchaus eine große Leistung, die sich seit den 1970er Jahren besonders erfolgreich und umfangreich entwickelt hat. Diese Organisation stellen eben auch nur die Großparteien zur Verfügung, nicht die kleinen Parteien. Es kommt für die vielen Wahlen in Deutschland darauf an, dass man aus den Organisationen heraus das entsprechende Personal zur Verfügung stellen kann. In einer funktionierenden Parteiorganisation geht es dann um die innerparteilichen Personalbildungs- und Auswahlprozesse, die eben nicht durch irgendeine andere Form der Rekrutierung ersetzbar sind. Insofern ist die mühsame politische Partizipation eben nicht digital möglich, wie die Piraten meinen. Sie ist nur physisch-präsent gegeben. Es rächt sich schnell, wenn der Zusammenhang zwischen Präsenz vor Ort und Repräsentanz in den Medien vernachlässigt wird.

Zahlreiche Politikwissenschaftler und Medienschaffende sagen jedoch, das Zeitalter der Volksparteien sei vorbei. Tatsache aber ist: SPD und CDU haben (noch) etwa jeweils knapp 500.000 Mitglieder. Natürlich

hatten sie auch schon mal mehr. Die bereits erwähnten Göttinger Parteiforscher sind mit Blick auf die CDU folgender Ansicht: „Der Mitgliederschwund tendiert nicht gegen Null, sondern wird sich einpendeln. Ob bei 400.000 oder 200.000, sei dahingestellt“ (Walter, Werwath und D’Antonio 2011: 219).

Mit diesen Ankündigungen sind konkrete Erwartungen über die Parteientwicklung verbunden. Zunächst einmal jedoch *hat* die CDU knapp 500.000 Mitglieder. Es ist – allein schon altersbedingt – gut möglich, dass die Parteimitgliedschaft weiter schrumpft. Der bisherigen Tendenz nach kann man diese Prognose leichter wagen als anzunehmen, dass es zu einer Trendwende kommt. Die vorliegende konditionierte Analyse ist ja eine konstruktiv-kritische, die unterstellt, dass Lernprozesse einsetzen können. Denn dass eine Partei mit einem derart großen Mitgliederstamm sehenden Auges ihrem Abgang entgegendämmert, dies anzunehmen, ist wohl doch sehr begründungsbedürftig. Zunächst verfügt die CDU über dieses Eigenkapital und, um im Jargon der Zeit zu bleiben, wer konkurriert mit dieser Einlage?

Was ist mit den Grünen, die immer wieder für die neue Volkspartei gehalten werden? Sie verfügen über ungefähr 60.000 Mitglieder. Zählte man CDU und CSU zusammen, könnte man mindestens von einem Verhältnis von 10:1 ausgehen. Medial wird aber ein komplett anderer Eindruck erzeugt. Dort ist viel öfter von den Neueintreten bei den Grünen die Rede und davon, dass die großen Parteien seit der Wiedervereinigung hunderttausende Mitglieder verloren hätten. Das ist zwar wahr, aber die Mitgliederzahlen schmelzen dort auf hohem Niveau ab. Die Zahlen bleiben in enormer Distanz zu denen der kleinen Parteien. Deren Zuwachs will und will sich nicht entwickeln, schon gar nicht, wenn der Maßstab der Volksparteien gilt. Dass sie mit modernen Entwicklungen ihre Probleme haben, wer wollte das bestreiten. Die kritische Frage gilt deshalb ihrer *Problemverarbeitungskompetenz*. Diesen Fragen wird weiter unten analytisch nachgegangen – und viele Indizien sprechen dafür, dass die Volksparteien nachgefragt werden und nicht die Kleinen, die gerne groß sein wollen, es aber noch nicht sind. Eben deshalb ist es so wichtig, das Kretschmann-Experiment zu beobachten – und zwar für beide Seiten, Große wie Kleine.

Die Geringschätzung von Mitgliedern oder gar der Verzicht auf dieses Arsenal an treuen Anhängern stellte einen Verzicht auf Eigenkapital dar. Geschicktes Wahlinvestment mag hier zeitweise substitutiv wirken, aber der Aufwand, sich trotzdem Zustimmung beschaffen zu müssen, wird riskanter. Derartige Schrumpfparteien leben förmlich auf Stelzen, statt mit beiden Beinen auf dem Boden des Wählermarktes zu stehen. Auf dieses Kapital, nämlich Mitglieder, verzichten zu wollen, beendet tatsächlich den Anspruch, Volkspartei zu sein. Der Erfolg einer Partei offenbart sich eben auch darin, fähig zu sein, auch in Zeiten von abnehmender Bindungsneigung, Mitglieder an sich zu ziehen und zu halten. Hierin liegt im wahrsten Sinne ein großer Unterschied zwischen Groß- und Kleinpartei. Mitglieder der Parteien haben im Übrigen auch eine Basis in der Zivilgesellschaft (Liedhegener 2009).

Zum Charakter der Volkspartei gehört definitorisch schon immer eine gewisse Entideologisierung. Deshalb sprechen wir bei Volksparteien von Werten, nicht von Ideologien. Und weil für Volksparteien ein breites ideenpolitisches Spektrum charakteristisch ist, kann sie keine Ein-Punkt-Partei sein, wie es eigentlich letztlich die Grünen nach wie vor sind; wir haben das Ende 2011 in Berlin miterlebt. Das war nicht Ausweis einer Volkspartei, sondern einer engstirnigen, ideologisch aufgeladenen und sehr einseitigen Perspektive. Volksparteien haben im Gegensatz dazu viel stärker die Fähigkeit, pragmatisch zu handeln. Dazu müssen sie fähig sein, schon allein angesichts der vielen Interessen, die sie mit sich führen.

Eine weitere Leistung von Volksparteien liegt darin, den Status einer sogenannten *Catch-all-Party* zu erreichen, dass sie also möglichst viele Menschen in ihrem Einzugsbereich gewinnen will. Wählen wir zur Erläuterung ein Beispiel aus dem Wertespektrum der Gesellschaft. Die CDU ist, was ihren ideenpolitischen Überbau angeht, schon durch ihren Namen auf das Christentum bezogen. Gleichwohl definiert sie sich als eine überkonfessionelle Partei, obgleich der katholische Part deutlich stärker verankert sein dürfte. Deshalb wird man sich auch darum kümmern müssen, zu verstehen, was Katholisch-Sein heutzutage nicht im religiösen, kirchlichen, theologischen Sinne, sondern im politischen Kontext bedeutet (Vogel 2010). Dabei sind Werte wie das Subsidiaritätsdenken anzusprechen oder das Denken in Kategorien der Solidarität. Beides hat unmittelbare Auswirkungen für die Beurteilung sozialstaatlicher Ansätze. Auch protestantische Ansätze spielen in diesem Kontext eine Rolle. Hinzu

treten generell kulturchristliche Überzeugungen bei denjenigen, die nicht im engeren Sinne religiös gebunden sind. Und es tritt die Frage hinzu, wie man islamisch geprägte Mitbürger ebenfalls in diesen Wertekanon integrieren kann. Eben deshalb kommt es, im Unterschied zu den Kirchen, darauf an, das „C“ politisch so zur Geltung zu bringen, dass das heterogener werdende Spektrum an Volksparteianhängern sich im Wertekanon dieser Volkspartei wiederfindet (Uertz 2010, 2011). Je enger christlich, gar katholisch, dieser Kanon in einer bunten und deutlich säkularer gewordenen Gesellschaft ausgelegt würde, desto mehr würde eine christlich-demokratische Volkspartei ihrem Integrationsanspruch widersprechen und sich gesellschaftlich isolieren. Je weiter sie ihn fasst, je weniger plastisch-konkret die Werte vermittelt würden, desto mehr würde sich ebenfalls, durch diesen Relativismus, eine Anhängerschaft verlaufen. Die Kunst der Parteiführung und der modernen Programmgestaltung liegt also darin, eine Zwischenposition zu finden, die nicht nur mitgetragen wird, sondern vielmehr motivierend und anziehend wirkt.

Dem angesprochenen *Catch-all*-Charakter, um ein weiteres Beispiel zu geben, entspricht es, in sozialer Hinsicht eine Sammlungspartei, eine Union für alle zu sein. Das hat in den fünfziger und sechziger Jahren in der CDU geklappt. Selbst in der Nachwiedervereinigungszeit war die CDU in den neuen Bundesländern zunächst *die* Arbeiterpartei, wenn man darunter versteht, dass mehr als die Hälfte der Arbeiter im Osten damals CDU wählte.

Heute stellt sich allerdings die Frage, ob eine neu entstandene Unterschicht und eine status-ängstliche untere Mittelschicht noch eine Perspektive wahrnehmen, in die Wohlstandsgesellschaft integriert zu werden und von der Politik auch einen gewissen Schutz erfahren. Zugleich müssen aber die Leistungsträger der Mitte spüren, dass sie in dieser Funktion gewürdigt und demgemäß unterstützt werden. Und in der globalisierten Welt kommt es schließlich ebenfalls darauf an, leitende Instanzen der Gesellschaft und Wirtschaft für das Ganze zu gewinnen, den Standort Deutschland attraktiv zu halten, motiviert zu werden, in Deutschland voran zu kommen. Diesen Zusammenhalt zu organisieren, war eine traditionelle Leistung der Volkspartei, also schier unvereinbare Interessen oder Weltsichten sehr wohl ernst zu nehmen, aber durch Kompromisse zunächst innerparteilicher Art und dann auch im Regierungsalltag zu befördern. Diese Integrationsleistung setzte voraus, dass Vertrauen in diese Partei von unterschiedlicher Seite eingebracht

und dieses Vertrauen an der Wahlurne re-investiert werden konnte. Selbstverständlich ergaben sich auch darüber höhere Mitgliederzahlen – die allerdings nicht von Anbeginn an die Unionsparteien charakterisierten. Aber eine „Integrationsmaschine“ dieser Art ließ keine Zweifel an ihrem *Catch-all*-Charakter aufkommen.

Ein Kennzeichen der Volkspartei ist also das breite gesellschaftliche Spektrum, das sie abdeckt. Dieses Spektrum muss zugelassen werden, es darf nicht als Konflikt gegensätzlicher Interessen angesehen werden. Werden die innerparteilichen Vereinigungen, die dieses Spektrum in den Parteien organisieren, aber als störend für den Partei- oder genauer den Unionsfrieden angesehen, funktioniert der essentielle Integrationsmotor nicht. Natürlich muss der Mechanismus von oben nach unten kontrolliert, geführt, gemanagt werden. Darin lag die Leistung der Führung in der Vergangenheit und daran ist anzuknüpfen. Und darin liegt auch eine Attraktivität für die Mitglieder einer derartigen großen Partei, dass sie sagen, hier werden viele Interessen ins Spiel gebracht. Sie werden innerhalb der Partei verhandelt und ein gesellschaftlicher Klärungsprozess wird über diese Partei erreicht. Wenn man dieses Vertrauen hat, dann ist und bleibt diese Partei interessant.

Allerdings haben wir es weiterhin mit dem Problem der Parteien- und Politikverdrossenheit zu tun. In der Wissenschaft nennen wir das eine politische Entfremdung, die die politische Kultur durchaus belastet. Sie entlädt sich nicht nur an „Stuttgart 21“ oder ähnlich spektakulären Ereignissen. Es gibt auch einfach eine gewisse Distanz zum politischen Prozess, den wir in Umfragen und in Äußerungen vieler Bürger feststellen müssen. Insofern gehört es fast schon zum guten Ton, das sogenannte Politiker-*Bashing*, also „die Politiker“ zu kritisieren und das Parteiwesen generell unter Verdacht zu stellen, etwa indem gesagt wird, die Leute in der politischen Arena würden sich nur zu ihrem eigenen Vorteil um Politik kümmern (Blome 2009; Gabriel und Holtmann 2009). Oder: Die Parteien seien – und das ist ein gewichtigerer Vorwurf – ununterscheidbar geworden, sie wären sich zu ähnlich, sie wären sozusagen zu mittig. Was ist eine sozialdemokratische, was ist eine Unionsposition? Da sind die Schnittmengen zwischenzeitlich relativ groß (s. dazu z. B. Junge 2012).

Stellen wir uns aber einmal die Situation einer vollständigen Erosion der Volkspartei vor. Nehmen wir einmal an, das Szenario des baldigen Niedergangs wäre richtig. Dann wären die Differenzen zu den Kleinparteien, den Grünen, zur FDP, zur Linken und sonstigen Anwärtern verschwunden. Die ehemaligen Volksparteien hätten dann auf Augenhöhe zu verhandeln. Die kleinen Parteien müssten sich aber auch zu größeren Parteien als bisher mausern, und das ist eben nicht erkennbar. Aber wenn die Volksparteien verschwänden, fehlte ihre koalitionsstragende Rolle und auch die Berechenbarkeit der Politik ginge verloren.

ZUKUNFTSPOTENTIALE DER CDU

Gegenwärtig ist die CDU an der Macht, aber sie ist als Partei im Moment nicht optimal aufgestellt. Das ist zwar durchaus nicht untypisch für Parteien an der Macht, denn hier kommt es primär auf die Regier- und Steuerbarkeit des Staates an – erst recht in politisch so turbulenten Zeiten wie wir sie seit der anhaltenden Finanz- und Schuldenkrise erleben. Die Aufmerksamkeit für die Partei selber, also nicht für die Regierung, scheint dadurch relativ gering. Die Wahlen 2005 und 2009 konnten gerade noch so gewonnen werden. Es kann das Schicksal von Regierungsparteien sein, dass sie vorübergehend zu reinen Wahlmaschinen mutieren. Hier kommt es nun entscheidend auf die Fraktion, den Generalsekretär und die sonstigen Mitglieder der Führungsriege an (Schwarz 2009). Sie müssen für die Zukunft planen, Nachwuchstalente hervorbringen und Strategien entwerfen, die mehr und mehr die Aufmerksamkeit der politisch Interessierten und natürlich der Medien auf sich ziehen. Das würde für das Funktionieren einer Volkspartei sprechen. Selbst wenn dies nicht der Fall ist, richtet sich die Aufmerksamkeit einer Volkspartei an der Macht auf eine starke Führung, also auf ihre strategische Führungs-, Integrations- und Mobilisierungsleistung an der Spitze. Und die spannende, tagtäglich anstehende Frage lautet, ob sie erfüllt werden kann.

Das größte Problem der CDU ist gegenwärtig, dass viele Menschen, die ihr eigentlich prinzipiell gewogen sind, der Partei an der Wahlurne die Unterstützung versagen, indem sie gar nicht mehr wählen gehen. Es ist durchaus eine gewisse Apathie, zumindest eine deutliche Mobilisierungsschwäche festzustellen. Genau hier liegt eine große Reserve für die CDU. Sicherlich mag die Mobilisierungsschwäche mit den verschiedenen, sich rasch verändernden, gravierenden politischen Umständen zusammen-

hängen. Im Jahr 2011 hat die CDU durchaus energie-, verteidigungs- und bildungspolitische Rochaden erlebt, denen viele potentielle Anhänger nicht eben so schnell oder überhaupt folgen konnten – oder wollten. Das Problem ist aber nicht, dass die ehemaligen Wähler nun den politischen Gegner besonders interessant fänden. Die Sozialdemokraten mit ihren drei Kanzleraspiranten stellen für viele CDU-Sympathisanten vermutlich nicht so sehr eine Alternative dar. Vielmehr scheinen viele CDU-Anhänger zu resignieren. Das darf eigentlich nicht sein. Hier muss die Partei eine neue, zündende Idee kreieren, denn sie hat Anhängerscharen, sie hat treue Stammwähler und sie kann aus ihrem Potential einiges machen. Aber sie muss auch wieder mehr konzeptionell arbeiten, neue und mobilisierende Leitideen vorstellen, für die es sich zu streiten lohnt. Der Gedanke der Leistungsgesellschaft wäre aktualisierbar, das heißt, dass man auch diejenigen tatsächlich würdigt und ihnen Unterstützung gibt, die den gesellschaftlichen Prozess voranbringen. Das betrifft sowohl die Familien, die Kinder haben, als auch arbeitende Bevölkerung als auch Unternehmerinnen und Unternehmer, die Eigeninitiative zeigen und Verantwortung übernehmen.

Natürlich muss man sich auch organisatorisch öffnen, etwa gegenüber ökologischen Entwicklungen. Dies hätte man vielleicht auch schon längst tun müssen, z. B. in Gestalt einer neuen Vereinigung in der CDU, die sich ökologischen Themen annimmt. Im konservativen Lager, von dem manche auch mit Blick auf die CDU sprechen, kommt es darauf an, auch eine neue Integrationsleistung einzuleiten. Es wäre z. B. eine konservativ denkende, unternehmerisch erfolgreiche, eloquent auftretende Frau mit nichtdeutscher Herkunft, aber patriotischer Ausstrahlung denkbar, die das Image der Partei ein wenig korrigieren und dem gegnerischen Lager viel Wind aus den Segeln nehmen würde. Und natürlich verbleiben die traditionellen Erfolgsthemen der CDU wie die Soziale Marktwirtschaft.

Viele Analytiker der Volksparteien und auch in der CDU selbst halten fest, dass ein Teil des Problems auch darin bestehe, dass gerade der CDU der starke Gegner abhanden gekommen sei. Das mag wohl wahr sein; der real existierende Sozialismus hat sich als das heraus gestellt, als der er immer von konservativer Seite aus angesehen wurde: als nicht zukunftsfähig und als falsches Politik- und Gesellschaftskonzept. Aber diese Geschichte ist erzählt, sie eignet sich nicht mehr, politische Zustimmung zu erzeugen. Dennoch bleibt, dass sich die Demokratien des Westens noch immer gegenüber diktatorischen, aber auch ökonomisch

erfolgreichen Regimen, etwa China, behaupten müssen. Noch immer und wohl für längere Zeit bleibt die Herausforderung bestehen, wie sich Islam und westliche Werte miteinander verbinden lassen. Islamistische Bedrohungen sind nicht verschwunden. Darauf müssen die rechtsstaatlich gefestigten großen Parteien im Westen eine Antwort finden.

Der Westen ist überhaupt in einer Phase, in der es auf seine Selbstbehauptung im Globalisierungsprozess und im demographischen Wandel ankommt. Gegenüber diesen Herausforderungen Sicherheit zu verbürgen, ist viel verlangt, dürfte aber wohl eher bei großen Integrationsparteien zu finden sein als bei Parteien mit einem erkennbar kleineren Politikbewältigungsradius. Auch dürfte es künftig darum gehen, dass es angesichts außen-, wirtschafts-, globalpolitischer und kultureller Herausforderungen auf den Zusammenhalt der Gesellschaft ankommt, dass also Sicherheit, Frieden und Entwicklung auch in Deutschland nicht – oder zumindest besser nicht allein – von Klein-, Internet-, Spaß- oder Protestparteien garantiert werden können.

SCHLUSS

Diese Szenarien weiterzudenken und dabei zu vermitteln, was auf dem Spiel steht, das kommt im Moment noch zu kurz. Ein Indiz dafür mag das Aufkommen einer Partei wie den Piraten sein, die weniger gesamtgesellschaftlich orientiert ist als dass sie sich vielmehr mit Spezialthemen abgibt, mit denen eine Gesellschaft aber nicht aufgebaut, ernsthaft weiterentwickelt und – gerade in weltwirtschaftlich so brisanten Zeiten wie gegenwärtig – regierungsfähig gemacht bzw. gehalten werden kann. In dem Maße, wie es gelingt, den Ernst der Politik nicht nur zu vermitteln, sondern auch die Konsequenzen wahrzunehmen, stoßen Antworten, die die große Politik betreffen, wieder mehr auf Resonanz und treffen auf die Parteien, die für sich glaubhaft machen können, dass sie für Antworten stehen. Es käme also im konstruktiven Sinne durchaus darauf an, ein klares Gegnerbild zeichnen zu können, das bis in den Alltag der Bürger heruntergebrochen werden kann – ohne zum Feindbild zu werden. Lagerbildend ist jedenfalls immer gewesen, zu wissen, was man nicht will, wovon man sich unbedingt abgrenzen möchte (Scherer 2011, Petersen 2011). Parteiidentität in diesem Sinne zu vermitteln, darf nicht unterschätzt werden, ohne dass sie populistisch ausgebaut werden darf. Sie nicht ausmalen und schärfen zu wollen, hieße, das Mobilisierungspotential von Volksparteien verkümmern zu lassen. Nichtwähler blieben weiterhin nicht motiviert.

Ein kritischer Punkt gegenüber der CDU scheint allerdings wichtig, nämlich zu fragen, ob sie für die Zukunft lernen muss, das Lebensgefühl der Menschen wieder besser zu erfassen, was ja in der Nachkriegszeit unmittelbar geschehen ist, als man die gesellschaftlichen Strömungen, die es damals gab, in der Breite zu verankern wusste. Vielleicht muss mehr darüber nachgedacht werden, wie man an diese glorreiche Zeit anknüpft (Maier 2007). Natürlich ist die CDU 1949 keinesfalls schon mit den entsprechenden Fähigkeiten angetreten. Sie hat diese erst entwickelt, als sie bereits etabliert war und sich gegen die Konkurrenz – wie z. B. auch die CSU gegen die Bayernpartei oder die CDU gegen die Deutsche Partei u. a. – durchgesetzt hatte. Entsprechend kritisch ist im 21. Jahrhundert zu fragen: Ist die CDU in der Lage, die Strömung, die unser Leben bestimmen, auch zu erfassen und an sich zu ziehen?

Neben dem Lebensgefühl der modernen Gesellschaft, das sich mehr und mehr in unterschiedliche Gruppierungen zerlegen lässt, bleibt es für eine Volkspartei mindestens so wichtig wahrzunehmen, welche gesellschaftlichen Interessen berücksichtigt werden müssen. Das heißt, mit einer politikwissenschaftlichen Analyse sollte eine Gesellschaftsanalyse verbunden werden. Derartige Analysen sind – hoffentlich – Bestandteil der Politikberatung der Volksparteileitungen, denn sie sind mit den Politikansätzen eigentlich eng verbunden. Darin liegt z. B. eine Stärke der kritisch angelegten und dichten Beschreibung von Elmar Wiesendahl über die Volksparteien (Wiesendahl 2011). Kritische Testfragen an die Großparteien sollten deshalb immer wieder durchdekliniert werden: Sprechen sie das Lebensgefühl an? Sind sie noch in weiten Bevölkerungskreisen attraktiv? Haben sie eine magnetische Wirkung? Sind sie in der Gesellschaft verankert? Sprechen sie alle Altersklassen an? Gibt es charismatische Persönlichkeiten, die faszinieren, überzeugen und mobilisieren?

Mit Tankern oder Elefanten wurden Volksparteien schon des Öfteren verglichen. Vielleicht hilft der Vergleich mit einem „Jumbo-Jet“, der bei seinem Flug durch turbulente Zonen fliegen muss, besser. Vieles wird durchgeschüttelt. Bedenkliche Gefühle kommen auf. Letztlich zählt, wie in der Politik, nur der Erfolg, das Ziel zu erreichen. Eine Volkspartei hat immer das Ziel, die maßgebliche Regierungspartei zu sein, die exekutiven Spitzenämter zu besetzen. Erreicht sie diese Stärke nicht mehr, muss man elementare Defizite konstatieren. Doch davon kann auch in der Mitte der 17. Bundestagswahlperiode nicht die Rede sein. Das Mehrparteiensystem Deutschlands nimmt mehr Parteien auf und entsprechend wird der aufzuteilende Kuchen kleiner. Ein Dreiparteiensystem besteht

heute nicht mehr. Von daher ist der Vergleich mit früheren Zeiten heute unfair bzw. etwas schlicht.

Umgekehrt könnte man auch sagen, dass es positiv bemerkenswert ist, dass sich auch in einem gewandelten Mehrparteiensystem zumindest eine große Partei, die Union, bislang hat behaupten können. Programatische Anpassungsleistungen und ein personelles Top-Angebot stabilisiert eine derartige Formation (Wagner 2011). Und wenn es den Unionsparteien gelänge, im gesellschaftlichen Wandel diejenigen Kräfte an sich zu binden, die sowohl für Fortschritt als auch für Stabilität der Gesellschaft stehen, müsste es auch um die Volkspartei CDU nicht schlecht stehen. Dass dies gelingt, setzt voraus, dass einige Bedingungen, die hier kurz skizziert wurden, erfüllt werden. Insofern hat es die CDU selbst in der Hand, was aus ihr wird.

LITERATURVERZEICHNIS

- *Blome, Nikolaus (2009). Faul, korrupt und machtbesessen? Warum Politiker besser sind als ihr Ruf. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Berlin 2008: WJS Verlag).*
- *Gabriel, Oscar W. und Everhart Holtmann (2009). „Der Parteienstaat – Gefahrengut für die Demokratie? Ideologiekritische und empirische Anmerkungen zu einer aktuellen Debatte“, in: Antonius Liedhegener und Torsten Oppelland (Hrsg.): Parteiendemokratie in der Bewährung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 189-209.*
- *Haungs, Peter (1992). „Die CDU: Prototyp einer Volkspartei“, in: Alf Mintzel und Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske & Budrich, S. 172-216.*
- *Junge, Christian (2012). Sozialdemokratische Union Deutschlands? Die Identitätskrise deutscher Volksparteien aus Sicht ihrer Mitglieder. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.*
- *Langguth, Gerd (2009). „Das Machtprinzip der Angela Merkel“, in: Matthias Machnig und Joachim Raschke (Hrsg.): Wohin steuert Deutschland? Bundestagswahl 2009. Ein Blick hinter die Kulissen. Hamburg: Hoffmann und Campe, S. 29-39.*

- *Liedhegener, Antonius (2009). „Krise der Parteien und kein Ende? Zur zivilgesellschaftlichen Verankerung der bundesdeutschen Parteiendemokratie“, in: ders. und Torsten Oppelland (Hrsg.): Parteiendemokratie in der Bewährung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 211-230.*
- *Lösche, Peter (2003). „Die SPD in den 90er-Jahren“, in: Wichard Woyke (Hrsg.): Parteien und Parteiensystem in Deutschland. Eine Einführung. Schwalbach: Wochenschau Verlag, S. 9-24.*
- *Maier, Hans (2007). „Die Union – eine Nova am Parteienhimmel“, in: Hans Zehetmair (Hrsg.): Politik aus christlicher Verantwortung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 73-81.*
- *Niedermayer, Oskar (2011). „Parteimitgliedschaften im Jahre 2010“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 42. Jg., Heft 2, S. 365-383.*
- *Petersen, Thomas (2011). „Das Trennende ist geblieben“, in: Volker Kronenberg und Christoph Weckenbrock (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 108-125.*
- *Seils, Christoph (2011). „Ministerpräsident Kretschmann und die Zeitwende der Parteiendemokratie“, in: Cicero, 12. Mai 2011, <http://www.cicero.de/berliner-republik/ministerpr%C3%A4sident-kretschmann-und-die-zeitwende-der-parteiendemokratie/41980> (letzter Zugriff am 23. Januar 2012).*
- *Seitz, Norbert (2009). „Der Überlebenskampf der SPD als Volkspartei“, in: Volker Kronenberg und Tilman Mayer (Hrsg.): Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft? Konzepte, Konkurrenzen und Konstellationen. Freiburg: Herder, S. 26-42.*
- *Scherer, Philipp (2011). „Jenseits von Links und Rechts: Spielt Ideologie für Parteien und Wähler keine Rolle mehr?“, in: Evelyn Bytzek und Sigrid Roßteutscher (Hrsg.): Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen. Frankfurt a. M.: Campus, S. 23-41.*
- *Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.) (2009). Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute. München: Pantheon.*

- Uertz, Rudolf (2010). „Welche Bedeutung hat das Christentum im öffentlichen Raum Europas“, in: *Die Politische Meinung*, Nr. 486, Mai 2010, S. 37-42.
- Uertz, Rudolf (2011). „Das „C“ in der christlichen Demokratie“, in: *Die Politische Meinung*, Nr. 505, Dezember 2011, S. 10-14.
- Veen, Hans-Joachim (2009). „Demokratische Konsolidierung und Parteienentwicklung in Ostmitteleuropa“, in: Antonius Liedhegener und Torsten Oppeland (Hrsg.): *Parteiendemokratie in der Bewährung*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 529-537.
- Vogel, Bernhard (2010). „Impulse der katholischen Soziallehre für die Politik“, in: Nils Goldschmidt und Ursula Nothelle-Wildfeuer (Hrsg.): *Freiburger Schule und Christliche Gesellschaftslehre. Joseph Kardinal Höffner und die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr Siebeck, S. 361-372.
- Walter, Franz, Christian Werwarth und Oliver D´Antonio (2011). *Die CDU. Entstehung und Verfall christdemokratischer Geschlossenheit*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Wagner, Aiko (2011). „Die Personalisierung der Politik: Entscheiden Spitzenkandidaten Wahlen?“, in: Evelyn Bytzek und Sigrid Roßteutscher (Hrsg.): *Der unbekannt Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen*. Frankfurt a. M.: Campus, S. 81-97.
- Wiesendahl, Elmar (2011). *Volksparteien. Aufstieg, Krise, Zukunft*. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

DER CDA IN DEN NIEDERLANDEN

Paul Lucardie

„Wir beugen uns nicht nach links, wir beugen uns nicht nach rechts“, so Dries van Agt, der 1976 zum ersten Spitzenkandidaten (und damit zum politischen Führer) der neuen Christlich-Demokratischen Föderation gewählt wurde (Van Agt 1976: 24). Tatsächlich versuchte er nach der Parlamentswahl im Jahre 1977 zuerst mit der sozialdemokratischen Partei (*Partij van de Arbeid*, PvdA) eine Koalition zu bilden, weil diese Partei der große Wahlsieger war. Erst als dieser Versuch scheiterte, verständigte sich Van Agt mit der rechtsliberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (*Volkspartij voor Vrijheid en Democratie*, VVD).

Das sagt einiges über die Position der Christdemokraten im niederländischen Parteiensystem aus. Obwohl die neue Partei versuchte, sich in der politischen Mitte zu verankern, orientierte sie sich allmählich doch weiter nach rechts. Damit hat sie ihre Chancen für die Zukunft erheblich eingeschränkt. Vielleicht sollte sie deswegen versuchen, sich durch einen Linksruck wenigstens in bestimmten Bereichen zu „rezentrieren“. Diese – zweifelsohne umstrittene – These werde ich in diesem Beitrag mit einigen empirischen Daten belegen. Zuerst sollte man aber die Entwicklung der christlich-demokratischen Partei kurz darstellen.

GRÜNDUNG, AUFSCHWUNG UND NIEDERGANG DES CDA

Die Parteigründung des Christlich-Demokratischen Aufrufs (*Christen-Democratisch Appèl*, CDA) im Jahre 1980 war eine Spätgeburt. Seit Ende des 19. Jahrhunderts gab es evangelische und katholische Parteien in den Niederlanden, die zwar oft zusammenarbeiteten, aber doch Distanz hielten. Sie waren mit vielen evangelischen bzw. katholischen Organisationen vernetzt: Gewerkschaften, Bauernbünden, Jugendverbänden, Frauenvereinen, Universitäten, Rundfunkanstalten und Krankenkassen: fast alle waren auf weltanschaulicher Basis organisiert und formell oder informell mit den politischen Parteien verbunden. Diese sogenannte Versäulung begann sich erst in den 1960er Jahren aufzulösen. Bis 1967 jedoch verfügten die evangelischen und katholischen Parteien über eine klare Mehrheit im niederländischen Unterhaus (*Tweede Kamer*; „Zweite Kammer“, obwohl sie schon seit 1848 mehr Gewicht hat als die indirekt gewählte Erste Kammer).

Säkularisierung, Individualisierung, theologische Erneuerung, neue Massenmedien und das Aufwachsen einer autoritätskritischen, „post-materialistischen“ oder libertären Nachkriegsgeneration untergruben die Versäulung und schwächten die Bindungen zwischen Kirche und den Parteien. Die zwei größeren evangelischen Parteien – die Anti-Revolutionäre Partei (*Anti-Revolutionaire Partij*, ARP) und die Christlich-Historische Union (*Christelijk-Historische Unie*, CHU) – entschlossen sich nach mühsamen Verhandlungen in den 1970er Jahren zu einer Föderation mit der Katholischen Volkspartei (*Katholieke Volkpartij*, KVP) und lösten ihre Organisationen im Jahre 1980 auf.¹

Die Christlich-Demokratische Föderation hatte 1977 49 von 150 Sitzen im Unterhaus gewonnen, als CDA erhielt die neue Partei bei der nächsten Parlamentswahl fast genau soviel Mandate (s. Tabelle 1). Als der pragmatische Unternehmer Ruud Lubbers 1982 den etwas steifen und formalen Van Agt als Parteiführer ablöste, konnte der CDA 1986 und 1989 noch etwas zulegen und 54 Mandate erreichen. Lubbers konnte genauso gut mit der VVD wie mit der PvdA zusammenarbeiten. Von 1982 bis 1989 führte er eine Regierungskoalition mit den Rechtsliberalen, 1989 bis 1994 mit den Sozialdemokraten. Es gelang dem CDA sogar, in diesen Jahren Wähler ohne kirchliche Bindung zu gewinnen, obwohl die Mehrzahl ihrer Wähler doch zu einer evangelischen oder katholischen Kirche gehörte.²

Tabelle 1: Sitzverteilung im niederländischen Unterhaus (1977-2010)

	1977	1981	1982	1986	1989	1994	1998	2002	2003	2006	2010
CDA	49	48	45	54	54	34	29	43	44	41	21
PvdA	53	44	47	52	49	37	45	23	42	33	30
VVD	28	26	36	27	22	31	38	24	28	22	31
D66	8	17	6	9	12	24	14	7	6	3	10
GL	6	9	9	3	6	5	11	10	8	7	10
SP						2	5	9	9	25	15
CU	1	3	3	2	3	5	5	4	3	6	5
SGP	3	3	3	3	3	2	3	2	2	2	2
LPF								26	8	0	
PVV										9	24
sonst.	2	0	1	0	1	10	0	2	0	2	2
total	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150	150

Abkürzungen:

CDA: *Christen-Democratisch Appèl* (Christlich-Demokratischer Aufruf);
 CU: *ChristenUnie* (Christen-Union), bis 2002: der Reformierte Verband und Reformatorische Föderation;
 D66: *Democraten'66* (Demokraten'66);
 GL: *GroenLinks* (Grüne Linke), bis 1989: Kommunistische Partei der Niederlande, Evangelische Volkspartei, Radikale Partei und Pazifistisch-Sozialistische Partei;
 LPF: *Lijst Pim Fortuyn* (Liste Pim Fortuyn);
 PvdA: *Partij van de Arbeid* (Partei der Arbeit);
 PVV: *Partij voor de Vrijheid* (Partei für die Freiheit);
 SGP: *Staatkundig Gereformeerde Partij* (Reformierte Staatspartei);
 SP: *Socialistische Partij* (Sozialistische Partei);
 VVD: *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (Volkspartei für Freiheit und Demokratie);

Quelle: Kiesraad (www.verkiezingsuitslagen.nl).

Im Jahre 1994 trat Lubbers nicht mehr als Spitzenkandidaten an. Im Anschluss verlor die Partei viele Wähler, besonders die mit einer schwachen oder überhaupt keiner Bindung zu einer Kirche. Mit nur 34 Sitzen war der CDA nicht mehr unentbehrlich für eine Regierungskoalition und wurde gezwungen, sich als Oppositionspartei neu zu gestalten.

Für die meisten Christdemokraten war das eine neue Erfahrung.³ Sie war zuerst wenig erfolgreich: 1998 verlor der CDA weitere fünf Mandate und erreichte einen Tiefstand bei seinen Wahlergebnissen. Vier Jahre

später gewann er aber 43 Sitze und wurde wieder die größte Partei im Parlament. Der Hochschullehrer Jan Peter Balkenende hatte die Einheit in der Partei wiederhergestellt. Mit einer ausgewogenen und gemäßigt-konservativen Position in der damals sehr aktuellen Multikulturalismusdebatte gelang es ihm, nicht nur die Stammwähler, sondern auch neue, kirchlich weniger gebundene Wähler zu gewinnen. Genau wie Lubbers regierte Balkenende zuerst mit der VVD (2002-2006) und dann mit der PvdA (2007-2010).⁴ Allerdings war er dabei weniger erfolgreich: alle drei von ihm geführten Koalitionen platzten vorzeitig. Als er dennoch 2010 wieder als Spitzenkandidat antrat, musste er eine spektakuläre Niederlage einstecken. Der CDA erreichte mit nur 21 Sitzen einen neuen Tiefststand und wurde zum ersten Mal in seiner Geschichte nur die vierte Partei im Lande, kleiner als die VVD, die PvdA und die Partei für die Freiheit (*Partij voor de Vrijheid*, PVV), die 2006 vom Parlamentarier Geert Wilders gegründet wurde, zwei Jahre nachdem er die VVD verlassen hatte.

Nach schwierigen internen Debatten und einem unruhigen Parteitag entschieden sich die Christdemokraten für eine Koalition mit der VVD, die im Parlament von der PVV unterstützt werden sollte. Zum ersten Mal in der niederländischen Geschichte wurde diese liberal-christlich-demokratische Regierung von einem liberalen Ministerpräsidenten geführt. Das erklärt vielleicht zum Teil die wachsende Beliebtheit der VVD in den Umfragen, während die Christdemokraten immer weniger Zuspruch finden⁵. Der Niedergang des CDA könnte teilweise durch Führungsschwächen und Wahlkampffehler erklärt werden, hat aber doch wahrscheinlich auch strukturelle Ursachen, wie Änderungen im Parteiensystem und in der Gesellschaft.

DAS SÄKULARISIERTE PARTEIENSYSTEM

Das niederländische Parteiensystem wurde von Anbeginn von Kulturkampf und erst später von Klassenkampf geprägt (Lucardie 2006: 331ff.). Konfessionelle Parteien – evangelisch oder katholisch – dominierten das Parteiensystem seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1918 bis etwa 1967. Anders als in den meisten europäischen Ländern deutete man im 19. und frühen 20. Jahrhundert die Konfliktlinie zwischen konfessionellen und säkularen Parteien in den Niederlanden mit dem Begriffspaar „rechts“ und „links“. Evangelische und katholische Parteien standen rechts, liberale und sozialdemokratische Parteien links (Lipschits 1969: 48ff.). Erst nach 1945 hat sich das geän-

dert. Seitdem dominierte die sozio-ökonomische Konfliktlinie zwischen Staatsinterventionismus (soziale Gleichheit) und freier Marktwirtschaft das Parteiensystem und die Deutung der Begriffe „links“ und „rechts“.

Die 1948 gegründete liberale VVD wurde und wird von den meisten Wählern als „rechts“ betrachtet. Auf dem Spektrum von 0 (extreme Linke) bis 10 (extreme Rechte) wurde sie in Wahlforschungen seit 1970 meist zwischen 7 und 8 eingestuft. Die PvdA hat meistens die Position 4 inne gehabt, also links von der Mitte. Der CDA hätte als Partei der Mitte eigentlich zwischen 5 und 6 eingestuft werden sollen, musste sich aber mit einer Position zwischen 6 und 7 abfinden – also etwas rechts von der Mitte, und nicht weit von der VVD entfernt. Das hat sich in den letzten Jahren nicht geändert, obwohl die Begriffe „links“ und „rechts“ laut manchen Wahlforschern seit 2000 nicht mehr eindeutig sozio-ökonomisch, sondern auch sozio-kulturell gedeutet werden müssen. „Rechts“ bedeutet heutzutage auch nationalistisch und autoritär, während „links“ mit kosmopolitischen und libertären Werten und mit der multikulturellen Gesellschaft identifiziert wird. Auch in diesem relativ neuen Kulturkampf nimmt der CDA eine Position etwas rechts von der Mitte ein, also auch hier wiederum nicht weit entfernt von der VVD (Van Holsteyn und Irwin 2011: 165ff.).

Inhaltlich unterscheidet sich der CDA in den Augen der meisten Wähler also nicht sehr von der rechtsliberalen VVD. Nur wenn es um ethische Fragen wie Abtreibung, Sterbehilfe, Prostitution oder Sonntagsruhe geht, beziehen die Christdemokraten andere Positionen als die Liberalen, die hier – wie die Sozialdemokraten zum Teil auch – jegliche Einschränkung der individuellen Freiheit ablehnen. Für die meisten Wähler ist diese ethische Trennungslinie aber weniger wichtig als die sozio-ökonomische und sozio-kulturelle Konfliktlinie. Deswegen befürwortet auch eine klare Mehrheit der christdemokratischen Wähler eine Koalition zwischen CDA und VVD. Nur etwa ein Drittel zieht eine Koalition zwischen CDA und PvdA vor (Van Holsteyn und Irwin 2011: 170f.). Das war nicht immer so. In den 1990er Jahren war eine Mehrheit der CDA-Wähler noch für eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Die Praxis entsprach zum Teil den Präferenzen der Wähler. Zwischen 1980 und 2011 kamen Koalitionen von Christdemokraten und Liberalen etwas häufiger vor als die zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten (13 Jahre gegenüber zehn Jahren). Zwischen CDA und PvdA gab es außerdem mehr Spannungen, wenn sie zusammen regierten.

Man kann also feststellen, dass Christdemokraten und Liberale eigentlich Bündnispartner sein sollten. Allerdings sind sie auch Konkurrenten. Wurde die Konkurrenz früher noch beschränkt durch die Bindung zwischen Kirche und Politik, ist das heutzutage kaum noch der Fall. Nur eine sehr kirchentreue Minderheit der Wähler zweifelt nie über ihre Entscheidung für den CDA, während eine wachsende Zahl von Katholiken und Protestanten immer häufiger zwischen CDA und VVD wechselt. Die Kirchentreue wird in den Niederlanden aber allmählich schwächer. Die Kirchen verlieren rasch Mitglieder. Im Gründungsjahr des CDA gehörten noch fast zehn Millionen, also etwa 70 Prozent der niederländischen Bevölkerung, zu einer christlichen Kirche; im Jahre 2005 nur knapp sieben Millionen, also 45 Prozent der (inzwischen gewachsenen) Bevölkerung (Becker und de Hart 2006: 30f.).⁶ Dazu kommt, dass nur ein Teil dieser Mitglieder regelmäßig zur Kirche geht.

Die Stammwählerschaft der Christdemokraten ist also langsam, aber unaufhaltsam geschrumpft. Dagegen ist die Zahl der Wähler, die dem CDA ablehnend gegenüberstehen, gewachsen. Laut einer Umfrage vom Mai 2011 finden annähernd 80 Prozent der Wähler den CDA unsympathisch – wesentlich mehr als die VVD und die PvdA (56 bzw. 64 Prozent) – und sogar mehr als die PVV (70 Prozent).⁷ Auch die andere, kleine, christliche Partei (CU) wird von einer überwältigenden Mehrheit der Wähler als unsympathisch empfunden, möglicherweise kann man das als eine Reaktion gegen die einst dominante Versäulung deuten.

Die christlich-demokratische Partei muss also um eine wachsende Zahl von Wechselwählern mit der VVD konkurrieren. Seit 2006 wirbt auch noch die national-populistische PVV um christlich-demokratische Wähler (dazu auch Vossen 2011). Laut Wahlforschern hat der CDA 2010 etwa sieben Mandate an die VVD und drei Mandate an die PVV verloren.⁸ Die (virtuellen) Sitze, die der CDA in den Umfragen nach der Wahl „verloren“ hat, gingen zum größten Teil an die VVD.⁹

Die Christdemokraten sind sich ihrer prekären Lage wohl bewusst (CDA 2010). Allerdings ist die Partei über die Frage uneins, wie sie am besten mit der VVD und der PVV konkurrieren könnte. Einige prominente Parteimitglieder am rechten Flügel – meist Katholiken – sprachen sich für eine stärkere Hinwendung zum Konservatismus aus, während am linken Flügel eine Rückkehr zur politischen Mitte und zur Idee der christlichen Solidarität befürwortet wurde (Vollaard 2006; Voerman 2011: 16ff). Die

zunächst recht abstrakte Debatte wurde im Herbst 2010 zur aktuellen Frage konkretisiert: Sollte sich der CDA für eine durch die PVV unterstützte Koalition mit der rechtsliberalen VVD oder für die Opposition entscheiden? Auf dem Parteitag, der die Entscheidung treffen sollte, stimmte eine Zweidrittelmehrheit für Regierungsteilnahme und nur ein Drittel für die Opposition. Damit ist die Debatte über den ideologischen Kurs der Partei natürlich nicht beendet, im Gegenteil. Die Entscheidung für die Regierungsteilnahme bedeutete nicht unbedingt ein Bekenntnis zum Konservatismus; für viele Parteimitglieder war es wahrscheinlich eine eher pragmatische als ideologische Entscheidung. „Das Land soll doch regiert werden“, sagte man, „und dies nicht von den Linken“. Erst in den nächsten Jahren, wenn man ein neues Wahlprogramm aufstellen und einen neuen Spitzenkandidaten wählen soll, wird die Frage über den Parteikurs wahrscheinlich weiter geklärt werden müssen.

DIE ZUKUNFT DES CDA

Für welchen Kurs sich die Christdemokraten in den nächsten Jahren entscheiden werden, lässt sich heute schwer voraussagen. Weil man sich eine Spaltung der Partei gerade jetzt nicht leisten kann, scheint eine radikale Kursänderung eher unwahrscheinlich. In der Vergangenheit hat die Partei immer versucht, Flügelkämpfe zu vermeiden und Gegensätze auszusöhnen. Das wird sie wohl auch in dieser Zeit wieder tun. Allerdings wären etliche, wenngleich moderate Kursänderungen angebracht, wenn man die verlorenen Wähler zurückgewinnen und neue Wähler ansprechen möchte.

Wo und wie könnte der CDA Wähler gewinnen? Laut Wahlforschern gibt es eine relativ große Wählergruppe, die kaum von den etablierten Parteien bedient wird, und zwar die Wähler, die sozialdemokratische oder „linke“ Ansichten im sozio-ökonomischen Bereich mit konservativen oder „rechten“ Ideen im sozio-kulturellen Bereich kombinieren (van der Lubben 2006). Diese Wähler sträuben sich gegen Privatisierung und Liberalisierung im Energiesektor und im öffentlichen Verkehr, gegen Rentenkürzungen und sonstige Reformen der sozialen Sicherungssysteme, sind aber auch gegen die multikulturelle Gesellschaft und die liberale Drogenpolitik in den Niederlanden.

Im sozio-kulturellen Bereich werden sie schon in hinreichendem Maß vom CDA bedient, aber weniger im sozio-ökonomischen Bereich. Die Christdemokraten haben in den letzten Jahrzehnten eine eher liberale als sozialdemokratische Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik befürwortet. Im Wahlkampf 2010 versuchte die PVV, diese Wähler für sich zu gewinnen, teilweise mit Erfolg. Wilders hat schließlich auch Rentenkürzungen abgelehnt. Allerdings scheint er vielen dieser sozial-konservativen Wähler mit seiner Islamkritik zu extrem. Deswegen scheint es nicht unmöglich, dass diese Wähler den Weg zum CDA zurückfinden werden, wenn die Christdemokraten ihre wertkonservative Position mit sozialdemokratischen Ideen verbinden würden. Auch Wähler der PvdA und sogar der Sozialistischen Partei (SP), die zwar die sozio-ökonomischen Ansichten dieser Parteien, nicht aber deren Begeisterung für die multikulturelle Gesellschaft und ihre progressiv-liberalen Ideen zu Kriminalität (Vorbeugung sei besser als Bestrafung), Legalisierung von Drogen, Prostitution etc. teilen, wären dann möglicherweise bereit, dem CDA ihre Stimme zu geben. Dafür müssten die Christdemokraten nicht unbedingt ihre christliche Identität aufgeben und sich explizit zum Konservativismus bekennen. Sie könnten aber von ihrer deutschen Schwesterpartei lernen, wie man ein christliches Menschenbild behalten kann, ohne die christliche Identität zu stark zu betonen.

Ein Linksruck im sozio-ökonomischen Bereich sollte auch nicht allzu plötzlich und dramatisch geschehen, damit man die Stammwähler nicht verunsichert. Die Kursänderung sollte relativ unauffällig und in kleinen Schritten geschehen. Der neue Kurs sollte natürlich auch von einem neuen Parteiführer und Spitzenkandidaten bei den nächsten Wahlen getragen und medienwirksam dargestellt werden.

Garantien für Erfolg gibt es in der Politik nie. Jede Kursänderung, wie bescheiden sie auch ausfallen mag, birgt Risiken. Die anderen Parteien werden dem CDA möglicherweise Unzuverlässigkeit und Unbeständigkeit vorwerfen. Im schlimmsten Fall würde der CDA weitere Stammwähler verlieren, ohne neue Wähler dazuzugewinnen. Wenn die Christdemokraten im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ihren Kurs nicht ändern, werden sie wahrscheinlich ihre Stammwähler behalten, aber kaum neue Wählerschichten ansprechen können. Die kirchentreue Stammwählerschaft wird wahrscheinlich weiter schrumpfen, wie oben schon angedeutet wurde. Der CDA sollte sich dann damit abfinden, nicht länger eine dominante Rolle im niederländischen Parteiensystem spielen zu können.

Als mittelgroße oder sogar kleine Partei könnte er dann nur ab und zu als Juniorpartner an Regierungskoalitionen teilnehmen, wäre aber oft zur Opposition gezwungen. Seine Position im Parteiensystem wäre dann ähnlich wie die der Christlichen Volkspartei Dänemarks oder der Christdemokraten Schwedens (Steffen 2006).

Die Wahl zwischen einer nicht risikofreien Rückkehr zur politischen Mitte – im oben erläuterten Sinne – oder einer sicheren, aber schrumpfenden Position rechts davon, ist gewiss nicht leicht. Vielleicht können die Christdemokraten einstweilen Trost in einem Wahlspruch finden, der dem *pater patriae*, dem Vater des Vaterlandes, Fürst von Oranien und Graf von Nassau, mit dem Beinamen „Der Schweigsame“, zugeschrieben wird (Mörke 2007: 268): „Point n'est besoin d'espérer pour entreprendre, ni de réussir pour persévérer“ – auf Deutsch: „Man braucht weder Hoffnung zu haben, um doch was zu unternehmen, noch Erfolg, um dennoch durchzuhalten“. Im Kampf für Religionsfreiheit und Unabhängigkeit gegen die spanische Herrschaft hat er viele Niederlagen einstecken und sein Vermögen ausgeben müssen. Schließlich hat er sogar sein Leben auf das Spiel gesetzt. Letztendlich aber hat er sein Ziel erreicht. Seine Erben regieren noch immer über die Niederlande, und seine Ideale der konfessionellen Koexistenz und Duldsamkeit inspirieren noch heute die Christdemokraten – und nicht nur sie.

LITERATURVERZEICHNIS

- *Agt, Andries Van (1976). Ansprache auf dem Parteitag des CDA am 11.12.1976, unveröffentlichtes Material zum Parteitag (DNPP-Archiv, Parteitage CDA I).*
- *Becker, Jos und Joep de Hart (2006). Godsdienstige veranderingen in Nederland. Verschuivingen in de binding met de kerken en de christelijke traditie, Den Haag: Sociaal en Cultureel Planbureau.*
- *CDA (2010). Verder na de klap. Evaluatie en perspectief. Rapport Commissie-Frissen. Den Haag: CDA.*

- *Holsteyn, Joop Van und Irwin, Galen (2011). „Slechts de wereld van gisteren? Over de achtergrond en opvattingen van de kiezers-aanhang van het CDA, 1977-2010“, in: Gerrit Voerman (Hrsg.): De conjunctuur van de macht. Het Christen-Democratisch Appèl 1980-2010, Amsterdam: Boom, S. 155-178.*
- *Lipschits, Isaac (1969). Links en rechts in de politiek, Meppel: Boom.*
- *Lubben, Sebastiaan Van der (2006). „Politieke ruimte“, in: Huib Pellikaan und Sebastiaan van der Lubben (Hrsg.), Ruimte op rechts. Conservatieve onderstroom in de Lage Landen, Utrecht: Het Spectrum, S. 44-66.*
- *Lucardie, Paul (2006). „Das Parteiensystem der Niederlande“, in: Oskar Niedermayer, Richard Stöss und Melanie Haas (Hrsg.), Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 331-350.*
- *Mörke, Olaf (2007): Wilhem von Oranien (1533-1584). Fürst und „Vater“ der Republik, Stuttgart: Kohlhammer.*
- *Steffen, Christian (2006). „Das Parteiensystem Dänemarks, Norwegens und Schwedens“, in: Oskar Niedermayer, Richard Stöss und Melanie Haas (Hrsg.), Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, S. 67-108.*
- *Ten Napel, Hans-Martien (1992). „Een eigen weg“. De totstand-koming van het CDA (1952-1980), Kampen: Kok.*
- *Voerman, Gerrit (2011). „Inleiding“, in: ders. (Hrsg.): De conjunctuur van de macht. Het Christen-Democratisch Appèl 1980-2010, Amsterdam: Boom, S. 9-31.*
- *Vollaard, Hans (2006). „De flexibele formules van het CDA“, in: Huib Pellikaan und Sebastiaan van der Lubben (Hrsg.): Ruimte op rechts. Conservatieve onderstroom in de Lage Landen, Utrecht: Het Spectrum, S. 107-133.*

- *Vossen, Koen (2011). „Vom konservativen Liberalen zum National-populisten. Die ideologische Entwicklung des Geert Wilders“, in: Friso Wielenga und Florian Hartleb (Hrsg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, Münster: Waxmann, S. 77-103.*
 - *Wielenga, Friso (2008). Die Niederlande: Politik und politische Kultur im 20. Jahrhundert, Münster: Waxmann.*
- 1| *Die Föderation wurde übrigens auch schon „Christen-Democratisch Appèl“ genannt. Mehr über die Vorgeschichte des CDA z. B. in: ten Napel (1992); für eine kurze Geschichte des niederländischen Parteiensystems s. Lucardie (2006); ausführlicher z. B. Wielenga (2008).*
 - 2| *Laut Ergebnissen der Wahlforschung waren 1986 und 1989 16 Prozent bzw. 15 Prozent der christlich-demokratischen Wähler kein Mitglied einer Kirche. Bei der PvdA und der VVD gehörte über die Hälfte der Wähler in diesen Jahren keiner Kirche an (Van Holsteyn und Irwin (2011: 159).*
 - 3| *Die KVP war nie in der Opposition, die ARP nur zwischen 1946-1952, die CHU 1946-1948, 1965-1967 und 1973-1977, s. Lucardie (2006: 345).*
 - 4| *Weil CDA und VVD bzw. CDA und PvdA seit den 1990er Jahren zusammen nicht mehr über eine Mehrheit im Parlament verfügten, brauchten sie noch eine dritte Partei um eine Mehrheit zu erreichen: 2002-2003 die Liste Pim Fortuyn (LPF), 2003-2006 die linksliberale Demokraten 66 (D66) und 2007-2010 die ChristenUnion.*
 - 5| *Im Oktober 2011 hätte die VVD laut Umfragen 35 bis 37 Mandate gewinnen können, der CDA nur 15, s. online: www.synovate.nl (25.10.2011). Im November 2011 war die Zahl der virtuellen christdemokratischen Mandate auf 13 gesunken (www.synovate.nl 18.11.2011).*
 - 6| *Inzwischen dürfte die Zahl weiter gesunken sein.*
 - 7| *Politieke Barometer, 'Het politieke krachtenveld', www.synovate.nl (08.11.2011).*
 - 8| *Politieke Barometer, „Nieuwkomers, weglopers en trouwe kiezers“, www.synovate.nl (18.6.2010).*
 - 9| *Bis Dezember 2011 verlor der CDA laut Umfragen noch sieben bis acht Sitze, s. Politieke Barometer, „Winst en verlies“, www.synovate.nl (20.12.2011); und Politieke Barometer, „Ex-CDA'ers en ex-PvdA'ers“, www.synovate.nl (18.11.2011).*

DIE ÖSTERREICHISCHE VOLKSPARTEI

Dietmar Halper

Politiker werden jeden Tag heimgesucht von Artikeln wie „Ist unsere Demokratie noch zu retten?“ oder „Das Ende der Volksparteien.“ Dieser Vorliebe der Medien für Endzeitszenarien sollten wir nicht auf den Leim gehen, daher gehöre ich nicht zu den christdemokratischen Apokalyptikern – auch wenn man angesichts der aktuellen Themenlage fast zu einem werden könnte. Denn der Abgesang auf die Volksparteien kann mittlerweile auf eine fast vierzigjährige Tradition zurückblicken. 1972 verkündete der revolutionäre Sozialist Joseph Buttinger in seinem Buch das Ende der Volksparteien (Buttinger 1972). Seit dieser Zeit etwa verlieren die Volksparteien in der Tat kontinuierlich an Wählerstimmen und stehen kontinuierlich unter Druck. Die Österreichische Volkspartei liegt derzeit in Umfragen bei 25 Prozent (vgl. ATV.at 2011) und ist damit weit weg von der 30-Prozent-Marke, die in der Politikwissenschaft häufig als „Volksparteiengrenze“ angesehen wird (u. a. Schönbohm 1985). Schon monieren Kritiker, dass die ÖVP nun nicht mehr Volkspartei, sondern, semantisch korrekt, Mittelpartei genannt werden müsse. Trotz dieser Einschränkungen glaube ich, dass die Christdemokratie dennoch eine große Zukunft hat. Deshalb ist es wichtig, dies auch immer wieder herauszuarbeiten und die Programmatik der Christdemokratie aktiv weiterzuentwickeln.

Speziell in ausdifferenzierten, multiethnischen und pluralistischen Gesellschaften kommt Volksparteien eine hohe Verantwortung zu. In partei-internen Debatten werden Interessengegensätze artikuliert und abgeschliffen, Extreme vermieden und der kleinste gemeinsame Nenner gesucht. Volksparteien gelingt es besser, Interessen des Gemeinwohles zu formulieren und durch die Heterogenität ihrer Mitglieder abzubilden als das *single issue*- oder Klientel-Parteien vermögen. Und wenn man die Themenschwerpunkte der christdemokratischen und sozialdemokratischen Volksparteien mit jenen der Opposition vergleicht, fällt auf, dass die Volksparteien inhaltlich und thematisch breiter aufgestellt sind als die österreichischen Oppositionsparteien. Volksparteien sind für Wähler und Mitglieder aller gesellschaftlicher Schichten und unterschiedlicher Weltanschauungen offen. Als *catch all*-Parteien mit unterschiedlichen Flügeln, Traditionen und Schwerpunktsetzungen schaffen sie es innerparteilich, Interessengegensätze auszugleichen und solche Positionen zu finden, die für die Mehrheit der Bürger Vorteile bringen. Die Funktionäre von Volksparteien setzen sich aus unterschiedlichen Schichten, Alterskohorten und Berufsständen zusammen; auch weltanschaulich treffen bei den Volksparteien verschiedenste Strömungen aufeinander. Diese Heterogenität wirkt wiederum systemstabilisierend – nicht nur für die Volksparteien. Es ist daher zu fragen, ob in individualisierten Gesellschaften nicht gerade der Parteientypus Volkspartei prädestiniert ist, einen für alle Bürger akzeptablen Grundkonsens zu formulieren?

Volksparteien müssen aufgrund ihrer Mitgliederstruktur das Verbindende über das Trennende stellen. Es gibt in Österreich das geflügelte Wort, wonach die ÖVP aus 54 Teilorganisationen besteht: neun Bundesländer mit jeweils sechs Teilorganisationen. Aufgrund der territorialen Heterogenität und der unterschiedlichen Funktionsinteressen muss die ÖVP bei jedem neuen Gesetz versuchen, die Interessen aller – von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Landwirten, Senioren, Jugendlichen und Frauen – gleichermaßen zufriedenzustellen.

Die Heterogenität der Mitgliederstruktur ist auf der einen Seite eine Herausforderung, auf der anderen Seite ein Schatz. Diese Vielfalt hat somit einen besonderen demokratiepolitischen Wert, da in der innerparteilichen Willensbildung seit jeher hohe Integrationsleistungen vollbracht werden: sowohl zwischen Konfessionen als auch zwischen großen politischen Traditionen wie liberal, konservativ und christlich-sozial. Die Integration unterschiedlicher Ideologien, die bis dahin unversöhnlich nebeneinanderstanden und in ihrer Unversöhnlichkeit der freiheitlichen

und demokratischen Entwicklung des Gemeinwesens im Wege standen, ist ein Alleinstellungsmerkmal der christdemokratischen Volksparteien.

Damit es aber nicht zu postdemokratischen Zuständen kommt, wie Colin Crouch ein wenig alarmistisch in seinem Buch verkündet hat (Crouch 2005), sind Volksparteien weiter notwendig. Ich bin davon überzeugt, der soziale Friede wird davon abhängig sein, ob es weiterhin starke Volksparteien aus der Mitte des Volkes gibt, die in einem klugen politischen Wettbewerb für die besten gesellschaftspolitischen Konzepte stehen, die integrierend und nicht spaltend wirken. Nur die Volksparteien vertreten den Anspruch, Angebote für alle Bürger zu erarbeiten. Gesellschaftspolitische Integrationsleistungen müssen auch künftig erbracht werden, da heute vor allem Fragen der Generationengerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit und Migration virulent sind. So brauchen wir eine Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft als dritten Weg zwischen Neoliberalismus und Sozialismus. Die Soziale Marktwirtschaft ist ihrem Selbstverständnis nach eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die den einzelnen Menschen in ihren Mittelpunkt stellt. Ihr Ziel ist es, dass sich Menschen nach ihren Fähigkeiten entfalten können. Soziale Marktwirtschaft will optimale Entfaltungschancen für alle, unabhängig von sozialer Herkunft, Alter und Geschlecht. Jeder wird gebraucht, keiner darf verloren gehen. Die ökosoziale Marktwirtschaft ist ein Integrationsmodell, ihr Wesen besteht in der Synthese zwischen wettbewerbsfähiger Wirtschaft, sozialer Fairness und ökologischer Verantwortung. Speziell in Zeiten der gegenwärtigen Wirtschaftskrise bekommt diese Art der politischen Willensbildung einen progressiven Anspruch. Gesellschaftlichen Ausgleich zwischen unterschiedlichen Interessen zu ermöglichen ist eine Kerneigenschaft gewachsener Volksparteien, die somit gegen die Fliehkräfte der Pluralisierung wirken. Ihr emanzipatorisches Potenzial für die Demokratien entfalten Volksparteien dadurch, dass sie statt Extreme den Ausgleich fördern. Kein geringer Beitrag zur Stabilisierung demokratischer politischer Systeme. Die Bürger sind durch die Krisen und den Hyperindividualismus gleichermaßen erschöpft, sie sehnen sich nach Normalität und Sicherheit. Mit der ökosozialen Marktwirtschaft vertraut die ÖVP dabei auf ein Ordnungsmodell, das geeignet ist, mit den richtigen Maßnahmen der jetzigen zweiten Rezession einen nachhaltigen Konjunkturaufschwung folgen zu lassen. Aber der Weg zu dieser Perspektive ist weit und steinig, denn die Mühen der tagespolitischen Ebenen zeigen derzeit noch ein anderes Bild. Die ÖVP hat ein hartes Stück Arbeit vor sich.

BESTANDSAUFNAHME DER ÖVP SEIT 2008

Beginnen wir mit einer kurzen Bestandsaufnahme der Österreichischen Volkspartei. Die letzten Nationalratswahlen in Österreich haben 2008 stattgefunden und brachten folgendes Ergebnis: Die SPÖ, die Sozialdemokraten Österreichs, wurde mit 29,3 Prozent stärkste Partei, gefolgt von der ÖVP, die 26 Prozent erreichte. Dritstärkste Kraft wurde die Freiheitliche Partei Österreichs mit 17,5 Prozent. Das BZÖ, das Bündnis Zukunft Österreich, erreichte 10,7 Prozent der Stimmen und wurde viertstärkste Kraft. Das BZÖ ist eine rechtspopulistische Splitterpartei, die aus einer Parteispaltung der Freiheitlichen hervorgegangen ist und die bei den Nationalratswahlen noch vom, auch in Deutschland bekannten, Rechtspopulisten Jörg Haider angeführt wurde, der nach der Wahl bei einem Autounfall tödlich verunglückte. Nur fünfstärkste Partei wurden die Grünen mit 10,4 Prozent der Stimmen.

Was waren die Erkenntnisse aus jener Nationalratswahl? SPÖ und ÖVP haben 2008 das schlechteste Wahlergebnis in der Zweiten Republik eingefahren. Beide ehemaligen Großparteien liegen nun jeweils unter 30 Prozent und sind damit keine Großparteien mehr. Das Ergebnis spiegelt letzten Endes das schlechte Image der rot-schwarzen Regierung in der Legislaturperiode vor 2008 wieder. Alfred Gusenbauer als Bundeskanzler und Wilhelm Molterer als Vizekanzler schafften es nicht, aus den Regierungsparteien ein arbeitsfähiges Gebilde zu entwickeln. Der Grund darin mag teilweise in den für die ÖVP erfolgreichen Regierungsverhandlungen nach der Wahl 2006 liegen, zu einem größeren Teil sicher in den Revanchegehlüsten und dem Mistrauen der SPÖ. Die Wechselstimmung in der Bevölkerung bediente am besten die SPÖ, und zwar durch den Wechsel des Spitzenkandidaten von Alfred Gusenbauer auf Werner Faymann. Deshalb hatte die SPÖ am Ende auch das bessere Wahlergebnis. Es gab aber auch keine besondere Lust an Newcomern im österreichischen Nationalrat. Weder das Liberale Forum konnte in den Nationalrat einziehen, noch eine christlich sozial inspirierte Liste um den ehemaligen Tiroler Arbeiterkammerpräsidenten Fritz Dinkhauser, der bei der Tiroler Landtagswahl mit seiner Liste auf Anhieb zweitstärkste Partei wurde.

Wer wählte die ÖVP und wer wählte sie nicht? Das Wählerklientel unter dreißig Jahren wählte zu 33 Prozent die Freiheitliche Partei, zu 20 Prozent die Österreichische Volkspartei und nur zu 14 Prozent die Sozialdemokra-

ten oder Grüne. Überproportional häufig wurden die Freiheitlichen von männlichen Arbeitern gewählt. Gut ein Drittel der Arbeiter – vor allem ungelernete Arbeiter, aber auch Facharbeiter – wählten die FPÖ, nur 25 Prozent Arbeiter wählten sozialdemokratisch. Bei den Arbeitern sind nicht mehr die Sozialdemokraten die Nummer eins, sondern die Freiheitliche Partei. Die Christdemokraten wurden hingegen überproportional von Jugendlichen aus ländlichen Gebieten und jungen Frauen gewählt. Die Grünen hatten ihre Stärken eher bei weiblichen Wählern ab dreißig Jahren und im gehobenen Bildungsbürgertum.

Fast 40 Prozent der Pensionistinnen und Pensionisten wählten die Sozialdemokraten, 28 Prozent die Österreichische Volkspartei. Bei Landwirten ist die ÖVP noch immer überdurchschnittlich erfolgreich, vier von fünf Landwirten wählten die ÖVP. Das wird aber insofern schnell relativiert, wenn man sich ansieht, wie klein die Landwirte im Spektrum der österreichischen Wählerschaft sind. Bei den Selbstständigen lag die ÖVP mit 23 Prozent vorne, gefolgt von den Grünen mit 21 Prozent. Ein eindeutiges Zeichen, dass auch Unternehmer – vor allem im Bereich der Einpersonenernehmen – sehr grün-affin sein können. Selbstständige in diesen Sparten wählen nicht mehr automatisch bürgerlich. Das ist für die ÖVP Mahnung und Auftrag, sich stärker als bisher um die neuen Selbstständigen als Wählergruppe zu kümmern.

Was ist seit der Nationalratswahl 2008 in Österreich passiert? Sofort nach der Niederlage bei der Wahl gab es einen Wechsel an der Spitze der ÖVP. Wilhelm Molterer, der damalige Spitzenkandidat, ging und Josef Pröll, der bisherige Landwirtschafts- und Umweltminister, kam. Dieser schnelle Wechsel hat der Partei einen innerparteilichen Machtkampf erspart und zu einer Aufbruchstimmung geführt. 2009 war schließlich eine sehr gute Phase für die ÖVP. Das geflügelte Wort in Österreich zu dieser Zeit lautete: „Der Bundeskanzler in Österreich heißt Werner Faymann und der Regierungschef ist Josef Pröll.“ Bei der Europawahl wurde die ÖVP österreichweit wieder zur Nummer eins und auch bei den anschließenden Landtagswahlen in Kärnten, Oberösterreich, Vorarlberg und Salzburg errangen die Länderparteien respektable Ergebnisse für die Österreichische Volkspartei.

2010 kam dann der Abschwung. Josef Pröll hatte als Finanzminister ein Budget zu vertreten, das lange hinausgezögert und folglich von den Medien schon lang sehr kritisch beurteilt wurde, bevor es überhaupt noch

vorgestellt worden war. Der Regierung gelang in den verschiedenen Bereichen, die wichtig sind und angegangen werden sollten – v. a. in den Bereichen Pensionen, Verwaltungsreformen, Gesundheit, Pflege – kein großer Wurf. Außerdem setzte es noch Niederlagen bei den Landtagswahlen in der Steiermark und in Wien. Das Jahr 2010 war also kein besonders gutes Jahr für die ÖVP.

Dieser Trend setzte sich auch 2011 fort. Ein Lobbyingskandal erschütterte das Land. Ernst Strasser, ehemaliger Innenminister und aktiver Europaabgeordneter der ÖVP, kam in den Geruch, lobbyiert zu haben. Der Vorwurf lautete, Strasser habe seine Funktion für die Unterstützung internationaler Konzerne im Europäischen Parlament verwendet. Dann der nächste Rückschlag: Vizekanzler und Bundesparteiohmann Josef Pröll erleidet eine Lungenembolie und liegt wochenlang auf der Intensivstation. Die ÖVP ist in dieser schwierigen Phase praktisch führungslos. Wieder genesen, reagiert Pröll schließlich auf seinen persönlichen Gesundheitszustand mit dem völligen Rückzug aus der Bundespolitik.

Ihm folgt mit Michael Spindelegger ein neuer Bundesparteiohmann im Mai 2011 nach und dieser übernimmt unumstritten die Führung. Aber das Thema Korruptionsskandale, nun der Regierungsjahre 2000 bis 2006, begleitet die ÖVP weiter. Zudem ist es bis heute nicht gelungen, die Korruptionsskandale zu dethematisieren. Inzwischen wurde auch ein neuer Untersuchungsausschuss im österreichischen Parlament zu diesem Thema eingerichtet, weshalb es noch länger in der Öffentlichkeit virulent bleiben wird und die großen Reformvorhaben der Regierung nicht abgearbeitet werden können.

FORSCHUNGSSCHWERPUNKTE

Ausgehend von diesem Status quo befasst sich die parteinahe Forschung der Österreichischen Volkspartei zurzeit mit mehreren Schwerpunkten, die uns für die Zukunft der Christdemokratie als strategisch entscheidend erscheinen.

Den ersten Schwerpunkt bildet die christdemokratische Politik in den Städten. In den zehn größten Städten Österreichs sitzt ein Drittel der österreichischen Wählerschaft. Die ÖVP kann nationale Wahlen nur gewinnen, wenn sie in diesen Städten erfolgreich ist. Aber gerade in den Städten hat die ÖVP derzeit die größten strukturellen Probleme. In Wien

ist die ÖVP seit den letzten Landtagswahlen 2010 auf knapp 14 Prozent gesunken. Und wenn man in einer Großstadt wie Wien, mit mehr als 1,7 Millionen Einwohnern, nicht mehr als knapp 14 Prozent der Stimmen erreicht, dann muss man sich im Rest von Österreich schon sehr anstrengen und ein sehr gutes Wahlergebnis erzielen, um insgesamt reüssieren zu können. Eine Wahl ohne starkes Wien-Ergebnis ist für die ÖVP nicht zu gewinnen. Das Ziel muss sein, in den Städten insgesamt stärker zu werden.

In der zweitgrößten Stadt Österreichs ist das der Christdemokratie bereits gelungen. Graz, jahrzehntelang eine sozialdemokratische Hochburg, wird heute vom Christdemokraten Siegfried Nagl regiert, der mit einem prononciert wertkonservativen und wirtschaftsliberalen Profil große Erfolge erzielte. Aber auch hier gibt es große Unterschiede im Wahlverhalten zwischen Bundes- und Landtagswahlen. Die ÖVP erreichte in Graz 38,37 Prozent bei den letzten Gemeinderatswahlen 2008 und nur 26 Prozent bei den letzten Nationalratswahlen im selben Jahr. Noch drastischer ist dieses Problem in Dornbirn, der zehntgrößten Stadt Österreichs. Dort erreichte die ÖVP eine absolute Mehrheit bei den Gemeinderatswahlen und nur 26,7 Prozent bei Nationalratswahlen. Das strategische Dilemma der ÖVP: Selbst in Städten, in denen sie bei Regionalwahlen stets gut abschnidet, verliert sie Wähler bei Nationalratswahlen. Wie ist das zu erklären?

Eine einfache Antwort könnte lauten: „Die ÖVP muss mehr urbane Politik machen, dann wird sie auch in den Städten bessere Ergebnisse einfahren.“ Eine Analyse der letzten Wahlergebnisse zeigt jedoch, dass die Problematik tiefer geht und nicht so einfach zu lösen ist. In der Politischen Akademie haben wir uns die Wahlergebnisse der letzten fünfzehn bis zwanzig Jahre genau angesehen und können die These „mehr urbane Politik = bessere Wahlergebnisse“ nicht vorbehaltlos aufrechterhalten. Immer dann, wenn die ÖVP erfolgreich war, war sie es in den Städten *und* auf dem Land gleichermaßen. Und immer dann, wenn es der ÖVP bei Wahlen schlecht gegangen ist, gab es in den Städten *und* auf dem Land schwache Ergebnisse. Einziger Unterschied zwischen den Resultaten war schließlich, dass die Amplitudenauslässe in den Städten größer waren als auf dem Land. Das heißt, die Wählerschaft in der Stadt ist flexibler und nicht so stark parteiengebunden, was zu großen Differenzen zwischen den besten und den schlechtesten Ergebnissen der ÖVP in ein- und derselben Stadt führt. Gründe für die Wahlergebnisse waren aber nie

besonders urbane politische Themen. Das bedeutet, politische Themen wie Pensionen, Sicherheit, Wirtschaft, Energie, Umweltschutz, Gesundheit, Pflege berühren die Wähler in der Stadt gleich wie jene auf dem Land. Die Themen brauchen in den verschiedenen Regionen nur einen anderen Touch und müssen anders heruntergebrochen werden. An der Lösung dieses Problems arbeiten wir derzeit. Wir müssen die Kraft und Stärke, die wir in den Kommunen haben, künftig besser auf Bundesebene übertragen.

Eine andere Frage ist die der Organisation und Kampagnenfähigkeit im städtischen Bereich. Denn in der Stadt wirkt eine der größten Stärken der ÖVP nicht, nämlich das dichte Netz an Sympathisanten, Mitgliedern oder Funktionären, die in Diskussionen im Freundeskreis, am Arbeitsplatz in Vereinen oder in der Familie das Gedankengut und politische Vorschläge der ÖVP vertreten. Zudem muss die ÖVP auch ihre Organisationskraft in den Städten verstärken. „Sichtbarkeit im öffentlichen Raum“ ist hier der Schlüssel. Mit Wahlwerkstätten – mobile Wahlkampfteams vor Ort und direkter Wähleransprache – sollte die ÖVP in den Städten wieder physisch präsenter werden.

Ein zweiter strategischer Schwerpunkt ist für die ÖVP die Ansprache der neoösterreichischen Wähler. Fast 1,5 Millionen Menschen in Österreich haben einen Migrationshintergrund, das heißt, der Geburtsort ihrer Eltern ist im Ausland. In drei von vier Fällen (1,075 Millionen) sind jene Personen selbst irgendwann nach Österreich gezogen (Zuwanderer der ersten Generation). Bei 352.000 Personen sind beide Elternteile aus dem Ausland zugewandert, sie selbst aber sind in Österreich zur Welt gekommen (Migranten der zweiten Generation). Von den Personen mit Migrationshintergrund besitzen rund 653.000 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft.

Rund 70 Prozent der Zuwanderer der ersten Generation kommen mehrheitlich aus Ländern außerhalb der EU. Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien bilden mit 349.000 dabei die größte Gruppe, gefolgt von Personen aus der Türkei mit 162.000. Aus dem EU-Raum zugewanderte Personen kommen vorwiegend aus Deutschland (126.000) und Polen (56.000). Auch bei Zuwanderern der zweiten Generation zeigt sich ein ähnliches Bild: Die Eltern dieser stammen mehrheitlich aus dem ehemaligen Jugoslawien oder der Türkei.

So sind die 653.000 wahlberechtigten Neoösterreicher für alle Parteien ein interessanter neuer Wählerblock, zumal mittlerweile in Wien jedes dritte Kind und in Österreich jedes fünfte Kind einen Migrationshintergrund hat. Es ist also davon auszugehen, dass die Neoösterreicher in Zukunft eine strategisch wichtige Rolle für die Volkspartei spielen werden. Dennoch ist das Wahlverhalten dieser Wählergruppe bislang schlecht erforscht. Das hat mehrere Gründe. Zum einen geben Neoösterreicher bei Wahlumfragen unterdurchschnittlich Auskunft bzw. verweigern ihre Mitarbeit an solchen. Und zweitens werden bei Umfragen zu Migrantenwahlverhalten meist Deutsche, polnische, türkisch- und serbisch-stämmige Wähler in einen Topf geworfen, obwohl sich diese stark in ihrem Wahlverhalten unterscheiden.

Die bislang umfassendste Studie zum Thema Migrantenwahlverhalten hat Günther Ogris vom *Institute for Social Research and Consulting* (Sora) vorgelegt – allerdings nur für die Bundeshauptstadt Wien (Beig 2010). Die Ergebnisse sind aber aufgrund ihres kleinen, nicht repräsentativen Samples mit Vorsicht zu genießen. Die Studie stammt aus dem Jahr 2008, wobei 370 Wiener Arbeitnehmer mit türkischen oder (ex-)jugoslawischem Migrationshintergrund befragt wurden und deren Zuordnung über den Namen erfolgte. Bei den Neoösterreichern liegt die Sozialdemokratie vorne; 60 Prozent der austrotürkischen Arbeitnehmer gaben damals an, bei der letzten Gemeinderatswahl die SPÖ gewählt zu haben. Bei den Ex-Jugoslawen hatte die SPÖ mit 33 Prozent bei der Wahl und 44 Prozent zum Zeitpunkt der Umfrage zwar einen deutlich geringeren, aber immer noch den höchsten Zuspruch. Die SPÖ ist also bei Migranten die beliebteste Partei.

Zudem gibt es noch eine weitere intervenierende Variable: Neoösterreicher haben eine niedrigere Wahlbeteiligung als Altösterreicher. So gaben nur 59 Prozent der befragten Austrotürken und nur 35 Prozent der jugoslawischstämmigen Österreicher an, sicher von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Eine andere Umfrage aus dem Jahr 2000, von der Tageszeitung *Kurier* in Auftrag gegeben und veröffentlicht, gab an, dass 35 Prozent der in Wien lebenden Ausländer die ÖVP, 32 Prozent die SPÖ und 14 Prozent die Grünen wählen würden. Bei den wahlberechtigten Neubürgern hätten die Grünen mit 30 Prozent die Nase vor der SPÖ (18 Prozent) und der ÖVP (16 Prozent). Allerdings fehlen bei dieser Umfrage sowohl Samplegröße als auch Untersuchungszeitraum.

Wegen der niedrigeren Wahlbeteiligung und der mangelnden sozialwissenschaftlichen Datenbasis sind Schlussfolgerungen für diese neue Zielgruppe jedoch nur mit Vorsicht zu genießen. Allerdings hat die Christdemokratie das Wahlverhalten der eingebürgerten Österreicher als neuen strategischen Schwerpunkt entdeckt, da Neo-Österreicher unterdurchschnittlich ÖVP wählen. Die Frage des Wahlverhaltens von eingebürgerten Österreichern ist daher eine interessante Frage, die sich vor allem bei der strukturellen Verkleinerung der Wählerbasis als längerfristiges Problem darstellen kann. Das heißt, die ÖVP muss sich schon heute sehr gut überlegen, wie sie als christdemokratische Partei mit Wählergruppen umgeht, die für sie neue Zielgruppen darstellen. Die Ansprache ist fast nur nach ethnischen Gruppen möglich. In Österreich gelingt das gut bei polnisch-, rumänisch- und kroatischstämmigen Österreichern. Besonders schlecht erreicht hingegen die ÖVP die türkischstämmige Bevölkerung. Das heißt, muslimische Wähler wählen kaum die Christdemokratie. Hier ist für die ÖVP folgende Frage zu klären: Wie verträgt sich der Islam mit der Christdemokratie? Die ÖVP sieht hier vor allem im Bereich der Familie sowie bei Gewerbetreibenden und Selbstständigen ein gewisses Potenzial. Strategisch muss sich die ÖVP allerdings folgende Frage stellen: Wollen wir alle Migrantengruppen gleichermaßen ansprechen oder beschränken wir uns auf Zuwanderer bestimmter Kulturkreise?

Aufbauend auf den Untersuchungen für Deutschland von Andreas Wüst (2006) lassen sich für Österreich vorläufig folgende Arbeitshypothesen aufstellen:

- Das Interesse an österreichischer Politik sowie die Wahlbeteiligung ist geringfügig niedriger als der Durchschnitt der gebürtigen Österreicher, wobei das Interesse eher von anderen Faktoren (Alter, Bildung, Geschlecht) dominiert wird als der Herkunft.
- Viele nicht gebürtige Österreicher leben in Großfamilien. Sie wählen jene Partei, deren Gesellschaftspolitik auf den Erhalt dieser Strukturen abzielt, in Österreich, ganz eindeutig die ÖVP.
- Dieser Tendenz entgegenwirkend wird die Familien-Zusammenführungspolitik (welche Neubürgern ein sehr wichtiges politisches Anliegen ist) v. a. der Grünen als großzügiger beurteilt.

- Zudem siedeln sich Migranten eher in urbanen unterprivilegierten Räumen (z. B. Wien Favoriten, Wien Brigittenau) an, Räume, in denen die SPÖ traditionell stark vernetzt ist.
- Ebenso dürfte es bei den Unterschieden der Parteipräferenz der unterschiedlichen Kulturen kaum Unterschiede zu Deutschland geben. Personen, die im ehemaligen Ostblock geboren wurden, präferieren tendenziell die ÖVP. In Österreich zählen dazu v. a. Rumänen, Bulgaren, Russen (v. a. russische Juden, die nach Österreich einwandern) und Polen.
- Über die größte Gruppe von Eingebürgerten, die aus dem ehemaligen Jugoslawien kommen, gibt es bislang keine empirisch gesicherten Zahlen.

Ein dritter Schwerpunkt unserer strategischer Überlegungen: Wo bzw. wie können wir eine neue Konkurrenz durch neue Parteien bekommen? Politik genießt immer weniger Vertrauen. Viele Bürger wollen sich nicht mehr in der Politik engagieren. Das Politik-*Bashing* gehört in den Medien mittlerweile quasi zum Standardrepertoire. Ich frage deshalb manchmal Journalisten: „Wann haben Sie das letzte Mal ein gutes Wort über einen Politiker verloren?“ Und keiner kann mir, aus dem Stegreif heraus, eine Antwort auf meine Frage geben. Diese Verachtung für den Beruf des Politikers muss wieder einem Respekt weichen. Es darf sich in der Öffentlichkeit nicht die Meinung verfestigen, dass in der Regierung nur jene sitzen, die unfähig sind und nichts zu sagen haben bzw. keine Führungsqualitäten aufweisen. Besonders in Krisenzeiten erwartet sich der Bürger von der Politik zu Recht Führungsqualitäten.

Die ÖVP hat gute, engagierte und qualifizierte Persönlichkeiten in ihren Reihen. Vertrauen ist die Währung der Politik. Solange wir als Politiker das Vertrauen der Menschen nicht haben, werden sie unserer Arbeit und unseren Entscheidungen kritisch gegenüberstehen und uns letztlich nicht wählen. Wegen jener generellen Politikverdrossenheit stehen auch die Chancen für neue Parteien sehr gut. In Deutschland sind die Piraten mit einem *Post-Gender*-Programm und einem Fokus auf Transparenz und Neue Medien auf Anhieb in den Berliner Landtag eingezogen. Dass die Chancen für neue Parteien so rosig sind, ist ein Stück weit auch unserer pluralistisch individualisierten Gesellschaft geschuldet. Heute fragen die Bürger bei ihrer Wahlentscheidung nicht mehr, „Wo ist meine

Weltanschauung am besten repräsentiert?“ oder „Wo ist meine politische Heimat?“, sondern die Menschen fragen, „Welche Partei bringt mir persönlich am meisten Nutzen, wenn ich sie wähle?“.

In Österreich gibt derzeit ein Vakuum für ein oder mehrere neue Parteien. Für die ÖVP besonders gefährlich könnte eine wirtschaftsliberale Partei werden. Vonseiten der Industriellenvereinigung gibt es immer wieder Willensbekundungen, eine solche wirtschaftsliberale Partei zu unterstützen. Auch der österreichische Milliardär Frank Stronach hat in Interviews immer wieder betont, eine neue Partei finanziell zu unterstützen oder selbst zu gründen (APA 2011). Eine wirtschaftsfreundliche Partei würde vor allem der ÖVP Stimmen kosten – und ginge es dabei nur zwei oder drei Prozent. In der angespannten Situation, in der sich die Christdemokratie heute befindet, wären aber auch diese zwei oder drei Prozent ein herber Verlust.

Aber auch auf der gesellschaftspolitisch liberalen Seite gibt es Platz für eine neue Partei. Im Unterschied zu Deutschland, wo die Piraten laut jüngsten Umfragen schon bei zehn Prozent liegen (Hebel 2011), schwächelt die Piratenpartei in Österreich noch, spürt aber Rückenwind aus Deutschland (Dax 2011). Als Wahlziel für die Nationalratswahl nennen Österreichs Piraten zwei Prozent, ihr Wählerpotenzial wird vom Politologen Peter Filzmayer mit bis zu zehn Prozent beziffert. Für Filzmayer hat in Österreich eine neue Partei, alleine aufgrund der Tatsache, dass sie als solche antritt, Chancen auf ein zweistelliges Wahlergebnis. Für die ÖVP wäre Antreten und Erfolg der Piratenpartei wünschenswerter als eine Neugründung im wirtschaftsliberalen Bereich. Während die Parteien in erster Linie den Grünen und den Sozialdemokraten Stimmen wegnehmen, kosten wirtschaftsliberale Parteien vor allem den Christdemokraten Stimmen. Diesen Wähleraustausch musste die ÖVP schon 2008 schmerzlich feststellen, als sie viele wirtschaftsliberale Wähler an das BZÖ verlor. Die Gefahr eines neuerlichen großen BZÖ-Erfolges ist durch das Ableben Jörg Haiders freilich geringer geworden, da sein Nachfolger Josef Bucher nicht dessen Charisma hat und das Bündnis 2013 voraussichtlich nur knapp den Wiedereinzug in den Nationalrat schaffen wird, wenn es überhaupt einzieht. Die zu erwartenden Stimmenverluste für das BZÖ sollten bei einer guten Wahlkampagne der ÖVP wieder zurückgewonnen werden können.

DIE STÄRKEN DER ÖVP

Neben diesen neuen Herausforderungen verfügt die ÖVP traditionell noch über einige Stärken, um künftige Wahlkämpfe zu gewinnen. Die größte Stärke ist ein dichtes Netz an Funktionären, vor allem im ländlichen Raum. Die ÖVP ist in Österreich eine Bürgermeisterpartei und vor Ort sehr gut aufgestellt. Von 2.200 Gemeinden stellt die ÖVP mehr als 1.600 Bürgermeister, das sind rund drei Viertel aller Bürgermeister. Auch die Mobilisierung der Bünde zählt zu den Stärken der ÖVP. Der Bauernbund und die Junge ÖVP verfügen beispielsweise über eine hohe Mobilisierungskraft. Doch unterliegt auch die Mobilisierung bei bürgerlichen Parteien immer einer Frage der Stimmung. Zurzeit ist die Stimmung bei den Funktionären nicht sehr optimistisch. Die eigenen Funktionäre legen eine Erwartungshaltung an den Tag, die die Regierung nicht erfüllen kann. Die Funktionäre erwarten von der Regierung, dass sie mehr Sachverhalte abarbeitet und generell etwas abstrakt, das „mehr weitergeht“. Für die Funktionäre befindet sich die ÖVP derzeit in einer Phase des Stillstandes. Sie fordern von der Partei: „Ihr seid der Motor und die Triebfeder dieser Regierung, bitte macht etwas!“ Eine Gemeinschaftsregierung kann diese Erwartungshaltung aber nicht erfüllen, wenn der Regierungspartner SPÖ nicht mitspielt. So hat man schließlich ein Motivationsproblem auf der Basisebene, welches nur dadurch gelöst werden kann, dass man auf der einen Seite weiterhin aufklärt und auf der anderen Seite sich dem Ziel verpflichtet, die nächsten Wahlen zu gewinnen.

Seit dem Frühjahr 2011 repositioniert sich die ÖVP unter Michael Spindelegger wieder verstärkt als christlich-soziale Volkspartei. Dem Mitbewerber ist es aber leider gelungen, die ÖVP beim Wähler als eine Partei der Besserverdienenden und Besitzstandswahrer zu denunzieren. Emanzipatorische Projekte wie „Miteigentum für alle“ und ein aufstiegsorientiertes Menschenbild sind dadurch in die argumentative Defensive geraten. Deshalb wird in der ÖVP wieder stärker darauf hingearbeitet, als Vertreter aller Berufe und Schichten wahrgenommen zu werden. Die Chance ist hier, dass die ÖVP aus sechs Teilorganisationen besteht. Arbeitnehmerbund, Wirtschaftsbund, Bauernbund, Seniorenbund, Frauenbewegung und Junge ÖVP decken von ihrer Stoßrichtung her breiteste Teile der Bevölkerung ab. Das sollte dazu genutzt werden, politisch in diese Bereiche hineinzuwirken und nicht um sich durch inter-

ne Diskussionen zu „zersprageln“, wie man in Österreich sagt. Dabei soll die programmatische Orientierung der Volkspartei an ihrer politischen Praxis abgelesen werden können. Freiheit, Selbstbestimmung, Leistung, Sicherheit, die richtige Balance zwischen Individuum und Gemeinschaft, Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen und der Vorrang von subsidiären Lösungen vor dem Zentralismus lauteten Spindeleggers erste inhaltliche Schwerpunktsetzungen.

Wegen jener zahlreichen Affären – Strasser, Telekom, BUWOG u. a. – ist aber als Subthema für die bürgerliche Politik Integrität und Vertrauen der Person Michael Spindelegger dazugekommen. Der Vertrauensverlust durch die Korruptionsskandale kann nur durch einen Rekurs auf Werte wie bescheidene Amtsauffassung ausgeglichen werden. Bei der Aufarbeitung der jüngsten Wahlniederlagen und dem aktuellen Umfragetief muss sich die ÖVP schließlich auch unangenehmen Fragen stellen, wie: Wie können wir von den Wählern wieder besser verstanden werden? Welche sind die Werte, für die uns der Wähler schätzt?

Ziel der Neupositionierung unter Spindelegger ist es, für alle Bürger verständlich zu sein. Jeder Wähler soll auf einen Blick wissen, was es ihm bringt, ÖVP zu wählen. Um erfolgreich Politik zu machen, ist es wichtig, Themen zu besetzen, die Themenführerschaft an sich zu binden und mit eigenen Positionsthemen zu punkten, anstatt nur auf Vorstöße der Mitbewerber zu reagieren. Mit guten Inhalten ist es auch als Juniorpartner in einer Regierung möglich, Wahlen zu gewinnen und 2013 wieder stimmenstärkste Partei zu werden. Durch die Wirtschafts- und Eurokrise werden aber von den Politikern wieder vermehrt harte Themen gefordert. Österreich kämpft zurzeit gerade um die Beibehaltung des Triple-A-Ratings und will daher ab 2016 nach deutschem Vorbild einen Schuldenstopp einführen.

Soviel steht fest: Die Zeiten postmaterialistischer Nabelschau und skurriler Orchideenthemen sind vorbei. Politik muss sich heute wieder den harten ökonomischen Realitäten stellen: Ein neues Prekariat ist entstanden, die Mittelschicht schmilzt ab, Zuwanderung kostet dem Staat mehr als er davon profitiert, Reallöhne der Erwerbstätigen stagnieren, die österreichische Bevölkerung wird älter, die langfristige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist nicht gesichert. Die Volkspartei wird sich all diesen drängenden Sachverhalten mit der gebotenen Ernsthaftigkeit stellen. Es ist der politische Wille der ÖVP, dass der erarbeitete Wohlstand der Bevölkerung nicht abschmilzt. Daher erarbeitet sie bis zur National-

ratswahl 2013 in sieben Themenkonferenzen neue inhaltliche Schwerpunkte und Aktionsprogramme. Wichtige Ziele sind u. a., das produzierende Gewerbe zu stärken, Landflucht einzudämmen, Bildungs- und Infrastruktur auszubauen, Sicherheit der Energieversorgung langfristig und für die Konsumenten bezahlbar zu gewährleisten. Weitere Schwerpunkte sind die nachhaltige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme trotz Geburtenschwunds sowie die Reduktion der Arbeitslosenzahlen trotz der kommenden zweiten Rezession. Metapolitisch stellt sich die ÖVP der Frage, wie Verteilungsgerechtigkeit (zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Steuerzahlern und Transferempfängern) und (Wahl-) Freiheit am besten realisierbar sind. Auch ein fairer Ausgleich zwischen der Besteuerung von Arbeit und Vermögen wird angedacht. Denkverbote gibt es in der ÖVP keine. Daher wird die Volkspartei auch das Primat der Politik genau erörtern; die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und die auf uns zukommende zweite Rezession zeigen, dass auch die Marktwirtschaft strenge Regulative und einen ordnungspolitischen Rahmen braucht, um dem Gemeinwohl dienen zu können.

Die Stärke der Christdemokratie sehe ich in unseren Werten. Die Prinzipien der katholischen Soziallehre sind Errungenschaften, die wir nicht vernachlässigen dürfen, sondern kultivieren müssen. Viele Menschen sind erschöpft vom Hyperindividualismus und sehnen sich wieder nach verbindlichen Werten. Wenn wir dem Wähler erklären, dass wir es ernst meinen, unsere Werte glaubwürdig vertreten und vorleben, haben wir eine starke Zukunft vor uns. Die ÖVP, deren Ursprung die Mitte des Volkes ist, kommt damit dem Konsens suchenden Charakter der Österreicher entgegen.

LITERATURVERZEICHNIS

- APA (2011). „Frank Stronach überlegt Partei-Gründung“, *Die Presse.com*, 30. Juni 2011, <http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/674145/Frank-Stronach-ueberlegt-ParteiGruendung>, zuletzt angesehen am 17.11.2011.
- ATV.at (2011). „SPÖ in der Sonntagsfrage wieder klar auf Platz 1“, *ATV.at*, <http://atv.at/contentset/184821>, zuletzt angesehen am 22.12.2011.

- *Beig, Stefan (2010). „Zuwanderer als große Unbekannte“, in: Wiener Zeitung, 16.07.2010, http://www.wienerzeitung.at/themen_channel/wzwien/stadtleben/41181_Zuwanderer-als-grosse-Unbekannte.html, zuletzt angesehen am 09.01.2012.*
- *Buttinger, Joseph (1972). Das Ende der Massenpartei – am Beispiel Österreichs. Frankfurt: Verlag Neue Kritik.*
- *Crouch, Colin (2008). Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.*
- *Dax, Patrick (2011). „Österreichs Piraten spüren Rückenwind“, futurezone.at, 19. September 2011, <http://futurezone.at/netzpolitik/5025-oesterreichs-piraten-spueren-rueckenwind.php>, zuletzt angesehen am 17.11.2011.*
- *Hebel, Christina (2011). „Wahlumfrage: Piraten-Partei verteidigt Zehn-Prozent-Marke“, Spiegel Online, 26. Oktober 2011, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,794027,00.html>, zuletzt angesehen am 17.11.2011.*
- *Karmasin, Sophie (2011). „Umfrage: Regierungsparteien SPÖ und ÖVP verlieren“, Profil online, 8. Oktober 2011, <http://www.profil.at/articles/1140/560/308921/sonntagsfrage-umfrage-regierungsparteien-spoe-oevp>, zuletzt angesehen am 17.11.2011.*
- *Schönbohm, Wulf (1985). Die CDU wird moderne Volkspartei. Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat 1950-1980. Stuttgart: Klett-Cotta.*
- *Wüst, Andreas M. (2006). „Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten“, in: Der Bürger im Staat, Heft 4/2006, S. 228-234.*

AUTOREN UND HERAUSGEBER

Dr. habil. Karsten Grabow ist Koordinator für Politikanalysen und Parteienforschung im Team Innenpolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin.

Dr. Dietmar Halper ist Direktor der Politischen Akademie der ÖVP, Wien.

Dr. Steven Van Hecke ist Politikwissenschaftler an der Universität Antwerpen.

Dr. Günter Krings MdB ist Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Berlin.

Dr. Paul Lucardie ist Politikwissenschaftler an der Rijksuniversiteit Groningen.

Prof. Dr. Tilman Mayer ist Professor für politische Theorie, Ideen- und Zeitgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Prof. Dr. theol. habil. Peter Schallenberg ist Direktor der Katholisch-Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach und Inhaber des Lehrstuhls für Moraltheologie und Ethik an der Theologischen Fakultät Paderborn.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Dr. habil. Karsten Grabow
Team Innenpolitik, Hauptabteilung Politik und Beratung
10907 Berlin
Tel.: +49(0)-30-2 69 96-3246
E-Mail: karsten.grabow@kas.de*